



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Alexander Dobrindt bei der KPV:

Krisenmanagement von Bund und Kommunen

Die aktuelle Situation der bayerischen Kommunen im Hinblick auf die Politik des Bundes diskutierten in einer digitalen Sitzung zahlreiche Mitglieder von Landesvorstand- und Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) unter Leitung des KPV-Landesvorsitzenden, Landrat Stefan Rößle gemeinsam mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Alexander Dobrindt, MdB. Insbesondere wurden die finanziellen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise erörtert.

Zu Beginn der Videokonferenz bedankte sich Stefan Rößle namens der KPV für die bisherige Unterstützung der Bundesregierung in der derzeitigen Krise bei Dobrindt. Mit der Kompensation der Gewerbesteuerausfälle, der Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) und weiterer Hilfspakete unterstütze die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bundestag mit über einer Milliarde Euro die bayerischen Kommunen. Dies sei insbesondere ein Erfolg der Politik der CSU in Berlin.

An der Seite der Kommunen

Dobrindt betonte, dass die CSU-Bundestagsfraktion auch weiterhin in der Corona-Krise fest an der Seite der Kommunen stehe und man gute Lösungen und politische Kompromisse für alle beteiligten Seiten gefunden habe. Gerade in den Kommunen werde derzeit ein starkes Krisenmanagement und unglaubliche Arbeit geleistet.

Jedoch dürfe von den politischen Verantwortlichen in Berlin, so Dobrindt, nicht der Eindruck erweckt werden, dass man alle Folgekosten der Corona-Krise übernehmen könne. Fest stehe, dass der Bund und die Länder die entstandenen Schäden nicht zu hundert Prozent ausgleichen können. Bisher habe der Bund gemeinsam mit dem Freistaat einen Großteil der Einnahmehausfälle und Mehrkosten insbesondere für die Kommunen kompensiert. Die Kommunen und die Bundesregierung befänden sich durch die neuartige Krise derzeit in einem „Lernprozess.“ Im Hinblick

auf die innereuropäischen und deutschen Produktionsketten berichtete Dobrindt von ersten Erfolgen im Gesundheits- und Pflegesektor. Langfristig sollten, nach Dobrindts Vorstellungen, auch u. a. Schnelltests nicht mehr außerhalb der EU, sondern in Deutschland entwickelt und produziert werden.

Auch über die Coronakrise hinaus unterstütze der Bund die Kommunen in Bayern, insbesondere in den Bereichen Bildung, Infrastruktur sowie im Pflege- und Gesundheitssektor. Hierzu nannte Dobrindt exemplarisch den „Digitalpakt Schule“, das neue Investitionsprogramm für Krankenhäuser sowie das Sportförderungsprogramm für kommunale Infrastruktur.

Neben der Bekämpfung der Corona-Pandemie und deren gesellschaftlichen Folgen gebe



Landrat Stefan Rößle und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Alexander Dobrindt (v.l.) gemeinsam an der Video-Wand mit einigen Mitdiskutanten.

Bild: SF

es weiterhin drei weitere wichtige Themen auf Bundesebene: Klimaschutz, Migration und die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Diese drei Themen dürften von der Politik trotz der Krise nicht vernachlässigt werden.

Rege Diskussion

Nach dem Impulsvortrag von Alexander Dobrindt wurde mit den Teilnehmern die finanzielle Belastung und die Soziallasten der Bezirke durch Mehrausgaben, aktuelle Förderprogramme des Bundes, der bayernweite Mobilfunkausbau, der langfristige Erhalt der Krankenhastrukturen und kleinen Ge-

sundheitseinrichtungen, sowie die finanzielle und zukunfts-fähige Ausstattung der bayerischen Kommunen über 2020 hinaus diskutiert.

Das Ergebnis der Diskussion: Das gemeinsame Krisenmanagement von Bund, Freistaat und Kommunen in Bayern hat sich bewährt und sollte weiter und noch enger, auch in den kommenden Jahren praktiziert werden, um die Folgen der Corona-Pandemie auf unser gesellschaftliches Leben zu minimieren. Des Weiteren sollten die drei zentralen Themen Migration, Klimaschutz und die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht vernachlässigt werden. SF

Digitaler Kongress der Bundes-KPV:

Strukturwandel gestalten

Ein knappes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) auf ihrem diesjährigen Kommunal-Kongress frühzeitig die inhaltliche Debatte über das anstehende Wahlprogramm mitbestimmt. Dabei legte sie einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Mit Blick auf den Gesundheitsschutz wurde die zweitägige Veranstaltung, die heuer in Bochum stattfinden sollte, als Digitalkonferenz durchgeführt.

„Für 2021 rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einem Haushaltsloch in den Städten und Gemeinden von 10 Milliarden Euro. Das bringt die kommunalen Haushalte in eine gefährliche Schieflage“, machte der Kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der KPV, Christian Haase MdB, deutlich.

Die Kommunen seien durch die Pandemie personell, organisatorisch und finanziell gefordert wie noch nie. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Krisenmanager nun selbst in Not geraten. Die Kommunen müssen in der Lage sein, notwendige Investitionen zu tätigen, um die Konjunktur anzukurbeln und ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge (Fortsetzung auf Seite 4)

Integrationsgipfel der Bundesregierung:

Kommunen sind zentrale Akteure

Wie kann Integration nach wie vor für die Menschen gewährleistet werden, die besonders hart von der Corona-Pandemie betroffen sind? In einem Schulterschluss aus Bund, Ländern, Kommunen sowie verschiedenen Akteuren aus der Zivilgesellschaft wurde beim Nationalen Integrationsgipfel per Videoschalt die diese Frage diskutiert.

Insbesondere für Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind persönliche Begegnungen zentral – sie fehlen momentan. Deshalb sei es besonders wichtig, bei der Integration auf Digitalisierung zu setzen, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel.

zu den Verlierern der Pandemie werden, denn eine Ausbildung im Betrieb ist ein besonders er-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Konsequent digital

Konkrete Integrationsmaßnahmen müssen aus ihrer Sicht künftig konsequent digital ermöglicht werden. Von Deutschkursen über Migrationsberatung bis hin zur Unterstützung bei der Jobbewerbung: All das müsse jetzt digital erfolgen. Vor allem soll die berufliche Integration, insbesondere von Frauen, vorangetrieben werden, beispielsweise in Form einer zentralen Servicestelle Berufsanerkennung sowie allgemeiner digitaler Beratungsangebote.

„Mit Blick auf künftige Ausbildungs- und Arbeitschancen dürfen junge Menschen jetzt nicht



Die Präsidentschaftswahlen in Amerika nimmt der Bürgermeister zum Anlass, um mit den Bürgern intensiv über das Wesen der Demokratie zu sprechen. Er teilt die Ansicht von Norbert Röttgen: „Populismus erzielt Resonanz, aber am Ende gewinnt der Anstand.“ Seite 19

Hilfe für finanzschwache Kommunen

Füracker übergab Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

Tatkräftig unterstützt der Freistaat finanzschwache Kommunen. „Der Freistaat steht auch in den aktuell extrem schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie als verlässlicher Partner an der Seite seiner Kommunen. Die besondere Unterstützung strukturschwacher Kommunen im ländlichen Raum ist mir besonders wichtig“, erklärte Finanzminister Albert Füracker im Anschluss an die Sitzung des Verteilerausschusses mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie Vertretern des Innen- und Finanzministeriums.

Von den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen profitieren sowohl Landkreise als auch Städte und Gemeinden. Sie sollen finanzschwachen Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützen und Handlungsspielräume eröffnen.

Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

Bayernweit erhalten insgesamt 149 Kommunen für das Antragsjahr 2020 Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungshilfen. „Dies ist ein starkes Signal für finanzschwache Kommunen zur Konsolidierung ihrer Haushalte. Die Mittel sind Teil des kommunalen Finanzausgleichs im Freistaat, der 2020 einen Höchststand von rund 10,3 Milliarden Euro erreicht. Dadurch unterstützt der Freistaat seine Kommunen so tatkräftig wie noch nie“, stellte Füracker fest. Aus Niederbayern bekommen

und Marktredwitz (3 Mio. Euro). Fünf Kommunen in Mittelfranken dürfen sich über mehr als 7 Mio. Euro freuen. Dabei werden die Städte Fürth und Hersbruck mit 4,5 Mio. Euro bzw. 2,1 Mio. Euro bedacht.

29 Kommunen in Unterfranken erhalten insgesamt fast 20 Mio. Euro. 25 Städte und Gemeinden werden mit über 16,5 Mio. Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in Niederbayern empfängt der Landkreis Freyung-Grafenau mit 2,5 Mio. Euro, gefolgt von der Stadt Regen (1,7 Mio. Euro) und der Gemeinde Grattersdorf mit 1 Mio. Euro.

Drei Kommunen in Schwaben erhalten fast 3 Mio. Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. Die Stadt Lauingen (Donau) wird mit 2,5 Mio. Euro unterstützt, die Landkreise Dillingen a. d. Donau und Lindau (Bodensee) werden mit jeweils 200.000 Euro gefördert.

Über 54,5 Mio. Euro gehen an insgesamt 56 oberfränkische Kommunen. 49 Städte und Gemeinden werden mit über 47,7 Mio. Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in Oberfranken empfängt die Stadt Hof mit 7,8 Mio. Euro, gefolgt von Selb (3,7 Mio. Euro)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern verabschiedet erstes bayerisches Klimaschutzgesetz	Seite . . . 2
Kommunen lehnen eigenständige Aufnahmepolitik ab 2
Maskren-Tragepausen an Schulen 2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Hilfen für Ratsuchende werden ausgebaut 3
Regionale Identität stärken 3
Millionenschweres Investitionsprogramm für Kinderbetreuung 3
Energethemen · Ausstattung kommunaler Gebäude 7 - 14
Katastrophenschutz · Sicherheit 16
Tourismus in Bayern 17
Aus den bayerischen Kommunen. 18 - 20

DK

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber:

Neues Zeitalter beim Klimaschutz

Landtag verabschiedet erstes bayerisches Klimaschutzgesetz

Der Bayerische Landtag hat das erste bayerische Klimaschutzgesetz verabschiedet. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber freute sich über die Entscheidung, nachdem er in der Landtagsdebatte noch einmal für das Gesetz geworben hatte: „Das ist ein guter Tag für den Klimaschutz. Mit dem ersten bayerischen Klimaschutzgesetz steigen wir ein in ein neues Zeitalter des Klimaschutzes. Das Klimaschutzgesetz mit dem begleitenden Zehn-Punkte-Plan ist ein großer Wurf. Der umfangreiche Plan macht Klimaschutz zu einem Mitmach-Projekt.“

Im Kern sieht das Klimaschutzgesetz vor, dass der Freistaat bis spätestens 2050 klimaneutral wird, die Staatsverwaltung bis 2030. „Unsere Ziele sind klar und mit dem Bund und Europa verzahnt. Nur gemeinsam können wir die Klimaneutralität schaffen. Für das Umweltministerium haben wir dieses Ziel bereits erreicht“, so Glauber.

Kompensationsplattform

Um eine Kompensation verbleibender Treibhausgasemissionen in Bayern zu ermöglichen, wird eine eigene Kompensationsplattform zunächst für staatliche Behörden aufgebaut. Daneben schafft das Klimaschutzgesetz insbesondere für die Fortschreibung des Klimaschutzprogramms und der Klimaanpassungsstrategie sowie für den Bayerischen Klimarat ein gesetzliches Fundament. Zusätzlich wird der Klimaschutz im Bildungsbereich noch stärker verankert und auch bei behördlichen Entscheidungen noch deutlicher einfließen. Außerdem wird ein neuer Klimapreis geschaffen, der zu mehr Klimaschutz motivieren und Leistung für das Klima honorieren soll.

Maßnahmenkatalog

Begleitet wird das Klimaschutzgesetz von einem Paket mit rund 100 konkreten Maßnahmen in insgesamt 10 Bereichen. Glauber: „Das Klimaschutzgesetz ist ein schlankes Gesetz. Klimaschutz wird nicht durch ein Gesetz im Akten-schrank vollzogen. Papier ist geduldig – der Klimawandel ist es nicht. Klimaschutz muss erfolgreich gelebt werden. Die rund 100 Projekte sind das Herzstück der Klimaschutzoffensive. Mit

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Zenglein
63808 Haibach
am 30.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Stark
83558 Maitenbeth
am 23.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Meyer
95698 Bad Neualbenreuth
am 21.11.

Bürgermeister
Alfred Lantenhammer
84573 Schönberg
am 28.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Pöschl
86807 Buchloe
am 21.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Achatz
94505 Bernried
am 28.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Die Maßnahmen sind den 10 Bereichen zugeordnet: Wald (1), Moore (2), Wasser (3), Klimaschutzende Landwirtschaft, Ökolandbau und Ernährung (4), Innovationen (5), Energie (6), Mobilität (7), Klimaarchitektur (8), Holzbau (9) sowie Klimaneutralität – Staat und Kommunen (10).

Technologie-Offenheit

Über zwei Drittel der Maßnahmen wurden schon in Angriff genommen. „Vor allem auch der technologie-offene Ansatz ist uns wichtig. Eine moderne Gesellschaft kann nicht sagen Klima gegen Wirtschaft. Eine moderne Gesellschaft muss sagen Klima und Wirtschaft“, betonte Glauber. Dabei spielen alle Klimaschutztechnologien eine entscheidende Rolle.

Weitere Informationen rund um das Thema Klimaschutz: www.klimaschutz.bayern.de.

Hygieneplan:

Masken-Tragepausen an Schulen

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) hat einen Eilantrag gegen die Maskenpflicht an Schulen in Bayern zurück abgelehnt. Dennoch sei die entsprechende Vorschrift so auszulegen, dass für die Schülerinnen und Schüler im Freien und unter Einhaltung des Mindestabstands die Möglichkeit zu Tragepausen bestehen müsse. Zugleich wird die Attestpflicht im Umgang mit Erkrankungen angepasst.

Der BayVGH begründete seine Entscheidung damit, dass die Maskenpflicht zwar eine verhältnismäßige Schutzmaßnahme zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus sei. Weil Schülerinnen und Schüler wegen der Schulpflicht das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (MNB) aber nicht vermeiden könnten, verlange der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, dass ihnen während Pausen im Freien und unter Einhaltung des Mindestabstands eine Tragepause ermöglicht werde. Eine verfassungskonforme Auslegung der Regelungen der 8. BayIfSMV mache daher diese Ausnahme von der Maskenpflicht erforderlich.

Schülerinnen und Schülern ist es erlaubt, ihre Masken auf den Pausenflächen abzunehmen, wenn für einen ausreichenden Mindestabstand gesorgt ist. Gleiches gilt während einer Stoßlüftung im Klassenzimmer. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte mit Blick auf das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen in der Schule auf das Fehlen einer expliziten Ausnahmeregelung in der 8. BayIfSMV selbst hingewiesen. Zugleich merkte das Gericht an, dass allerdings eine Regelung im Rahmenhygieneplan für die bayerischen Schulen bereits existiere und somit die Tragepausen für die Schülerinnen und Schüler vorgesehen seien.

Zuspruch aus den Kommunen

Kultusminister Michael Piazolo sagte: „Maskentragen ist ein wirksames Mittel, das uns in der Schule dabei hilft, den Präsenzunterricht aufrecht zu erhalten. Entscheidend ist aber auch hier das Augenmaß. So waren Tragepausen immer schon in unserem Hygieneplan enthalten. Dieser Beschluss bestätigt uns, dass wir die Vorgaben für die Schulen mit sehr viel Bedacht treffen und dabei stets auf die Balance zwischen der Gesundheit der Schüler und ihrem Recht auf Bildung achten. Eine neue Handhabung brauchen wir nicht, denn sie existiert bereits.“

Aus den Kommunen kommt Zuspruch. So kommentierte Landrat Alexander Legler (Aschaffenburg) die Regelung in den sozialen Netzwerken: „Das letzte Wort hat hier die Schulleitung und ich hoffe auf eine schülerfreundliche Umsetzung.“ Auch Landrätin Tanja Schweiger (Regensburg) sieht durch die Entscheidung des Baye-

rischen Verwaltungsgerichtshofs ihre Einschätzung bestätigt.

Anpassungen bei Attestpflicht

Der Minister verkündete zugleich eine Neuierung, die bei vielen Eltern für ein Aufatmen sorgen dürfte: „Wir passen in Absprache mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege die Vorgaben für den Umgang mit Erkrankungen an. So dürfen Schüler ab der 5. Jahrgangsstufe mit leichten Symptomen die Schule wieder besuchen, wenn sie innerhalb von 48 Stunden keine schwereren Symptome entwickelt haben. Ein ärztliches Attest oder ein negativer Corona-Test sind nicht erforderlich. Gleiches gilt für die Lehrkräfte im Freistaat. Grundschul-kinder mit nur leichten Symptomen können wie bisher auch weiter die Schule besuchen.“

Ausnahmeregelungen im Detail

Grundsätzlich gilt: An allen Schulen findet der Regelbetrieb unter Beachtung des Rahmenhygieneplans statt. Bis voraussichtlich 30. November sind aufgrund des Infektionsgeschehens weitergehende Maßnahmen erforderlich. Auf dem Schulgelände besteht Maskenpflicht. Dabei gelten in Einzelfällen Ausnahmen wenn das aufsichtführende Personal aus zwingenden pädagogisch-didaktischen oder schulorganisatorischen Gründen eine Ausnahme genehmigt.

Hierzu zählt das Ausüben von Musik (ausschließlich Gesang und Spiel auf Blasinstrumenten) und Sport, die Durchführung naturwissenschaftlicher Experimente, Sprechfertigkeitprüfungen oder bei Einhaltung des Mindestabstands die Teilnahme an Leistungsnachweisen. Partner- und Gruppenarbeit im Rahmen der Klasse ist an allen Schularten bei Einhaltung des jeweiligen Mindestabstands möglich. Bei Partnerarbeit mit dem unmittelbaren Sitznachbarn ist – vorbehaltlich anderslautender Anordnungen – ein Mindestabstand nicht nötig.

Für sonstige schulische Veranstaltungen außerhalb des Schulgeländes gilt eine Maskenpflicht, soweit dies angeordnet ist (z.B. bei Benutzung des ÖPNV). Die zuständige Kreisverwaltungsbehörde kann in begründeten Einzelfällen zulassen, soweit dies

Kommunen lehnen mehrheitlich eigenständige Aufnahmepolitik ab

In einer von der SPD initiierten Expertenanhörung im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten des Bayerischen Landtags zum Thema Seenotrettung im Mittelmeer wurden Maßnahmen diskutiert, wie Mensch gerettet werden können und welche Rolle die Kommunen in Bayern in diesem Zusammenhang spielen. Der Sprecher der kommunalen Spitzenverbände plädierte dafür, Such- und Rettungsaktionen wieder stärker in staatlicher Verantwortung durchzuführen. Initiativen einzelner Kommunen lehnte er ab.

Derzeit wird auf verschiedenen Ebenen über ein verstärktes Engagement Deutschlands bei der Flüchtlingsaufnahme diskutiert. Dabei geht es um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern in Griechenland, ebenso wie um die Aufnahme von Personen, die aus Seenot gerettet wurden.

Etwa 20.000 Menschen sind Schätzungen zufolge seit 2014 bei ihrer Flucht über das Mittelmeer gestorben. Seenotrettung und Migration – aus Sicht

der SPD-Fraktion sind die Themen so zentral, dass sich auch der Landtag damit befassen sollte. Sie setzt sich für eine staatlich organisierte Seenotrettung auf EU-Ebene ein und initiierte dazu eine Expertenanhörung mit Unterstützung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Die CSU sieht das Thema jedoch auf Ebene der Europa- und Außenpolitik und nicht auf Landesebene angesiedelt. Als Experte für die kommunale Ebene war Dr. Klaus Ritgen, Referent im Referat 21 des Deutschen Landkreistages, eingeladen.

Keine eigenständige Aufnahmepolitik

Eine Reihe von Städten sowie einige Landkreise und Gemeinden haben ihre Bereitschaft erklärt, weitere Flüchtlinge aufzunehmen; das gilt namentlich für diejenigen Kommunen, die der Aktion „Seebrücke“ beigetreten sind. Wenn einzelne Kommunen (oder auch Länder) erklärten, Geflüchtete auch jenseits existierender Verteilungsschlüssel aufnehmen zu wollen, stehe dem im Grundsatz nichts entgegen, sagte Ritgen. Problematisch seien solche Erklärungen allerdings, wenn sie in inhaltlich bedingter Form ergehen, etwa auf besonders „erwünschte“ Flüchtlinge oder Flüchtlingsgruppen wie bspw. Familien mit Kindern oder Angehörige einer bestimmten Nationalität. So sei der Sinn von Verteilungsverfahren – nämlich die Herstellung von Belastungsgleichheit – gefährdet. Ritgen lehnte den Vorschlag ab, Kommunen eine eigenständige Aufnahmepolitik zu gestatten. Die Auswirkungen einer Aufnahme von Flüchtlingen ließen sich nicht auf das Gebiet der aufnehmenden kommunalen Gebietskörperschaft beschränken, sondern würden Deutschland im Ganzen betreffen.

Trennwände reichen nicht

Sogenannte CO2-Ampeln tragen dazu bei, den richtigen Zeitpunkt für eine Notwendigkeit des Lüftens zu bestimmen. Trennwände können generell vor Tröpfchen schützen, jedoch auch die Luftzirkulation beim Lüften behindern. So machen installierte Trennwände weder regelmäßiges Lüften noch andere Maßnahmen zur Infektionsreduktion entbehrlich. Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften werden im Zeitraum vom 1. Oktober 2020 bis 31. März 2021 gefördert (www.km.bayern.de/lueften-schulen).

Masken im Sportunterricht

Sportunterricht findet unter den allgemeinen Rahmenbedingungen dieses Rahmenhygieneplans statt. Im Innenbereich sind sportpraktische Inhalte zulässig, soweit dabei ein Tragen einer MNB zumutbar/möglich ist; der Mindestabstand kann die MNB nur ersetzen, wenn dies durch entsprechende Anordnung des Gesundheitsamts zugelassen ist. Im Freien ist eine Sportausübung ohne MNB möglich, soweit der Mindestabstand von 1,5 m unter allen Beteiligten eingehalten werden kann.

Visiere (Face-Shields) stellen keinen zulässigen Ersatz für MNB dar. red

land und die Gemeinde Schöneiche bei Berlin kommunale Patenschaften für das deutsche Rettungsschiff Alan Kurdi übernommen und fördern Sea-Eye mit Beträgen zwischen 1.500 Euro und 10.000 Euro pro Jahr. Neben finanzieller Hilfe für privat organisierte Seenotrettungsmissionen könnten sie seiner Ansicht nach auch die Aufnahme geretteter Menschen anbieten oder sogar einfordern.

Entwicklungsarbeit in den Gemeinden

Dr. August Hanning, ehemaliger BND-Präsident, appellierte, mit den nordafrikanischen Staaten enger zusammenzuarbeiten, um illegale Machenschaften zu verhindern.

Darauf bezog sich auch Christian Springer, Vorstand des Vereins Orienthelfer e.V.: „Allein in Syrien haben Menschen auf der Flucht in den vergangenen Jahren rund 40 Milliarden Euro in die Hand illegaler Schleuser gegeben“, zitierte er aktuelle Statistiken. Er schlug vor, auch kommunale Lösungen in den Blick zu nehmen. Seine Entwicklungsarbeit basiere weitgehend auf kommunaler Entwicklungsarbeit und Engagement in den Gemeinden. Alle Ebenen europäischer Zusammenarbeit müssten gestärkt werden, besonders die unteren politischen Ebenen. Denn laut Springer bewegte die kommunale Zusammenarbeit oft weitaus mehr als bilaterale Abkommen.

Mehr Solidarität

Elena Lange-Bratanova, Referentin und Leiterin des operativen Teams in der Arbeitsgruppe M4 für Asylrecht und Asylverfahren des BMI, forderte die Solidarität von einem breiten Kreis aus Mitgliedstaaten. Sie empfahl zudem, die Verhandlung mit Entwicklungsländern wieder stärker zu führen, die geflüchteten Menschen wieder aufnehmen. „Und wir brauchen vor allem eine Lösung für die Ausschiffung evakuierter Menschen. Darin sehe ich unsere Aufgabe im Bundesministerium.“ Karin Patock, Leiterin des Referats Resettlement, Humanitäre Aufnahme, Relocation im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, ergänzte: „Wir müssen legale Migrationswege stärker fördern, damit Menschen nicht den gefährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer wählen.“

Reform des Asylsystems

Zu den Kernelementen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), das die EU-Kommission im September 2020 vorgelegt hat, zählen ein verpflichtender Solidaritätsmechanismus in Krisenzeiten, effizientere Grenzverfahren und Rückführungen, verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten, mehr legale Zugangswege und ein entschlossenes Vorgehen gegen Schleuser.

Johannes Schad, Sachbearbeiter in der Arbeitsgruppe M4 im Bundesinnenministerium, erläuterte, dass auch künftig in erster Linie jenes Land für die Bearbeitung der Asylanträge zuständig sei, in dem ein Asylbewerber zuerst den Boden der EU betrete. Was weiterhin dazu führe, dass einige Anrainerstaaten besonders betroffen seien. In der geplanten Reform des Asylsystems sieht er eine Chance, eine europäische Lösung in der Migrationsfrage zu finden. Denn nach den Plänen der EU-Kommission soll ausnahmslos jeder Mitglieds-

(Fortsetzung auf Seite 3)



Die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger (v.l.): Michaela Karl, Regina Hellwig-Schmid, Joana Mallwitz, Carolina Camilla Kreuzsch, Arnd Rühlmann und Christa Mayer.

Bild: Simon Leibl / Bayernwerk AG

Kulturpreis des Bayernwerks:

Herausragende Künstler und Wissenschaftler geehrt

Zuschauer verfolgen Veranstaltung per Livestream

München. Es war eine Veranstaltung ganz im Zeichen von Kultur und Wissenschaft. Erstmals im Rahmen einer Übertragung per Livestream und im regionalen Fernsehen hat die Bayernwerk AG (Bayernwerk) den Kulturpreis Bayern für besondere Leistungen in den beiden Sparten vergeben. Bernd Sibler, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, und Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel gratulierten den Preisträgerinnen und Preisträgern, die jeweils die Bronzestatue „Gedankenblitz“ erhielten.

Unter ihnen die Schriftstellerin Michaela Karl, die Künstlerinnen Regina Hellwig-Schmid und Carolina Camilla Kreuzsch, der Schauspieler und Regisseur Arnd Rühlmann und die Opernsängerin Christa Mayer. Auch die besten Absolventinnen und Absolventen der staatlichen bayerischen Hochschulen wurden mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Einen Sonderpreis erhielt die Dirigentin, Pianistin und Generalmusikdirektorin am Staatstheater Nürnberg, Joana Mallwitz. Die Moderatorin und Autorin Nina Sonnenberg moderierte die aus dem Medienpark Ismaning gesendete Veranstaltung.

man die Veranstaltung nicht wie sonst im Rahmen einer klassischen Preisverleihung abhalten könne, habe man frühzeitig mit der Planung eines digitalen Formats begonnen, erläuterte er. „Kultur und Wissenschaft sind unverzichtbar in unserer Gesellschaft und müssen auch in Krisenzeiten Gehör finden.“

Wertvolle Arbeit und grenzenlose Kreativität

Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte: „Wir sind stolz auf die großarti-

gen Leistungen von Kunst- und Kulturschaffenden sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern im Freistaat. Mit dem Preis würdigen wir ihr großes Engagement, ihre wertvolle Arbeit und ihre grenzenlose Kreativität.“ Der Kulturpreis Bayern ist in der Sparte Kunst mit jeweils 5.000 Euro dotiert, in der Sparte Wissenschaft mit jeweils 2.000 Euro. Als Showacts traten Carolina Bastos und Ariel Mercuri vom Bayerischen Staatsballett, die Musikerin Vivi Vassileva oder die A-cappella-Formation Viva Voce auf. Auch Moderatorin Nina Sonnenberg wechselte die Rollen und trat in ihrer musikalischen Rolle, der Rapperin „FIVA“, auf.

Weitere Infos:

www.bayernwerk.de/de/ueber-uns/engagement/kultur-und-tradition/kulturpreis-bayern/2020.html

Regionale Identität stärken

Im Rahmen der Projektförderung Regionale Identität will die Bayerische Staatsregierung die Menschen für ihre bayerische Heimat begeistern. Aktuell wurden die Projekte „Regionalkampagne von Stadt und Landkreis Bamberg 2.0“ sowie „Stärkung der regionalen Identität durch Förderung des fränkischen Streuobstanbaus“ mit einem Förderbescheid bedacht.

Mit insgesamt 174.000 Euro unterstützt wird das Projekt „Regionalkampagne von Stadt und Landkreis Bamberg 2.0“. Stadt und Landkreis kooperieren bereits seit 2003 zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und haben dazu das Projekt „Region Bamberg – weil's mich überzeugt!“ ins Leben gerufen. Jetzt soll eine „Regionalkampagne 2.0“ starten, um regionale Produkte noch besser ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken und die Wertschöpfungsketten in der Region weiter zu stärken. Dadurch versprechen sich die Verantwortlichen auch eine noch höhere Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Heimat.

Groß angelegte Imagekampagne

Geplant sind unter anderem eine groß angelegte Imagekampagne, eine neu gestaltete Website, auf der Informationen interaktiv präsentiert werden, und die Entwicklung einer eigenen App. Im Rahmen des Projekts sollen außerdem „Genusstouren“ ausgearbeitet werden. Sowohl Einheimische als auch Gäste können dabei die kulinarischen Besonderheiten in Stadt und Landkreis Bamberg entdecken und das besondere Zusammenspiel aus Landschaft, Kultur und Kulinarik erfahren.

Mit insgesamt über 336.000 Euro wird das Projekt des Vereins Fränkische Moststraße unterstützt. Dieser widmet sich der „Stärkung der regionalen

Identität durch Förderung des fränkischen Streuobstanbaus“. Geplant ist eine breit angelegte Kommunikationskampagne rund um das Thema Streuobst. In diesem Rahmen sollen insbesondere Kinder und Jugendliche durch umweltpädagogische Sensibilisierung in Kindergärten und Schulen an das Thema herangeführt werden.

Regionale Vermarktungskette

Ein weiterer Baustein des Projekts ist der Aufbau einer regionalen Vermarktungskette für regionale Produkte mit Hilfe von Verkaufsautomaten. Hierzu soll zunächst ein Konzept erarbeitet und dieses dann modellhaft getestet werden. In der Fränkischen Moststraße arbeiten regionale Erzeuger mit Kommunen, schwerpunktmäßig aus dem südwestlichen Gebiet des Landkreises Ansbach, zusammen. Mitglieder sind auch der Landkreis Ansbach sowie die Gemeinden Burgbernheim, Kreßberg und Crailsheim.

Wichtiges Thema für die Menschen in Bayern

„Unsere Förderung stößt auf große Resonanz. Insgesamt haben wir bayernweit bereits Projekte in 23 Regionen mit einer Gesamtsumme von rund 6,9 Millionen Euro unterstützt. Das zeigt, wie wichtig dieses Thema für die Menschen in Bayern ist“, teilte Heimatminister Albert Füracker mit. **DK**

GZ

KOLUMNE
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

stellen Sie sich bitte folgende beispielhafte Situation vor: Simon ist vier Jahre alt, der Junge hat eine Autismus-Spektrum-Störung und zeigt im Alltag herausfordernde Verhaltensweisen. Er lebt mit seiner Familie in Mühldorf am Inn. Simon wurde bisher zu Hause von seinen Eltern betreut. Aufgrund seiner stark ausgeprägten Verhaltensweisen sind seine Eltern am Ende ihrer Kräfte. Sie entschließen sich daher, nach passenden Hilfen für ihr Kind zu suchen. Sie wünschen sich für Simon optimale Förderung und Teilhabe am sozialen Leben.

Schicksale wie das von Simon und seiner Familie gibt es überall in Oberbayern. Die geschilderte Lebenslage ist eine für die Einglie-



Verfügung – auch das ein Zeichen für unsere gute Zusammenarbeit mit unseren Umlagezahlern.

Eine wichtige Besonderheit ist: Bei der Beratung berücksichtigen unsere Mitarbeitenden die regionalen Gegebenheiten und vernetzen sich mit dem örtlichen Sozialwesen. Diese Vernetzung ist für die ratsuchenden Menschen von unschätzbarem Wert. Unsere ersten Erfahrungen mit der Vor-Ort-Beratung sind vielversprechend, selbst wenn wir wegen der Corona-Pandemie derzeit nicht so durchstarten können, wie wir es uns wünschen würden. Trotzdem empfinden es die Ratsuchenden als Riesengewinn, dass wir als Bezirk jetzt wohnortnah für sie mit all ihren Sorgen und Nöten da sind.

Dieses Angebot hochkompetenter Beratung vor Ort bauen wir Schritt für Schritt weiter aus. In allen kreisfreien Städten und Landkreisen, die es wünschen, werden wir uns mit Sprechtagen einbringen. Mehrere örtliche Träger haben bereits Interesse angemeldet. Die Sprechtag sehen wir als Ergänzung zu den geplanten Pflegestützpunkten, für die es in den genannten Landkreisen bereits grünes Licht gibt. Auch daran beteiligen wir uns finanziell und inhaltlich. Alle Seiten streben hier eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger an.

Unsere Servicestelle ist bisher die erste Anlaufstelle für Fragen rund um die sozialen Leistungen des Bezirks. Dort bündeln wir unser vielfältiges Wissen zur Eingliederungshilfe, zu den Leistungen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten und natürlich zur ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege. Allein im ersten Halbjahr 2020 haben die Servicestelle fast 10.000 Anfragen erreicht – eine gewaltige Zahl mit weiter steigender Tendenz. In ihrer jetzigen Form hat sie ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Wir bauen sie deshalb gerade zu einer Servicehotline aus mit mehr Personal und erweiterter telefonischer Erreichbarkeit. Denn ratsuchende Menschen brauchen sachkundige Ansprechpersonen.

Unser Ziel ist: guter Service, sichere Erreichbarkeit und zügige Klärung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Mehr und bessere Beratungsangebote, nah am Menschen: Ansprechbarkeit und Erreichbarkeit sind wichtiger denn je!

Ihr Josef Mederer

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Präsident des Bezirkstags Oberbayern

Hilfen für Ratsuchende werden ausgebaut

derungshilfe für Menschen mit Behinderungen typische Konstellation. Die Mitarbeitenden unserer Sozialverwaltung beraten Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige stets intensiv, um deren Wunsch- und Wahlrecht bestmöglich zu verwirklichen. Das Ziel ist immer die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Simons Familie sucht, so oft es geht, mit uns das persönliche Gespräch, das mehr Nähe und Verständnis entstehen lässt. Dafür ist den Eltern kein Weg zu weit – nicht einmal die rund 80 Kilometer einfach vom Wohnort nach München zum Bezirk.

Seit kurzem können sich Simons Eltern mit all ihren Anliegen zu den Hilfen des Bezirks auch an unsere Vor-Ort-Beratung im Landratsamt Mühldorf am Inn wenden. Mit dem wöchentlichen Sprechtag für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis verbessern wir unsere Beratungs- und Serviceangebote deutlich. Wir sehen uns als Lotsen in einem Hilfesystem, das durch immer neue gesetzliche Vorgaben und Änderungen immer komplexer wird. Sprechtag des Bezirks zu den Leistungen der Eingliederungshilfe und zur Hilfe zur Pflege gibt es bereits in den Landkreisen Ebersberg, Landsberg am Lech, Mühldorf am Inn und Berchtesgaden Land. Die Landratsämter stellen uns derzeit dankenswerterweise Räumlichkeiten zur

Kinderbetreuung im Freistaat:

Millionenschweres Investitionsprogramm

Der Kita-Ausbau in Bayern geht weiter voran. Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung. Die Gemeinden, die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gefördert werden, erhalten einen Aufschlag von bis zu 35 Prozentpunkten auf die reguläre Förderung.

Aktuell profitieren davon die Landkreise Bamberg, Bayreuth, Forchheim und Coburg. Wie Familienministerin Carolina Trautner betonte, „schaffen wir maßgeschneiderte Kindertagesbetreuung und unterstützen die Kommunen dabei mit Nachdruck. Mein Ziel ist es, dass Familien den Betreuungsplatz bekommen, den sie sich wünschen.“

In der Kindertagesstätte St. Franziskus in Schönbrunn i. Steigerwald (Landkreis Bamberg) entstehen 24 neue Betreuungsplätze für Kinder. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 268.000 Euro. 49 neue Betreuungsplätze für Kinder erhält die Kindertagesstätte in Weidenberg (Landkreis Bayreuth). Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 223.000 Euro.

In der Kindertagesstätte in Efeltrich (Landkreis Forchheim) werden 12 neue Betreuungsplätze für Kinder entstehen. Der Freistaat unterstützt die Kom-

munen zugute kommen.“

Im 4. Sonderinvestitionsprogramm werden insgesamt rund 63.500 Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung gefördert. Alle bewilligungsfähigen Anträge werden berücksichtigt, die bis 31. August 2019 gestellt worden sind. Auch nach dem Ende des 4. Sonderinvestitionsprogramms engagiert sich der Freistaat weiter beim Kita-Ausbau und fördert im Rahmen des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes Neubauten, Erweiterungen und Generalsanierungen. Die förderfähigen Kosten werden, abhängig von der Finanzkraft der Gemeinde, in Höhe von bis zu 80 Prozent, in Einzelfällen sogar bis zu 90 Prozent, erstattet.

Laut Ministerin Trautner sind die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung bestens eingesetzt. „Wir wollen aber auch höchste Qualität in den Kindertageseinrichtungen überall in Bayern. Deshalb leisten wir auch hohe Betriebskostenzuschüsse an die Gemeinden und setzen zusätzlich qualitative Akzente durch Förderprogramme. Zum Beispiel haben wir einen Leitungs- und Verwaltungsbonus eingeführt, um die pädagogischen Leitungen zeitlich zu entlasten.“ **DK**

Landkreistag ...

(Fortsetzung von Seite 2) staat verpflichtet sein, an diesem System mitzuwirken.

AfD-Experte abgelehnt

Die AfD hatte für die Anhörung – wie die anderen Fraktionen auch – einen Sachverständigen vorgeschlagen, der von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt worden war. Die Begründung: Der vorgeschlagene Experte ist Vorsitzender eines Vereins, den das Bundesamt für Verfassungsschutz seit Juni 2020 als Verdachtsfall im Bereich des Rechtsextremismus einstuft. Die AfD zog deshalb vor den Verfassungsgerichtshof, der den Erlass einer einstweiligen Anordnung aber ablehnte. Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) erklärte, das Gericht habe in seiner Entscheidung die Rechtsauffassung des Landtags bestätigt.

Es sei „nicht ausgeschlossen, dass ein Ausschuss eine von einer Fraktion vorgeschlagene Person mit einer sachbezogenen Begründung ablehnen kann“, hieß es in der Mitteilung des Gerichts. „Dies gilt insbesondere, wenn diese einem Verein vorsteht, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall im Bereich des Rechtsextremismus eingestuft wird, um dieser Person kein Forum für etwaige extremistische Äußerungen in einem Landtagsausschuss zu bieten.“ **red**

Strukturwandel ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ge zufriedenstellend zu erfüllen. Der Bund ist mit seiner Zusage, dauerhaft einen höheren Anteil an den Kosten der Unterkunft für Sozialhilfeempfänger zu übernehmen, bereits in Vorleistung gegangen. Nun sind die Länder gefragt: Sie müssen für eine auskömmliche Finanzierung ihrer Kommunen sorgen. Hilferufe nach dem Bund wie jüngst aus Brandenburg und Rheinland-Pfalz und ein weiteres Aussetzen der Schuldenbremse sind keine Lösung“, stellte Haase fest.

Um die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, schlägt die KPV vor, die Gewerbesteuer als wichtige kommunale Steuer zu stärken, das Durchgriffsverbot des Bundes auf die Kommunen konsequent umzusetzen (Beispiel Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkin- der) und das Vergaberecht zu vereinfachen.

Gewerbesteuer erhalten

Haase zufolge muss die Gewerbesteuer in ihrer bisherigen Form erhalten werden. Reformdiskussionen führten zu einer wachsenden Verunsicherung. Um die Planungssicherheit für die Kommunen zu erhöhen, sollten Unternehmen künftig Strafzahlungen nicht mehr von der Gewerbesteuer abziehen dürfen. Die bisherige Regelung, wonach Unternehmen die Strafzahlung auf die Gewerbesteuer anrechnen können,

Kommunen sind zentrale ...

(Fortsetzung von Seite 1)

folgreicher Weg für die Integration, das wissen wir aus vielen, vielen Jahren“, stellte Merkel fest. Zum Zusammenhalt gehöre dabei auch, dass jeder hinreichend informiert ist, die Regeln kennt und so die Chance hat, sich einzubringen. Deshalb stellt die Integrationsbeauftragte Annette Widmann-Mauz in bis zu 20 Sprachen Informationen über das Coronavirus bereit.

Nachhaltige Integrationsbereitschaft

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, wies auf die tragende Rolle von Landkreisen, Städten und Gemeinden bei der Integration hin. „Damit Integration gelingt, müssen alle Seiten aktiv dazu beitragen. Erfolgreiche Integration vor Ort verlangt einerseits Aufnahmebereitschaft, wie sie seitens der Landkreise, Städte und Gemeinden zusammen mit ihren Bürgern nicht zuletzt in den Jahren ab 2015 eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde.“

Zugleich brauche es eine nachhaltige Integrationsbereitschaft auf Seiten der Zuwanderer. „Im Interesse eines friedlichen und respektvollen Zusammenlebens erwarten und fordern die Kommunen daher von jedermann ein klares Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern, zu Gewaltfreiheit, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie zu anderen gesellschaftlichen und kulturellen Grundwerten. Regeln müssen beachtet, Verstöße konsequent verfolgt werden – und zwar ohne, dass die Herkunft der Betroffenen eine Rolle spielen darf.“

Für Menschen, die aus humanitären Gründen hierzulande Aufnahme fänden, ebenso wie für Fachkräfte, auf deren Zuwanderung die Kommunen verstärkt setzen, gehe das Ankommen in Deutschland und die Eingliederung in Gesellschaft

land erfolgen. Der Aufwand europaweiter Ausschreibungen sei hoch, ohne einen Wettbewerbseffekt zu erzielen. Die Schwellenwerte für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen der öffentlichen Hand sollten heraufgesetzt werden.

Ein weiterer kommunaler Baustein auf dem Weg zum Regierungsprogramm ist die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. „Wer einen Rechtsanspruch will, muss ihn auch finanzieren. Zur finanziellen Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter stellen wir sicher, dass Bund und Länder dauerhaft nicht nur die zusätzlichen Investitionskosten, sondern auch dauerhaft und vollumfänglich die zusätzlichen Betriebskosten tragen“, heißt es in dem Diskussionspapier.

Verpflichtungen für Bund und Länder

Damit die Kommunen nicht auf den Mehrausgaben sitzen bleiben, müssten sich Bund und Länder verpflichten, die Investitionskosten und die jährlichen Betriebskosten dauerhaft zu übernehmen oder auf den Rechtsanspruch verzichten. Der bedarfsgerechte Ausbau mit finanzieller Unterstützung des Bundes laufe auch ohne Rechtsanspruch gut. Das Bundeskabinett habe nun eine Erhöhung des Sondervermögens auf den Weg gebracht, das mittlerweile 3,5 Milliarden Euro umfasst.

Damit die Konjunkturprogramme zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft ihre Wirkung entfalten können, müssen nach Haases Worten die Vergabeverfahren vereinfacht werden. Die Praxis zeige, dass trotz europaweiter Ausschreibung die Vergaben im In-

land und Arbeitsmarkt mit erheblichen Herausforderungen einher. „Es kommt darauf an, dass die verschiedenen Integrationsmaßnahmen im Sinne eines übergreifenden Integrationsmanagements eng miteinander verzahnt sind. So müssen etwa Sprachförderung und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt stets ineinandergreifen. Und auch bei der schulischen und beruflichen Bildung muss immer der Übergang in das Arbeitsleben mitbedacht werden.“ Vor diesem Hintergrund seien in den vergangenen Jahren viele Kommunen dazu übergegangen, ihre Zuständigkeiten in besonderen Migrationsämtern zu bündeln und so humanitären Zuwanderern wie Erwerbsmigranten Beratung aus einer Hand bis hin zu einem konkreten Fallmanagement zu bieten, hob Sager hervor.

Zusammenleben im gegenseitigen Respekt

„Ob und wie Integration von geflüchteten und zugewanderten Menschen auch in Corona-Zeiten gelingt, zeigt sich am deutlichsten in den Städten. Vor Ort werden die Weichen für die gesellschaftliche und berufliche Integration und den Spracherwerb der Menschen gestellt. Die Corona-Pandemie stellt uns zusätzlich vor neue Herausforderungen, für die wir Lösungen finden müssen. Wenn Menschen ungeachtet ihrer Herkunft im gegenseitigen Respekt zusammenleben, dann war die Integration erfolgreich“, unterstrich Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages.

In den vergangenen Jahren hätten die Städte ihr Engagement in der Integrationspolitik stetig ausgebaut und weiterentwickelt. „Wir alle erinnern uns an die Flüchtlingssituation vor fünf Jahren. In den Städten ist es seitdem gelungen, dass viele Menschen, die Schutz gesucht haben, in ihrer neuen Heimat Fuß gefasst haben“, so Jung abschließend. **DK**

land erfolgen. Der Aufwand europaweiter Ausschreibungen sei hoch, ohne einen Wettbewerbseffekt zu erzielen. Die Schwellenwerte für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen der öffentlichen Hand sollten heraufgesetzt werden.

Ein weiterer kommunaler Baustein auf dem Weg zum Regierungsprogramm ist die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. „Wer einen Rechtsanspruch will, muss ihn auch finanzieren. Zur finanziellen Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter stellen wir sicher, dass Bund und Länder dauerhaft nicht nur die zusätzlichen Investitionskosten, sondern auch dauerhaft und vollumfänglich die zusätzlichen Betriebskosten tragen“, heißt es in dem Diskussionspapier.

Für eine Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter stünden in einem Sondervermögen des Bundes erste Finanzmittel bereit. Das Bundesverfassungsgericht habe allerdings der Ausweitung des SGB VIII einen Riegel vorgeschoben, so dass der Bund und die Länder vor Einführung eines Rechtsanspruchs sicherstellen müssen, dass dauerhaft den Kommunen die aus der Umsetzung des Rechtsanspruchs entstehenden Betriebsausgaben von Bund und Ländern vollumfänglich erstattet werden.

Betriebskosten für die Ganztagsbetreuung

Zielführend wäre es aus Sicht der Bundes-KPV, wenn sich Bund und Länder in einem Staatsvertrag verpflichten, dauerhaft die Betriebskosten für die Ganztagsbetreuung zu übernehmen. Den Kommunen würde dann die organisatorische Umsetzung im Rahmen des SGB VIII obliegen, was auch ohne finanzielle Zusatzbelastung eine nicht unerhebliche organisatorische und personelle Herausforderung sein würde.

Eine weitere Komponente sind gleichwertige Lebensverhältnisse: „Wir halten am Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse fest und werden mit Bund, Ländern und Kommunen eine umfassende Dezentralisierungsstrategie entwickeln, um strukturschwache Regionen und Städte zu unterstützen. Wir wollen in der nächsten Bundesregierung eine aktive Strukturpolitik zur Stärkung der ländlichen Regionen etablieren, eine fachliche Gesetzesfolgenabschätzung und die begonnenen Maßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüfen.“

Agrarstruktur und Küstenschutz

Darüber hinaus soll die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) weiterentwickelt werden, indem man sie um die Komponente „ländliche Entwicklung“ ergänzt. Im Dreiklang der Förderung der Agrarstruktur, des Hochwasser- und Küstenschutzes und der Förderung der ländlichen Entwicklung könne den aktuellen Herausforderungen im Land begegnet werden.

Breitbandausbau

Ein weiteres Ziel ist, „dass jedes Gebäude in Deutschland mittels Glasfaserkabel erreicht und an schnelles Internet angeschlossen werden kann. Dazu werden wir den Kommunen unabhängig von Wirtschaftlichkeitsprüfungen im Sinne eines Universaldienstes die Möglichkeit eröffnen, den Breitbandausbau auch unter Einbeziehung alternativer unterirdischer wie oberirdischer Verlegungsmöglichkeiten in Eigenregie voranzutreiben. Wir werden die ab 2025 zur

Verfügung stehenden 5G-tauglichen Frequenzen für den flächendeckenden Mobilfunkausbau nutzen.“

Weiter ausbauen will die Bundes-KPV auch die digitale Verwaltung. Außerdem soll der elektronische Personalausweis bzw. Identitätsnachweis (Aufenthaltstitel) als modernes und mobil einsetzbares Authentifizierungsmedium flächendeckend für alle Leistungen der öffentlichen Hand zum Einsatz gebracht und auch Unternehmen angeboten werden. Für Kommunen ist die Entwicklung einer Angebotsplattform, ein „kommunaler App-Store“, angedacht, in dem alle zertifizierten, zugelassenen, einsatzfähigen Fachanwendungen für die Kommunen vergabe- und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Bis 2022 sollen Bund, Länder und die Kommunen alle Verwaltungsleistungen in Deutschland über Verwaltungsportale auch digital anbieten und diese Portale zu einem Verbund verknüpfen. Dabei werden ca. 70 % der Verwaltungsvorgänge in den Kommunen abgewickelt. „Durch den Staatsvertrag zur Errichtung des IT-Planungsrates wurde ohne Aufweichen des Bundesdurchgriffs auf die Kommunen sichergestellt, dass die Länder gegenüber ihren Kommunen verantwortlich bleiben und Digitalisierung unter strengster Konexität umsetzen müssen.“

Das standardisierte Bewertungsverfahren für über das GVFG geförderte Infrastrukturprojekte soll zudem dahingehend weiterentwickelt werden, dass bestimmte Kriterien im Bewertungsverfahren wie Klima- und Umweltschutz, Verkehrsverlagerung oder Aspekte der Daseinsvorsorge stärker gewichtet werden können. „Beim Kosten-Nutzen-Faktor erhalten dünn besiedelte ländliche Räume einen Bonus, um aus geringerer Einwohnerzahl zwangsläufig resultierende höhere Grundkosten besser berücksichtigen zu können.“

Werbung für das Ehrenamt

Mit einem eindringlichen Appell warb der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus schließlich für kommunalpolitische Ehrenämter: „Auch in der Kommunalpolitik benötigen wir ein zeitgemäßes Zeitmanagement und attraktive Strukturen.“ Um für die „Schule der Demokratie“ auch in Zukunft genügend engagierte Mitspracher zu finden, dürfe das Ehrenamt nicht überstrapaziert werden.

Es sei nicht ausreichend, allein auf die Digitalisierung der Arbeitsabläufe zu setzen: „Wenn die Vorlagen mehrere hundert Seiten stark sind, bringt es mir nicht viel, sie auf dem iPad zu lesen.“ An schlankeren Arbeitsabläufen in den Rathäusern gehe daher kein Weg vorbei. Eine Auffassung, die auch Bundes-KPV-Vorsitzender Haase ausdrücklich unterstrich.

Gleichwohl sei es ein gutes Signal, dass die Kommunalpolitiker in Deutschland derzeit kräftigen Rückenwind erhielten, fuhr Brinkhaus fort: Um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, greife der Bund den Kommunen in diesem Jahr kräftig unter die Arme. Angefangen vom Ausgleich für entfallene Gewerbesteuern bis hin zu den Zuschüssen für die Kosten der Unterkunft (KdU) erführen die Städte und Gemeinden vom Bund eine breite Unterstützung.

Für Brinkhaus steht fest: Um die Attraktivität der Kommunen zu erhalten, müssen ihre Interessen in einer etwaigen neuen Föderalismuskommission sehr genau austariert werden. „Unsere Städte und Gemeinden dürfen nicht nur am Katzentisch der Bundesländer sitzen.“ **DK**

Bayerns Gesundheitsstaatssekretär Holetschek:

Wir müssen Existenzen retten

Huml fordert bundesweiten Corona-Rettungsschirm für Anbieter ambulanter Vorsorge- und Reha-Maßnahmen

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und Staatssekretär Klaus Holetschek haben einen bundesweiten Corona-Rettungsschirm für Anbieter ambulanter Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen gefordert. Huml betonte in München: „Die Corona-Pandemie macht auch unseren Vorsorge- und Reha-Anbietern massiv zu schaffen. Es gibt aber bisher keinen Rettungsschirm für ambulante Leistungserbringer. Ohne eine solche Unterstützung sind Insolvenzen in diesem Bereich kaum auszuschließen.“

Staatssekretär Holetschek sagte: „Die bayerischen Kurorte sichern rund 100.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Gerade auch viele Rehakliniken sind dort beheimatet. Bayern ist Reha-Standort Nummer 1 in Deutschland. Hier müssen wir die Auswirkungen der Corona-Krise abfedern, damit keine Existenzen bedroht sind.“

Holetschek ergänzte: „Gerade im Bereich der Vorsorge sind auch die bayerischen Kurorte und Heilbäder betroffen. Dort werden von den Praxen überwiegend medizinisch-therapeutische und kurortspezifische Heilmittel abgegeben, die pandemiebedingt weggebrochen

sind. Insbesondere ambulante Vorsorgemaßnahmen haben wegen der langen Schließung der Beherbergungsbetriebe in den Kurorten nicht oder kaum stattgefunden.“

Ministerin Huml sagte: „Bayern hat im Bundesrat einen entsprechenden Vorschlag eingebracht, der dort eine Mehrheit erhalten hat. Darin fordern wir den Bund zu einer entsprechenden Gesetzänderung auf. Diese Forderung hat schon mehrfach im Bundesrat eine Mehrheit erhalten, wurde vom Bundesgesetzgeber aber immer noch nicht umgesetzt. Die Pandemie sollte jetzt Anlass für rasches Handeln sein.“ **□**

„Lock-Down light“:

Selbsthilfegruppen dürfen sich treffen

Eva Gottstein: „Wichtiges Signal an ehrenamtliche Basis!“

Im Zuge der verschärften Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurden die Kontakte sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum abermals stark begrenzt, berufliche oder dienstliche Tätigkeiten sind aber davon ausgenommen.

Doch wie verhält es sich mit Selbsthilfegruppen? Nach erfolgreichem Austausch von Selbsthilfeaktivisten, Selbsthilfekontaktstellen und der SeKo Bayern mit der Staatsregierung ist nun klar, dass sich Selbsthilfegruppen weiterhin physisch, d.h. in Präsenz, treffen können, wenn es medizinisch sinnvoll und notwendig erscheint.

Die allgemein gültigen Hygiene- und Sicherheitsbestimmungen sowie die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes sind dabei natürlich zu berücksichtigen.

Unmittelbarer Austausch entscheidet über den Erfolg

„Bayerns Selbsthilfegruppen, ganz gleich ob im sozialen oder im Gesundheitsbereich, sind ex-

trem wichtig für viele Menschen in unserer Heimat. Als Ehrenamtsbeauftragte begrüße ich es sehr, dass sich nun zumindest ein Teil der ca. 11.000 Gruppen wieder treffen darf“, zeigt sich Eva Gottstein erfreut.

Videokonferenzen seien nur bedingt dazu geeignet, Menschen in Extremsituationen zu helfen, davon ist die Beauftragte überzeugt. „Aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit in der schulischen Drogenberatung weiß ich, dass der unmittelbare Austausch von Angesicht zu Angesicht entscheidend für den Erfolg ist“, so die ehemalige Realschulleiterin.

Weitere Informationen sowie den Originallaut des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege gibt es auf der Homepage der SeKo Bayern. **□**

Rat für Migration bestätigt:

Bayern ist bei der Erwerbstätigenquote von Ausländern Spitze

Rund 60 Prozent der Ausländer im Freistaat gehen einem sozialversicherungspflichtigen Job nach

Die Bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, MdL, zeigt sich erfreut über das Ergebnis des Rats für Migration, einem Zusammenschluss von rund 150 Migrationsforschern, der die Erwerbstätigenquote von Ausländern mit sozialversicherungspflichtigen Jobs im Bundesvergleich untersucht hat.

Brendel-Fischer konstatiert: „Rd. 60% aller im Freistaat lebenden Ausländer haben einen Job und zahlen Sozialabgaben. Der Wert ist bundesweit Spitze! Die Quote liegt damit nur knapp unter den Beschäftigungszahlen der hier aufgewachsenen Bevölkerung“, so Brendel-Fischer weiter. „Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll, wie sehr wir in Bayern vom ehrenamtlichen Engagement und den bedarfsgerechten Fördermaßnahmen des Freistaats profitieren. Wir sind auf einem sehr guten Weg.“

Die Beauftragte warnt jedoch davor, sich auf dem Erreichten auszuruhen: „Das Ergebnis der Studie ist ein Beleg dafür, dass der eingeschlagene Kurs der bayerischen Integrationspolitik richtig ist. Jedoch sind wir uns im Klaren, dass die andauernde Corona-Krise auch in Zukunft einige Herausforderungen für Menschen mit und ohne Migrations-

hintergrund mit sich bringen wird! Auch die Themen Antisemitismus und Hate-Speech im Internet sind aktueller denn je.“

Potenziale erkennen

Um auch für die Zukunft gewappnet zu sein, müssen bereits bei Schulkindern und Jugendlichen Potenziale erkannt und gezielt gefördert werden: „Es geht nicht darum, das Woher zu beurteilen, sondern das Wohin gemeinsam zu gestalten“, setzt Brendel-Fischer fort: „Gerade unter Berücksichtigung des akut herrschenden Fachkräftemangels bedeutet das, die Potenziale der inländischen Arbeitskräfte optimal zu nutzen. Wir setzen hier bei den Kleinsten an! Das beginnt bei der Sprachförderung im Vorschulalter und endet mit der Betreuung und Unterstützung während des Einstiegs in das Berufsleben!“ **□**



Der neu gewählte BdV-Landesvorstand: 1. Reihe v.l.: Landesschatzmeister Paul Hansel, stellvertretende Landesvorsitzende Josef Zellmeier und Dr. Dorith Müller, Landesvorsitzender Christian Knauer, Stellvertreter Bernhard Fackelmann und Schriftführer Christoph Stabe. Zweite Reihe v.l.: Annemarie Probst, Dr. Alfred Lange, Dr. Gotthard Schneider, Georg Hodolitsch. Dritte Reihe Andreas Schmalcz, Albina Baumann.

Bild: Susanne Marb/BdV Bayern

Landesversammlung in Bad Kissingen:

Riesiger Vertrauensbeweis für Christian Knauer

BdV-Landesvorstand jetzt jünger und weiblicher

Mit einem nicht mehr zu übertreffenden Vertrauensbeweis wurde BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer am 24. Oktober durch die BdV-Landesversammlung in Bad Kissingen in seinem Amt bestätigt. Er erhielt in geheimer Abstimmung alle 70 abgegebenen Stimmen. Die ebenfalls neu gewählte Landesvorstandsschaft ist im Durchschnitt wesentlich jünger und weiblicher.

Gehörte dem sechsköpfigen geschäftsführenden Landesvorstand bislang keine einzige Frau an, hat sich dieses mit den Wahlen von Herta Daniel (Verband der Siebenbürger Sachsen) und Dr. Dorith Müller (Sudetendeutsche Landsmannschaft) zu stellvertretenden Landesvorsitzenden deutlich geändert. Zudem wurden als Beisitzerinnen Albina Baumann (Landsmannschaft der Deutschen aus Russland), Ines Andrea Reinhold von Drüben (Landsmannschaft Pommern) und die schwäbische Bezirksrätin Annemarie Probst (Landsmannschaft der Banater Schwaben) in den Vorstand gewählt.

Personelle Erneuerung

Auch in der personellen Zusammensetzung des Landesvorstandes stellte die Landesversammlung eine Zäsur dar. So hatten Dr. Johannes Hörner (Landsmannschaft der Deut-

schen aus Russland), Alfred Kiplinger (Sudetendeutsche Landsmannschaft) und Friedrich Wilhelm Böld (Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen) nicht mehr als stellvertretende Landesvorsitzende kandidiert. Böld war mit über 25 Jahren das bislang dienstälteste Vorstandsmitglied.

Wegen des Wegzugs aus Bayern musste auch Schriftführer Ernst Schroeder (Landsmannschaft Pommern) seine Tätigkeit einstellen. Er wurde in dieser Position vom Landesvorsitzenden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Christoph Stabe, abgelöst. Als Beisitzer ausgeschieden sind der niederbayerische BdV-Bezirksvorsitzende Horst-Falko Billek und der Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Ewald Oster.

Mit einem überragenden Ergebnis wurde CSU-Landtagsabgeordneter Josef Zellmeier

(Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei) bei zwei Konkurrenten als Stellvertreter von Christian Knauer bestätigt.

Fairer Wettbewerb um Vorstandsposten

Ein Novum bei diesen Wahlen war, dass es in nahezu allen Wahlgängen zu einem Rennen unter mehreren Bewerberinnen und Bewerbern kam. Lediglich Knauer und Landesschatzmeister Paul Hansel (Landsmannschaft Schlesien) waren alleinige Kandidaten.

Als Beisitzer bestätigt wurden Georg Hodolitsch (Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn), Dr. Alfred Lange (Bund der Danziger), Andreas Schmalcz (Sudetendeutsche Landsmannschaft), Dr. Gotthard Schneider (Landsmannschaft Schlesien), Hermann Schuster (Landsmannschaft der Donauschwaben) und Damian Schwider (Landsmannschaft der Oberschlesier). Als Kassenprüfer wurden Franz Böse (Sudetendeutsche Landsmannschaft) und Thomas Erös (Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben) wiedergewählt. □

Bayerisches Familiengeld

Seit 1. 9. 2018 gibt es das Bayerische Familiengeld als Unterstützung für Familien mit kleinen Kindern. Mittlerweile haben bereits 500.000 Kinder von dieser besonderen Leistung des Freistaats profitiert. Bayerns Familienministerin Carolina Trautner freut sich über diese beachtliche Zahl: „Mit dem Familiengeld schaffen wir Freiräume für einen guten Start ins Kinderleben. Familien sind unser stärkstes Netz – ein Leben lang. Die Familie ist das Erste, was wir haben. Indem wir sie stärken, sorgen wir für eine gute Zukunft der ganzen Gesellschaft.“

Das Familiengeld wird für alle ein- und zweijährigen Kinder in Bayern gezahlt. Mit der Leistung wurden das bisherige Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld gebündelt und aufgestockt. Die Eltern werden mit 250 Euro pro Monat und Kind, ab dem dritten Kind mit 300 Euro monatlich, unterstützt. Das Familiengeld ist unabhängig von Einkommen, Erwerbstätigkeit und der Art der Betreuung.

Wer in Bayern bereits Elterngeld beantragt und bewilligt erhalten hat, muss keinen weiteren Antrag stellen. Fragen zum Familiengeld beantwortet die Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS). □

1.000 Mitglieder im Familienpakt Bayern

Ministerin Trautner: „Mit dem eintausendsten Mitglied im Familienpakt Bayern ist ein Meilenstein erreicht“

Bayerns Arbeitsministerin Carolina Trautner und Andreas Meier, Landrat des Landkreises Neustadt an der Waldnaab, begrüßten gemeinsam zwölf neue und fünf alte Mitglieder des Familienpakts Bayern. Besonders wurde die Leistriz Produktions- und Service GmbH als eintausendstes Mitglied im Familienpakt willkommen geheißen.

Bayerns Arbeitsministerin Carolina Trautner betonte: „Mit dem eintausendsten Mitglied im Familienpakt Bayern ist ein Meilenstein erreicht. Die Herausforderungen der Corona-Pandemie und des demografischen Wandels zeigen die Bedeutung und die Notwendigkeit einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik. Ich freue mich über das wachsende Bewusstsein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

Die 1.000 Mitglieder im Familienpakt Bayern haben ihre Verantwortung erkannt: Nur ein familienfreundliches Unternehmen ist auf Dauer zukunftsfähig. Als moderne Unternehmen wissen sie, dass Fachkräfte heute dorthin gehen, wo Beruf und Familie gut vereinbar sind. Wir unterstützen die Unternehmen dabei mit dem Familienpakt Bayern. Hier erhalten sie fachlichen Input, Impulse für individuelle Lösungen und können mit der Plakette „Familienpakt“ ihre Familienfreundlichkeit auch nach außen sichtbar machen.“

Landrat Andreas Meier ergänzte: „Ich freue mich, dass mit der Firma Leistriz nun schon elf Firmen im Landkreis Neustadt an der Waldnaab Mitglieder des Familienpakts sind. Die Verantwortlichen in den Firmen haben erkannt, dass Familienfreundlichkeit ein essentieller Baustein der Fachkräftesicherung ist und setzen entsprechende Maßnahmen in ihrem Betrieb um.“ Mit dem Familienpakt Bayern unterstützt die Bayerische Staatsregierung gemeinsam mit den Partnern der Wirtschaft bayerische Arbeitgeber bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Personalpolitik.

Detaillierte Informationen: www.familienpakt-bayern.de/. □

Preisträger des „Bayerischen Eine Welt-Preises 2020“ bekanntgegeben:

Bürgerschaftliches Eine Welt-Engagement gewürdigt

Die Preisträger des „Bayerischen Eine Welt-Preises 2020“ wurden bekanntgegeben. Verliehen wird der Preis seit 2012 alle zwei Jahre vom Freistaat Bayern gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., dem bayerischen Dachverband der „Eine Welt-Akteure“. Ziel des Eine Welt-Preises ist es, das vielfältige bürgerschaftliche Eine Welt-Engagement in Bayern in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen.

Überall in Bayern setzen sich Menschen auf vielfältige Weise für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Frieden und weltweite Bewahrung der Natur ein. Sie engagieren

ne-Welt-Laden Amberg e.V. für das Projekt „Zukunftsakademie – lernen global“: www.eine-welt-laden-amberg.de/seite/387047/%C3%BCber-uns.html

3. Preis (1.000 Euro): Der „Ar-



Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL. Bild: Bayerische Staatskanzlei

sich zum Beispiel im Rahmen partnerschaftlicher Zusammenarbeit (mit Vereinen, Schulen, Kirchengemeinden), bei der Förderung des Fairen Handels oder im Bereich des Globalen Lernens. Sie wollen Globalisierung gerechter gestalten und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Die Preisträger wurden auch dieses Jahr wieder von einer Jury ausgewählt, die aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Bayerischen Landtags, des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. sowie der Bayerischen Staatskanzlei bestand. In der Kategorie „Vereine / Initiativen / Schulen“ wurden ausgezeichnet:

1. Preis (3.000 Euro): Die „Initiative Prokapsogo e.V.“ gemeinsam mit dem „Bildungszentrum der Innung der Spengler-, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“ (Augsburg) für das Projekt „Duale Berufliche Bildung in Kenia Baringo Country“ www.prokapsogo.de und www.shk-schwaben.de/

2. Preis (2.000 Euro): Der Ei-

beitskreis Klimapartnerschaft München mit dem indigenen Volk der Ashaninka in Peru“ im Nord Süd Forum München e.V. für das Projekt „Solidarität und Regenwaldschutz“ www.nord-suedforum.de/ashaninka/

In der Kategorie „Kommunen“ wurden ausgezeichnet:

1. Preis (1.000 Euro): Aining

Sonderpreis (undotiert): Landkreis Donau-Ries

Projekte mit Begeisterung und Leidenschaft umsetzen

Dr. Florian Herrmann, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und zugleich Bayerns „Eine Welt-Minister“, zeigte sich beeindruckt: „Lichter anzünden, Hoffnung schenken – das tun Sie alle im Eine Welt Netzwerk Bayern jeden Tag und ganz besonders tun es auch die diesjährigen Preisträger. Vor allem Ihnen möchte ich heute ganz besonders danken. Wir sind stolz auf engagierte Menschen wie Sie, die ihre Projekte mit Begeisterung und Leidenschaft umsetzen und dadurch Perspektiven

EineWeltPreis aus Sicht des Landkreises Donau-Ries

Dr. Fabian Mehring: Donau-Ries ist Leuchtturm der Entwicklungszusammenarbeit

Der Sonderpreis für Kommunen des Bayerischen EineWeltPreises ging in diesem Jahr an den Landkreis Donau-Ries. Dr. Fabian Mehring, MdL, vertrat den Bayerischen Landtag in der Jury und entschied mit darüber, wer unter den 90 Bewerbern aus ganz Bayern diese besondere Auszeichnung erhielt.

Mehring zeigte sich besonders darüber, dass dieser Sonderpreis für Kommunen in den Landkreis Donau-Ries geht. Mit einem ganzen Paket an Initiativen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit hatte sich die Region für die hohe Auszeichnung beworben.

Bayernweiter Leuchtturm

„Unter Anderem realisierte der Landkreis in Afrika 34 Schulbauprojekte, die mit privaten Spenden finanziert wurden“, zeigte Mehring sich begeistert. „Zudem absolvierten syrische Geflüchtete ein Praktikum im Landratsamt, um unsere demokratischen Strukturen kennen zu lernen. Auch die nachhaltige Daseinsvorsorge im Hinblick auf Klima und Abfall wurden bereits in mehreren Projekten angegangen“, erläuterte Mehring die Entscheidung der Jury. □

Dieser unermüdete Einsatz des ganzen Landkreises wird nun durch den Sonderpreis des „Eine Welt-Preises“ honoriert.

„Durch diese Auszeichnung wird der Landkreis Donau-Ries zu einem bayernweiten Leuchtturm der Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Dies ist eine verdiente Belohnung für das vorbildliche Engagement zahlreicher Beteiligter. In einer zunehmend multipolaren Weltordnung werden die Beziehungen zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent in den nächsten Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewinnen. Dass unsere Heimat dabei eine anerkannte Vorreiterrolle einnimmt, von der anderen Regionen im Freistaat lernen können, ist durchaus ein Grund stolz zu sein“, gratulierte der Abgeordnete Landrat Stefan Rößle und seinem Team per Telefon. □

schenken. Sie sind echte Vorbilder, die unsere eine Welt ein Stückchen besser machen. Herzlichen Dank für Ihren großartigen Einsatz!“

Akteure gewinnen

Dr. Alexander Fonari, Vorstand Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.: „Zehntausende Menschen in Bayern setzen sich für eine zukunftsfähige Lebensweise ein und wollen mehr Akteure dafür gewinnen, ihr Denken und Handeln an der Verantwortung für die Eine Welt zu orientieren. Zunehmend hinterfragt wird dabei auch unser eigener Lebensstil und seine Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Einen Welt. Mögen sich viele Menschen ermutigt fühlen, dem guten Beispiel der ausgezeichneten Preisträger zu folgen.“ □

Ministerin Carolina Trautner:

Antisemitismus in all seinen Formen bekämpfen

Erinnerungen an die Reichspogromnacht 1938

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten in Deutschland die Synagogen, jüdische Wohnungen und Geschäfte wurden geplündert und jüdische Menschen brutal misshandelt, vertrieben und ermordet. Jegliches jüdische Leben in Deutschland sollte ausgelöscht werden.

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Wir erinnern uns in diesen Tagen an die Reichspogromnacht 1938. Diese schrecklichen Taten dürfen nie wieder passieren! Wir alle, in Politik und Gesellschaft, sind aufgefordert, das Engagement und den Einsatz gegen Antisemitismus zu stärken. Wir müssen noch besser verstehen, wie Antisemitismus unsere Gesellschaft auch heute noch belastet und bedroht, und konsequent dagegen vorgehen.“ Antisemitische Angriffe und Vorfälle ziehen sich durch alle Bereiche des täglichen Lebens. Gerade in der Präventionsarbeit muss im Alltag angesetzt werden, um zu verhindern, dass antisemitische Weltbilder entstehen oder sich verfestigen.

Videoclips

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte der diesjährige geplante Fachtag „Alltäglicher Antisemitismus – Was tun?“ im Bayerischen Sozialministerium nicht stattfinden. Als Ersatz wurde eine Reihe von Videoclips auf der Homepage des Sozialministeriums unter www.stmas.bayern.de/radikalisierung-praevention veröffentlicht. Die Videos sollen Fachkräfte der Prävention und alle Interessierte über Antisemitismus aufklären und sensibilisieren. Des Weiteren werden Präventionsprojekte des Bayerischen Sozialministeriums vorgestellt.

Das Bayerische Sozialministerium fördert im Rahmen der Radikalisierungsprävention seit 2015 eine Reihe von Präventionsprojekten gegen Rechts- wie Linksextremismus, Salafismus und Antisemitismus. □

Bürgerpreis 2020 verliehen:

Sieben herausragende ehrenamtliche digitale Nachbarschaftsprojekte

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat den Bürgerpreis 2020 verliehen. Aufgrund der Corona-Pandemie würdigte sie die sieben Preisträger in digitaler Form per Videobotschaft. Der unabhängige Beirat hatte herausragende Projekte ausgewählt, die sich in besonderer Weise ehrenamtlich dafür einsetzen, Menschen – auch digital – miteinander zu vernetzen und in der Nachbarschaft oder einer Community zusammenzubringen.

Zwei erste Preise, zwei zweite Preise und drei dritte Preise hat Landtagspräsidentin Ilse Aigner vergeben: Eigentlich waren die Initiativen zur feierlichen Verleihung ins Maximilianeum eingeladen, doch aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie musste der geplante Festakt zur Preisverleihung abgesagt werden. Um die Preisträger trotzdem angemessen zu würdigen, ist die Laudatio von Landtagspräsidentin Ilse Aigner auf der Homepage des Bayerischen Landtags als Video online abrufbar. Zudem werden die sieben Preisträger in kurzen Filmen vorgestellt, die auch auf dem YouTube-Kanal des Bayerischen Landtags abrufbar sind.

Jeder ist preisverdächtig, der sich neben Job und Beruf in unsere Gesellschaft einbringt

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betonte: „Für mich ist jeder preisverdächtig, der sich neben Job, Schule oder Ausbildung in unserer Gesellschaft einbringt – das machen Sie auf außergewöhnliche Weise: Sie vernetzen seit Jahren Menschen miteinander – auch digital. Sie verbinden sie und tragen sie durch persönlich oder gesamtgesellschaftlich schwierige Zeiten. Ich gratuliere

allen Preisträgerinnen und Preisträgern und ich danke Ihnen sowie allen ehrenamtlich Engagierten in unserem Land für ihren großartigen Einsatz, der gerade in diesem Jahr so besonders wichtig ist – ein herzliches Vergelt's Gott!

Die Preisträger 2020

1. Preis (2x je 10.000 Euro):

- Aelius Förderwerk e.V. (Nürnberg/Mittelfranken)

Die Initiative fördert Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten und unterstützt sie auf ihrem Bildungsweg durch Workshops und ein Online Lern- und Nachhilfeprogramm. Studierende bieten hier ehrenamtlich Hilfe bei Fragen und Problemen zu bestimmten Themen an. Zudem gibt es Beratung und Hilfe bei Bewerbungen oder Studienplatzfinanzierung sowie ein mehrjähriges Mentoring Programm.

- Mitmachchat Moritz (Regensburg/Oberpfalz)

Zweimal in der Woche laden seit Beginn der Corona-Maßnahmen eine Radiomoderatorin und ein Musiker Stationen in Kinderkliniken und Behinderteneinrichtungen zu einem Videochat ein, bei dem gesungen oder

gespielt wird. Damit ermöglicht die Initiative es Kindern und Jugendlichen, die aufgrund einer ansteckenden Krankheit oder eines schwachen Immunsystems niemand besuchen darf oder weil sie Risikopatienten sind, per Handy, Tablet oder Computer Kontakt zu Angehörigen und Freunden aufzunehmen und gemeinsam mit ihnen etwas zu erleben. Ehrenamtliche bereiten die Beiträge wie Bewegungslieder, Improvisationen, Filme oder kreative Projekte für den Videochat vor und betreuen die Umsetzung.

2. Preis (2x je 7.500 Euro):

- Gemeinsam analog und digital vernetzt (Haßfurt/Unterfranken)

Ehrenamtliche des Mehrgenerationenhauses Haßfurt nehmen seit Beginn der Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus durch Telefonate, Videoschalten oder Chats Kontakt zu SeniorInnen und zu Familien auf, unterhalten sich und erfragen, ob die Menschen Unterstützung beispielsweise bei Einkäufen benötigen und organisieren diese Bürgerdienste. Mit persönlichen Briefbotschaften werden aufmunternde Worte, Rezepte, Rätsel oder andere Beschäftigungsideen verschickt.

- Wir füreinander – die Nachbarschaftshilfe (Schrobenhausen / Oberbayern)

Seit zehn Jahren ist die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe „Wir füreinander“ bereits aktiv, nun ergänzt sie ihr Engagement durch eine Internetplattform, mit der die Hilfe koordiniert und zwischen Angebot und Nachfrage vermittelt wird. Bürgerinnen und Bürger helfen sich hier gegenseitig unkompliziert in schwierigen Alltagssituationen. Zudem werden Les- und Lernpatenprojekte mit den Grundschulen organisiert und Vortragsabende gestaltet.

3. Preis (3x je 5.000 Euro):

- Fürth Wiki (Fürth/Unterfranken)

Die Initiative hat ein umfassendes Stadtlexikon für die Stadt Fürth aufgebaut. Dabei verfassen die Ehrenamtlichen nicht nur die Artikel, sondern organisieren Treffen mit Zeitzeugen, führen Interviews und organisieren Schülerprojekte. Auch die StadtWiki-Tage in Fürth organisierte die Gruppe, ebenso einen FürthWiki-Tag im Stadtmuseum.

- Vorlesen daheim (München/Oberbayern)

Da die 300 Ehrenamtlichen der Lesefüchse e.V. aufgrund der Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen nicht mehr in Schulen und Bibliotheken vorlesen konnten, startete der Verein ein Projekt zum digitalen Vorlesen. Die VorleserInnen nahmen Videos zuhause auf, die auf die Homepage des Vereins hochgeladen wurden. So konnte jede Geschichte zu jeder Zeit abgerufen werden. Allein bis Anfang April wurden die Videos mehr als 5000 Mal aufgerufen.

- eigenleben.Club (München/Oberbayern)

Eigentlich hätte das „Café eigenleben“ als Treffpunkt der Generationen in der Maxvorstadt eröffnet werden – doch aufgrund der Corona-Maßnahmen zogen die Initiatoren mit der Idee ins Internet um und gründeten einen virtuellen Treffpunkt zum Austausch der Generationen in geschützter Umgebung. Ältere Menschen lernen dadurch, wie die Kommunikation über die neuen Medien funktioniert – durch Workshops, Generationen-Tandems oder Anleitungen, allesamt per Livestream oder Videokonferenz. □

Bewerbung bis zum 10. Dezember 2020:

Bayerischer Landeswettbewerb 2021 „Gemeinsam Orte gestalten“

Kommunen können sich mit ihren gelungenen Städtebauprojekten bewerben

2021 feiert die Städtebauförderung ihr 50-jähriges Jubiläum. Seit 50 Jahren unterstützt der Freistaat die bayerischen Kommunen mit der Städtebauförderung dabei, ihre Stadt- und Ortsteile fit für die Zukunft zu machen. Aus diesem Anlass lobt das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr einen Bayerischen Landeswettbewerb unter dem Motto „Gemeinsam Orte gestalten“ aus.

„Denn die städtebauliche Erneuerung ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, betont die Schirmherrin des Landeswettbewerbs, Bauministerin Kerstin Schreyer. „Stadt- und Gemeindegremien, Verwaltung und Planungsbüros ziehen dabei gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern an einem Strang.“

Die Städtebauförderung ist seit fast 50 Jahren verlässlicher Partner der Städte, Märkte und Gemeinden. „Mit mehr als 6,5 Mrd. Euro von Freistaat, Bund und EU haben wir in dieser Zeit die bayerischen Kommunen unterstützt“, unterstreicht Ministerin Schreyer. „Dieses Geld kommt direkt bei den Menschen an, denn es dient dazu, die Städte, Märkte und

Gemeinden attraktiv und lebenswert zu erhalten“, so Schreyer.

Gemeinsam innovative Projekte realisieren

Mit dem Landeswettbewerb sollen besonders gelungene städtebauliche Sanierungsmaßnahmen in ganz Bayern als Gesamtleistung gewürdigt werden. Über das einzelne Bauprojekt hinaus zählt das gelungene Zusammenspiel von Prozessen, Planungen und Baumaßnahmen. Denn das gebaute Gesicht unserer Gemeinden ist mehr als die Summe seiner Teile. Es entsteht, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger, die Gemeinden und die Planungsbüros aktiv zusammenschließen, miteinander reden, Ideen austauschen und innovative Projekte realisieren.

Gesucht werden Maßnahmen, die in den letzten 50 Jahren mit hoher städtebaulicher, funktionaler und gestalterischer Qualität in Bayern umgesetzt wurden.

Einsendeschluss ist der 10. Dezember 2020. Weitere Informationen:

www.landeswettbewerb-2021.bayern.de □

Digitale Fachkonferenz Wohnen und Pflege:

Dezentrale Pflegestrukturen im Visier

Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml will das wohnortnahe Pflegeangebot weiter ausbauen und so das Leben in den eigenen vier Wänden länger möglich machen. Dazu veranstaltet das Bayerische Gesundheitsministerium die erste digitale „Fachkonferenz Wohnen und Pflege“.

Huml zufolge „gehen wir davon aus, dass es im Jahr 2050 mehr als 670.000 pflegebedürftige Menschen in Bayern geben wird. Im Vergleich zum Jahr 2017 wäre das ein Zuwachs von 62 Prozent. Auf diese Herausforderung müssen wir uns schon heute vorbereiten. Wir brauchen attraktive Angebote, um trotz Pflegebedarfs möglichst lange auch in der eigenen Wohnung leben zu können.“

Wie die Ministerin erläuterte, zeige auch die Corona-Pandemie, wie wichtig es ist, dezentrale Pflegestrukturen zu schaffen. Die Zukunft der pflegerischen Versorgung liege im Wohnquartier, in dem Menschen gepflegt werden. Möglichst lange zu Hause zu leben, sei der Wunsch der meisten Menschen. Dafür habe der Freistaat schon viel getan. Für 2020 sind hierfür 60 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt, um das Förderprogramm zum Ausbau von Pflegeplätzen, „PflegesoNah“, zu unterstützen. Die Nachfrage sei groß, so Huml: „Die Fördermittel waren schon im März verplant. Uns geht es dabei vor allem darum, Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze sowie ambulante betreute Wohngemeinschaften und Pflegeheime, die sich in den sozialen Nahraum öffnen, zu unterstützen. Mehr als 1.100 Pflegeplätze und drei Begegnungstätten für Pflegebedürftige konnten wir dieses Jahr fördern.“

Die Bandbreite an Angeboten für das Wohnen im Alter ist in den letzten rund 25 Jahren stetig gewachsen. Neben der stationären Pflege bieten Wohnformen mit einer ambulanten Versorgung Lösungen im Bedarfsfall. Dennoch zeigt das Angebot vielerorts Handlungsbedarf, wenn es darum geht, eine lückenlose Versorgung im Hilfs- und Pflegebedarfsfall in Wohnortnähe zu gewährleisten.

Diplom-Geographin Annamaria Deiters-Schwedt (empirica ag – Forschung und Beratung) stellte das Konzept des Quartierspflegedekans vor, das dazu beiträgt, diese Lücken durch adäquate Lösungen für Städte wie auch für den ländlichen Raum zu schließen. Bei Quartierspflegedekans handelt es sich um in Bestandsnachbarschaften oder Neubaugebiete integrierte Wohngebäude bzw. -komplexe,

die konzeptionell und baulich so ausgerichtet sind, dass sie Hilfs- und Pflegebedürftigen mit und ohne Behinderung ein selbstbestimmtes Wohnen als Alternative zur stationären Pflegeeinrichtung bieten.

Wenn man eine Alternative zur stationären Pflege bieten will, so sind neben der Barrierefreiheit auch die Integration von ambulant betreuten Wohngemeinschaften, einem Servicestützpunkt mit Tag- und Nachtbereitschaft zuzüglich Pflegewohnungen sowie Pflegegästehaus von zentraler Bedeutung. In den Quartierspflegedekans bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft sollte ein Nachbarschaftscafé integriert werden, das allen im Quartier offensteht. Ein solches Café bietet Anlässe für das Miteinander von Jung und Alt sowie für die Entwicklung von Ehrenamtsengagement.

Selbstorganisation ist in aller Munde, weil immer mehr Menschen bewusst wird, dass ein anderes Denken und Handeln notwendig erscheint, um die Herausforderungen im Arbeitsleben insgesamt und insbesondere in der Pflege zu bewältigen. Was aber ist nötig, um Pflegeteams aufzubauen oder bestehende Pflegeteams so zu verändern, dass diese eigenverantwortlich und selbstorganisiert arbeiten können? Welche Herausforderungen und Hürden müssen bewältigt werden? Diesen Fragen widmete sich Andreas Klein, Geschäftsführer der Gesellschafter CareTeam GmbH, in seinem Impulsvortrag.

Mit seinem Unternehmen hat Klein das Konzept der Quartierspflege entwickelt und bereits umgesetzt. Dabei arbeiten eigenständige Teams (maximal 12 Pfleger) in dem Viertel, in dem sie auch leben. Sie organisieren sich selbst und sparen somit Verwaltungskosten.

Die gesamte Firma ist nicht auf Gewinnmaximierung ausgelegt, sondern arbeitet nach dem Gemeinwohlprinzip. Das so gewonnene Geld wird in Zeit beim Patienten investiert. Die Quartierspfleger entscheiden selbst, wie sie es einsetzen. Außerdem steht die Bildung von Netzwerken in den Quartieren im Vordergrund. Geknüpft werden sowohl Kontakte zu Apothekern und Ärzten, aber auch zu Ehren-

amtlichen in der Nachbarschaft, die für die pflegebedürftigen Patienten einkaufen gehen oder im Garten helfen.

Mit dem Konzept „Kurzzeitpflege – DAHEIM“ konnte die Pflegezentrale Wagner aus dem oberbayerischen Geretsried die Jury des Häusliche Pflege Innovationspreises 2020 überzeugen. Das Unternehmen überträgt ein klassisch stationäres Angebot auf den häuslichen Bereich.

Laut Geschäftsführer Stefan Schleicher nutzen die Pflegebedürftigen bzw. ihre Angehörigen das Budget der Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege, gehen aber für die „Auszeit“ nicht in eine stationäre Einrichtung, sondern können in ihren eigenen vier Wänden bleiben und erhalten eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung. Damit soll Familien wieder die Möglichkeit gegeben werden, beruhigt in den Urlaub zu fahren und den pflege- und/oder betreuungsbedürftigen Angehörigen in besten Händen zu wissen.

Großer Wert wird dabei auf die Qualität der Versorgung und die Begleitung der eingesetzten Pflegekräfte gelegt. Schleicher zufolge werden die Qualitätsstandards der ambulanten Pflege auch hier stringent umgesetzt: Von der Anamnese (SIS) über Maßnahmenplanung bis hin zur Evaluation. Damit grenzt sich das Konzept, bei dem die Pflegekräfte für den Zeitraum der Versorgung in der Häuslichkeit des Pflegebedürftigen mit wohnen, deutlich von der sogenannten 24-Stunden-Pflege ab.

Einen Baustein für den Wunsch vieler Menschen, in gewohnter Umgebung „alt“ werden zu können, stellt das vom Bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerium geförderte Projekt „Gemeindegewest – Seniorlotse“ dar, das der Kreisgeschäftsführer BRK Kreisverband Kronach, Roland Beierwaltes, vorstellte. Es umfasst insbesondere Informations-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen gerade für pflegebedürftige Personen und deren Angehörige. Konkret geht es darum, komplementär zu Pflegeleistungen aus der Sozialen Pflegeversicherung eine Informations- und Koordinationsplattform für den ländlichen Raum zu entwickeln und auch auf die Übertragbarkeit für andere ähnliche Regionen zu testen. Vor diesem Hintergrund wird das geförderte Projekt auch wissenschaftlich begleitet und evaluiert. **DK**

IHK zeichnet Bayernwerk aus:

Bürowelten der Zukunft

Regensburg. Auf gut 500 Quadratmeter erstreckt sich der innovative Coworking-Space des Bayernwerks. Die neuen Räume in der Regensburger Zentrale des bayerischen Energieunternehmens sind Zeugen einer sich stark verändernden Arbeitswelt. Das Bayernwerk treibt diese Veränderung aktiv voran und wurde dafür mit dem IHK Personalmanagement-Award für Großunternehmen ausgezeichnet, den die IHK Regensburg (für Oberpfalz/Kelheim) verleiht. Da die Übergabe im Frühjahr coronabedingt nicht stattfinden konnte, übergab IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Helmes die Auszeichnung nun an den Personalvorstand des Bayernwerks, Andreas Ladda.

Eine neue Welt entstand Anfang 2019 im vierten Stockwerk der Bayernwerk-Unternehmensleitung in der Regensburger Lienthalstraße. Dort, wo einst lange Gänge und aneinandergereihte Büros das Bild prägten, entstanden offene Räume, neue Farbwelten und eine gänzlich neue Möblierung. Das Projekt wurde durch Professor Peter Fischer, Lehrstuhlinhaber für Sozial-, Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie an der Universität Regensburg, begleitet. Mit dieser wissenschaftlichen Unterstützung hat das Bayernwerk „Nägel mit Köpfen“ gemacht und einen 500 Quadratmeter großen Stockwerksabschnitt von Grund auf neu entwickelt und eine Arbeitsumgebung der Zukunft geschaffen. Anstelle fester Arbeitsplätze wurden tätigkeitbasierte Arbeitszonen eingerichtet. Je nachdem, welcher Tätigkeit die Mitarbeiter gerade nachgehen wollten, konnten sie zum Beispiel zur konzentrierten Einzelarbeit in den „Ruhepol“, zum Telefonieren in die „Sprechblase“, zum Vieraugengespräch ins „Wohnzimmer“ oder für Gruppengespräche ins „Austauschviertel“ gehen.

„Die Erfahrungen aus den ersten Monaten der Corona-Pandemie bestätigen diesen Weg. Durch die deutliche Zunahme an Homeoffice-Tätigkeiten wandeln sich die Anforderungen an die Bürowelt“, betonte Bayernwerk-Personalvorstand Andreas Ladda. „Unsere bisherigen Erkenntnisse sind: Der fest zugewiesene Büroplatz verliert für viele an Relevanz. Konzentrierte Einzeltätigkeit findet zunehmend im Homeoffice statt. Der Bedarf an Dialog, Kreativität und Miteinander bleibt eine Kernkompetenz der Bürowelt. Diese muss daher mehr und mehr auf diese veränderten Bedarfe zugeschnitten werden“, so Andreas Ladda weiter. Nachdem in den ersten Monaten des Testlaufs viele unterschiedliche Bereiche Erfahrungen mit neuen Arbeitswelten machen konnten, werden diese nach den Worten des Bayernwerk-Personalvorstands nun von Teams genutzt, die besonders von bereichsübergreifendem und interdisziplinärem Arbeiten profitieren. Zudem denke man intensiv darüber nach, weitere bauliche Veränderungen für mehr interdisziplinäres Arbeiten und Vernetzung zu schaffen.

„Eine inspirierende, offene Arbeitsumgebung und Effizienz schließen sich nicht gegenseitig aus. Das beweisen die Ergebnisse des Experiments wie auch das Urteil der Fachjury der IHK. Die Auszeichnung mit dem IHK-Award ist ein großer Gewinn für unser gesamtes Team und eröffnet uns neue Perspektiven für die Zukunft der Arbeit“, so Andreas Ladda. □

Bayerischer Energiepreis 2020:

Energienutzung intelligent steuern

„Wir wollen ein effizientes und nachhaltiges Energiesystem aus und für Bayern. Auch in diesem Jahr beweisen die Preisträger, dass bayerische Unternehmen, Kommunen und Forschungseinrichtungen hierfür hervorragend vorbereitet sind“, gratulierte Hubert Aiwanger bei der Verleihung des Bayerischen Energiepreises im Bayerischen Wirtschaftsministerium.

Mit dem Hauptpreis ausgezeichnet wurde die Kurtz GmbH, Kreuzwertheim, für ihr Projekt „Chemiefreies Recycling von EPS-Material durch Radiofrequenz-Fusionstechnologie“. Damit wird das Verschweißen von Partikelschäumen, wie z.B. Styropor, zu Formteilen ohne Dampf und Wasserkühlung möglich: Diese Verschweißung erfolgt mittels elektromagnetischer Wellen von innen nach außen.

Im Vergleich zum herkömmlichen Herstellungsverfahren spart dieses innovative Verfahren ca. 70 % an CO₂-Emissionen und 90 % an Primärenergie. Zudem lässt sich EPS mit einem deutlich höheren Rezyklatanteil von bis zu 100 % verarbeiten. Die Technologie wird über die Anwendung in der Kunststoffindustrie (z.B. Isolierplatten, Kühlboxen, Fahrradhelme) hinaus auch auf weitere Anwendungsbereiche übertragen und kann einen erheblichen Beitrag zur nachhaltigen wirtschaftlichen Effizienzsteigerung leisten.

Stadtwerke Rosenheim

Neben dem Hauptpreis vergab das Wirtschaftsministerium weitere Preise in acht Kategorien. In der Kategorie „Kommunale Energiekonzepte“ siegten die Stadtwerke Rosenheim und die SolarNext AG mit ihrem Innovationsprojekt „Umweltfreundliche Kälteversorgung Bahnhof Nord“.

Die Stadtwerke Rosenheim setzen auf eine nachhaltige sowie volkswirtschaftlich sinnvolle Energieversorgung und arbeiten seit Jahren konsequent an der Umsetzung ihrer ehrgeizigen Klimaschutzziele, dokumentiert in einem fundierten Energiekonzept. Die umweltfreundliche Kälteversorgung des Quartiers Bahnhof Nord ist die Weiterentwicklung des Gedankens, den Kunden stets energieeffizient und CO₂-minimiert Kälte zur

Verfügung zu stellen. Das Konzept wurde mit der hierzu beauftragten SolarNext AG aus Bernau entwickelt und umgesetzt.

Statt wie oftmals üblich, elektrisch angetriebene Kompressionskältemaschinen mit relativ hohem Strombedarf und F-Gasen als Kältemittel einzusetzen, kommen in diesem Projekt überwiegend thermisch betriebene Absorptionskältemaschinen, die mit dem natürlichen Kältemittel Wasser arbeiten, zum Einsatz. Als Antriebsenergie wird Abwärme verwendet, die durch das ebenfalls von den Stadtwerken Rosenheim betriebene Müllheizkraftwerk im Sommer zur Verfügung steht. Damit wird vorhandene Wärme besser genutzt. Das Kältenetz hat das Potential sich später über die gesamte Innenstadt von Rosenheim zu erstrecken.

Umweltfreundliche Kälteversorgung

Der Strombedarf für die gesamten Absorptionskälteanlagen (inklusive Pumpen und Rückkühlwerk) ist bis zu 90 % geringer als bei Kompressionskälteanlagen, die CO₂-Emissionen sind im Vergleich zu einer traditionellen Kälteanlage um ca. 85 % reduziert. Ein Konzept, das – mit entsprechenden Anpassungen – auf andere Stadtwerke und Kommunen übertragbar ist. Die Stadtwerke Rosenheim hoffen, dass diese Option bei der Entwicklung von Quartierskonzepten und Verbundlösungen vermehrt evaluiert wird, so dass künftig in vielen anderen Kommunen in heißen Sommermonaten Wohnungs-, Arbeits- und Servicebereiche mit dieser nachhaltigen Lösung (h) eis(s)-kalt gekühlt werden.

Die Versorgung mit Kälte wächst in ihrer Bedeutung, da einerseits die Nachfrage steigt und andererseits die Kälte in großen zentralen Anlagen sehr viel effizienter erzeugt werden kann als

in Kleinanlagen. Dies erfordert die Errichtung von Kältenetzen, die die verschiedenen Kälteanlagen und Verbraucher miteinander verbinden. In Kombination mit der bestehenden Fernwärme entsteht hier ein System der Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung (KWKK), das langfristig die Innenstadt sehr umwelt- und klimafreundlich, aber auch preiswert und sicher mit Kälte versorgen kann.

Die Integration von Strom, Wärme, Kälte und Wärmespeichern ist ein Musterbeispiel der Sektorkopplung und gestattet es, sehr flexibel Erneuerbare Energie aus Wind und Solarstrom je nach Situation zu nutzen und zu ergänzen.

Stadt Freilassing

Ein weiterer Preisträger ist die Stadt Freilassing. In der Kategorie „Energieerzeugung – Strom, Wärme“ belegte sie mit dem Projekt Energieverbund Freilassing (ENVER) den ersten Platz.

Bereits im Jahr 2011/12 hat man mit der Generalsanierung von zwei Freilassinger Schulen und der Stadtbücherei den Grundstein für den Energieverbund Freilassing gelegt. Da für die neue Sport- und Freizeitanlage „Badylon“ mit Dreifachsporthalle und Hallenbad ohnehin die Energieversorgung neu geplant werden musste, wurde die Gelegenheit genutzt und ein Energieverbund zwischen mehreren städtischen Gebäuden genauer untersucht und auch umgesetzt.

Der Energieverbund Freilassing versorgt die Sport- und Freizeitanlage Badylon, die Grund- und Mittelschule, die städtische Kläranlage sowie das Jugendvereinsheim mit Fernwärme auf einer Leitungslänge von insgesamt 936 Metern. Die Versorgung erfolgt über Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, die überwiegend mit Klärgas aus der Kläranlage versorgt und mit Erdgas als zweitem Brennstoff betrieben werden. Ergänzend kommt ein Biomassekessel zum Einsatz, der auch städtische Grüngutabfälle verwerten kann.

„Parallel zum Wärmenetz wur-

de ein Stromverbund zwischen den genannten städtischen Gebäuden aufgebaut. In dieser Form ist ein solcher Zusammenschluss zur Energiegewinnung bisher einmalig“, freut sich Freilassings Bürgermeister Markus Hiebl. Die elektrische Versorgung erfolgt über mehrere Photovoltaikanlagen und über die Blockheizkraftwerke in der Kläranlage und der Heizzentrale. Die über das Stadtgebiet verteilten Gebäude bilden aus energieeffizienter Sicht ein eigenes Areal, das sich vollständig selbst mit Wärme und zu einem großen Teil selbst mit Strom versorgt.

Gegenentwurf zu elektrischen Großspeichern

Der Energieverbund Freilassing ist ein Gegenentwurf zu elektrischen Großspeichern, die derzeit in einzelnen Kommunen zwar bereits umgesetzt werden, jedoch noch sehr aufwändig und ressourcenintensiv in der Herstellung sind. Das in Freilassing umgesetzte Modell kann als Blaupause für eine Vielzahl weiterer bayerischer Kommunen dienen, die ihre vor Ort vorhandenen regenerativen Ressourcen bestmöglich nutzen und ihre Energiekosten senken wollen.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium zeichnet alle zwei Jahre herausragende Leistungen für effiziente und innovative Energiegewinnung, -nutzung, -verteilung und -speicherung aus. Mit 170 eingereichten Bewerbungen war das Interesse bei Unternehmen, Kommunen, Forschungsstellen und Institutionen auch in diesem Jahr wieder erfreulich groß. Zum zwölften Mal wählte eine unabhängige Jury mit ausgewiesenen Energieexperten die vorbildhaften Preisträger aus. **DK**

Brennstoffemissionshandel:

Eckpunkte zum Schutz der Industrie beschlossen

Die Bundesregierung hat die von der Bundesumweltministerin vorgelegten Eckpunkte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen beschlossen. Im Rahmen des nationalen Brennstoffemissionshandels können künftig Unternehmen auf Grundlage einer sogenannten Carbon Leakage-Verordnung einen finanziellen Ausgleich beantragen, sofern ihnen durch die CO₂-Bepreisung Nachteile im internationalen Wettbewerb entstehen.

Als Gegenleistung werden die begünstigten Unternehmen verpflichtet, ein Energiemanagementsystem zu betreiben und Maßnahmen umzusetzen, die die Energieeffizienz verbessern und CO₂-Emissionen verringern.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Mit der CO₂-Bepreisung erzeugen wir eine Lenkungswirkung zu emissionsarmen und klimaneutralen Energieträgern. Gleichzeitig ist mir wichtig, dass Deutschland ein attraktiver Standort für eine zukunftsfähige Industrie bleibt ... Deshalb haben wir die Eckpunkte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen beschlossen. Wir schützen damit das Klima und die Industrie. Zugleich sorgen wir dafür, dass die Unternehmen die Hilfen wiederum in den Klimaschutz investieren und dadurch innovativer und klimafreundlicher werden. Dieser moderne Ansatz wird dabei helfen, deutsche Unternehmen zu Vorreitern auf dem Weg in die klimaneutrale Weltwirtschaft zu machen.“

Der in den Eckpunkten festgelegte Kompensationsmechanismus orientiert sich an den etablierten Regelungen des europäischen Emissionshandels. Die dort geltende Liste der beihilfebe-

rechtigten Sektoren wird 1:1 übernommen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, weitere Sektoren aufzunehmen, sofern ein Wettbewerbsrisiko nachgewiesen werden kann.

Für die Berechnung der Beihilfe wird der „Benchmark“-Ansatz des EU-Emissionshandels verwendet: Das Beihilfeniveau wird durch die 10 Prozent besten Anlagen einer Branche bestimmt. Weniger effiziente Anlagen erhalten also einen geringeren Anteil ihrer CO₂-Kosten erstattet. Ebenso wird die Beihilfehöhe entsprechend der Emissionsintensität der verschiedenen Unternehmen gestaffelt. Damit wird sichergestellt, dass Unternehmen konsequent in emissionsarme Technologien investieren und Ausgleichszahlungen sich stets am tatsächlichen Wettbewerbsrisiko orientieren.

Bis zum Ende des Jahres wird das BMU nun auf Basis der Eckpunkte eine Rechtsverordnung ausarbeiten und dem Bundestag vorlegen. Gemeinsam mit Regelungen zur Emissionsberichterstattung, zum Verkauf von Emissionszertifikaten und zum nationalen Handelsregister wird dies die Grundlage für den Start des nationalen Emissionshandels pünktlich zum 1. Januar 2021. **□**

Landrätin Schweiger kritisiert Südostlink

Landrätin Tanja Schweiger (Regensburg) hat sich persönlich an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, gewandt. Der Referentenentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Bundesbedarfsplangesetzes und anderer Vorschriften sei in den Augen vieler Wissenschaftler genau das Gegenteil einer „sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität“.

Der Landkreis Regensburg werde zudem in vielen Bereichen der neun betroffenen Landkreisgemeinden stark in Mitleidenschaft gezogen. Alleine im „Falkensteiner Vorwald mit Donaurandspal-

te und Regental“ ergibt sich neben der Kreisstraße R43 eine dauerhaft waldfreie Fläche von etwa 6,6 Hektar und läuft damit der Landschaftsschutzverordnung zuwider, so Tanja Schweiger.

Die geplante Trasse stelle einen massiven Eingriff in den Gehölz- und Waldbestand dar; im Landkreis Regensburg müssten dafür etwa 12 Hektar Fläche in Anspruch genommen werden. Sämtliche Vorschlagstrassen seien zudem mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden, teilweise mit nicht ausgleichbaren Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und des Naturgenusses. Der Vorschlagskorridor tangiert auch mehrere Wasserschutzgebiete. Die alleine im Landkreis betroffene Gesamtfläche der Bodendenkmäler und Verdachtsflächen wird nach Angabe des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege auf circa 132 Hektar geschätzt.

In ihrem Schreiben zeigt Landrätin Tanja Schweiger aber auch Alternativen auf. Zum einen decke die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien über das Gesamtjahr betrachtet im Landkreis Regensburg in der Bilanz mittlerweile etwa 75 Prozent des Gesamtstromverbrauchs ab, Tendenz steigend. Zum anderen könne die im Norden erzeugte Energie für grünes Gas genutzt werden, das über das bestehende über 520.000 km lange Gasnetz transportiert werden könne. Sie bittet Bundesminister Altmaier deshalb darum, den Bundesbedarfsplan zu überarbeiten und Alternativen zu entwickeln, wie etwa Investitionen in die Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien. **□**

Hohe Versorgungssicherheit im Stromnetz der N-ERGIE

Die Versorgungsqualität im Netzgebiet der N-ERGIE ist seit Jahren hoch: Durchschnittlich nur knapp sieben Minuten (6,8 Minuten) mussten die Menschen 2019 aufgrund ungeplanter Ereignisse, etwa infolge von Unwettern oder Leitungsschäden, ohne Strom auskommen (2018: 7,9 Minuten).

Diese Zahl liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt: Laut dem kürzlich veröffentlichten Zahlen der Bundesnetzagentur lag 2019 die durchschnittliche Versorgungsunterbrechung je angeschlossenen Letztverbraucher in Deutschland bei rund zwölf Minuten (12,2 Minuten; 2018: 13,9 Minuten).

Die Versorgungsqualität im Netzgebiet der N-ERGIE liegt damit weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Dies ist auch eine Folge beständiger Investitionen:

Rund 100 Mio. Euro steckt die N-ERGIE Netz GmbH, der Netzbetreiber der N-ERGIE, jährlich in den Ausbau und den technischen Unterhalt der Stromnetze.

Das Stromnetz der N-ERGIE Netz GmbH umfasst Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen und ist rund 27.000 Kilometer lang. Es erstreckt sich vom Würzburger Umland im Norden bis Eichstätt im Süden, sowie von Weikersheim im Westen bis nach Sulzbach-Rosenberg im Osten. **□**

Anna föhnt jetzt auch mit Windkraft.

Unser intelligentes Energienetz verbindet Wind-, Sonnen-, Wasserkraft und Biomasse mit fossilen Energien. Damit garantieren wir den Menschen in Bayern volle Versorgungssicherheit bei großer Nachhaltigkeit.

Energie, die Bayern weiterbringt. Bayernwerk.

Mehr unter [bayernwerk.de](https://www.bayernwerk.de)

bayernwerk

Verband kommunaler Unternehmen:

Wegweisende Stellschrauben

Als „Erfolg für Energiewende und Klimaschutz“ hat der VKU den Kompromiss zur 450 MHz-Frequenzvergabe bezeichnet. Die zuständigen Ressorts der Bundesregierung haben sich geeinigt, die 450 MHz-Frequenzen ab 2021 vorrangig an die Betreiber kritischer Infrastrukturen in der Energie- und Wasserwirtschaft zu vergeben. Den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wird die Mitnutzung der Frequenzen eröffnet, sofern es keine Beeinträchtigungen für die Anwendungen der kritischen Infrastrukturen gibt.

„Wir begrüßen den politischen Kompromiss, die 450 MHz-Frequenz an die Energie- und Wasserwirtschaft zu vergeben und zugleich eine Mitnutzung für die BOS zu ermöglichen. Nun ist der Weg für die Bundesnetzagentur frei, gemeinsam mit Beirat und Präsidentenkammer das Vergabeverfahren zeitnah zu starten. Das ist eine Richtungsentscheidung: für Energiewende und Klimaschutz, für Versor-

gungssicherheit und den Schutz kritischer Infrastrukturen“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing.

450 MHz-Frequenz an Energie- und Wasserwirtschaft

Für die zunehmend dezentrale und digital gesteuerte Strom- und Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien sowie Wasserversorgung benötigt die Ener-

gie- und Wasserwirtschaft die 450 MHz-Frequenz. Dies diene dem Klimaschutz und der Versorgungssicherheit, „denn mit dieser sicheren und hochverfügbaren Kommunikationslösung können wir unsere Netze digitalisieren und optimal steuern. Damit können wir das hohe Niveau an Versorgungssicherheit halten und auch den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität vorantreiben“, erklärte Liebing. Davon profitiere der gesamte deutsche Wirtschaftsstandort. Da die Funkfrequenz auch im Falle eines Blackouts funktioniert, sei die Entscheidung der BNetzA ein wichtiger Beitrag, um kritische Infrastrukturen wirksam zu schützen.

Potenziale der Energiewende besser heben

Eine „solide Basis für den parlamentarischen Prozess“ ist aus Liebings Sicht der Gesetzentwurf des EEG 2021. Der Bundesrat habe mit seiner Stellungnahme darauf aufgebaut und auf wichtige Stellschrauben verwiesen, an denen der Gesetzentwurf nachjustiert werden sollte.

Der VKU begrüßt, dass sich die Länderkammer vor allem im Bereich der Photovoltaikförderung und des Mieterstroms für erhebliche Verbesserungen ausspricht. Nach Ansicht des Verbandes muss die Photovoltaik bis 2030 von heute ca. 50 GW auf eine installierte Leistung von 125 GW ausgebaut werden. „Das bedeutet, dass wir unsere Anstrengungen beim Photovoltaikausbau enorm steigern müssen und wir vor allem auch die Potenziale der Energiewende im urbanen Raum besser heben müssen. Gut ist daher, dass der Bundesrat sich für die Aufhebung der Größenbeschränkung für Mieterstromanlagen, die Erweiterung der Mieterstromförderung auf Nichtwohngebäude und die Anhebung der Solarstromvergütung sowie die Verringerung der Degression für kleine PV-Anlagen ausgesprochen hat“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Darüber hinaus habe der Bundesrat erkannt, wie wichtig die

Akzeptanz vor Ort für den Windenergieausbau ist und fordere folgerichtig eine verpflichtende Abgabe an die Standort- und Nachbarkommunen anstelle der im Gesetzentwurf vorgesehenen freiwilligen Zahlung. Auch die kommunalen Spitzenverbände und der VKU hatten sich für diese Verpflichtung stark gemacht. Nur diese schafft laut VKU eine rechtssichere, planbare und wiederkehrende Grundlage für Zahlungen an die betroffenen Städte und Gemeinden und trägt so erheblich zur Akzeptanz vor Ort bei. Zudem teilt der Verband kommunaler Unternehmen die Kritik des Bundesrates, dass der Gesetzentwurf keine Regelung zu Bürgerenergiegesellschaften enthält. „Bereits in der Vergangenheit hat er deutlich gemacht, wie wichtig Bürgerenergie für die Akzeptanz ist. Die bisherigen Regelungen waren jedoch missbrauchsanfällig. Wir brauchen daher beim Thema Bürgerenergie einen Neustart“, forderte Liebing.

Aber auch jenseits von Windenergie und Photovoltaik gibt es nach seinen Worten einige Baustellen, an denen im EEG-Entwurf noch gearbeitet werden muss. Darauf hätten die Länder mit ihren Verbesserungsvorschlägen zu Recht hingewiesen. Der VKU begrüße daher die Empfehlungen des Bundesrates zur Stärkung auch weiterer EE-Technologien, etwa in dem die bestehenden Regelungen zur Degression bei der Verstromung von Biomasse, Geothermie und Wasserkraft abgemildert werden.

Degressionsbremse erforderlich

„Wir brauchen auch hier eine Degressionsbremse, um die Erreichung der Ausbauziele sicherzustellen. Zu Recht fordert der Bundesrat darüber hinaus weitere Verbesserungen für die Biomasseverstromung. Wichtig ist jetzt, dass Bundesregierung und Bundestag die Empfehlungen des Bundesrates aufgreifen und sich konstruktiv damit auseinandersetzen. Für uns ist klar: Wenn wir das 65-Prozent-Erneuerbaren-Ziel bis 2030 erreichen wollen, müssen alle Technologiepotenziale erschlossen werden. Ambitionierte Ziele können nur mit einem ambitionierten EEG erreicht werden“, stellte Liebing fest. **DK**

Solarenergie:

Einspeisevergütungs-Stopp verhindern

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert alle Bürgerinnen und Bürger des Freistaats auf, ihre PV-Anlagen, die schon länger am Netz sind, bei der Bundesnetzagentur für das Marktstammdatenregister bis spätestens Januar 2021 zu registrieren, ansonsten drohe ein vorübergehender Stopp der Vergütung für den eingespeisten Strom ab Februar 2021.

Aiwanger: „Die Bundesnetzbetreiber und die Netzbetreiber weisen schon sehr aktiv auf die Registrierungspflicht hin. Ich mache auch nochmal deutlich: Registrieren Sie sich. Es ist relativ unkompliziert, nehmen Sie sich die Unterlagen mit den entsprechenden technischen Daten Ihrer Anlage zur Hand und gehen Sie auf die Seite der Bundesnetzagentur im Internet.“

PV-Anlagen (inkl. Stromspeicher), die vor dem 31.01.2019 in Betrieb genommen wurden, müssen bis zum 31.01.2021 registriert sein. PV-Anlagen, die ab Februar 2019 in Betrieb gegangen sind, müssen sich innerhalb eines Monats nach Inbetriebnahme registrieren.

„In Bayern sind PV-Anlagen im niedrigen sechsstelligen Bereich noch nicht registriert, das betrifft viele Bürgerinnen und Bürger, die einen wertvollen Beitrag zur Energiewende leisten. Wir wollen ein böses Erwachen hinsichtlich vorübergehend eingehaltener Einspeisungsvergütungen ab Februar 2021 vermeiden“, erklärt der Staatsminister.

Das Marktstammdatenregister Web-Portal ist hier zu finden: www.marktstammdatenregister.de

Die VKU Landesgruppe Bayern weist darauf hin, dass auch andere Anlagen erneuerbarer Erzeugung sowie KWK-Anlagen registriert sein müssen, um nach dem 31.1.2021 ihren Anspruch auf Vergütungszahlungen zu erhalten. Die Verteilnetzbetreiber haben die bei ihnen im Netz liegenden Betreiber ebenfalls aufgefordert, die Registrierung vorzunehmen. Ihnen ist sehr an einem reibungslosen Prozess gelegen, da nicht registrierte Anlagen einen erheblichen Mehraufwand bedeuten würden. **DK**

Energiewende Oberland:

Online-Stifterversammlung 2020

Halbzeitbilanz: Die Energiewende Oberland, Bürgerstiftung für Erneuerbare Energien und Energieeinsparung (EWO), hatte sich bei ihrer Gründung im Jahr 2005 zum Ziel gesetzt, die Region bis ins Jahr 2035 ausschließlich mit regenerativer Energie zu versorgen. Das bislang noch nicht einmal die Hälfte des Weges zurückgelegt wurde, ist für EWO-Geschäftsstellenleiter und Vorstandsmitglied Stefan Drexelmeier freilich noch längst kein Grund zum Pessimismus: „Zukunft ist keine Verlängerung der Vergangenheit“, betonte Drexelmeier im Rahmen der live aus der Geschäftsstelle in Penzberg übertragenen EWO-Online-Stifterversammlung 2020.

Um ein Bewusstsein für mehr Nachhaltigkeit zu generieren, muss die EWO aus Sicht von Stiftungsratsvorsitzendem Josef Kellner versuchen, die „Fridays-for-Future-Leute“ für ihre Ziele zu gewinnen. Als Erfolg wertet Kellner das von der Energiewende Oberland herausgegebene „Klimasparbuch“, das interessierten Bürgern Tipps und Hinweise an die Hand gibt, um den Einstieg in klimaschonendes Verhalten im Alltag zu erleichtern.

Eine Problematik des Klimawandels liegt darin, dass der Klimawandel so schwer greifbar ist. Das EWO-Projekt KlimaAlps versucht genau hier anzusetzen. Auf der Online-Stifterversammlung beschrieb Projektkoordinatorin Dr. Cornelia Baumann, was es mit dem Projekt auf sich hat, dem sich bereits knapp 80 Netzwerk-Partner in Bayern und Österreich angeschlossen haben.

Aufklärung in Theorie und Praxis

Die Wissenschaft legt zunehmend die bereits jetzt sichtbaren Veränderungen in der Natur offen. KlimaAlps möchte diese Sichtbarmachung des Klimawandels „vor der Haustüre“ auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Bewusstseinsbildung und Aufklärung in Theorie und Praxis soll zur individuellen Veränderung des Verhaltens führen.

Hierzu werden drei Instrumente erarbeitet und etabliert: 1. KlimaPäd: Ausarbeitung und Etablierung einer Zusatzqualifikation zum KlimaPädagogen mit Zielgruppe Umwelt-/Naturbildner. Die Ausbildung wird modular aufgebaut, wobei jedes Modul einem Standort in der Projektregion zugewiesen wird.

2. KlimaTop: Sichtbarmachen des Klimawandels in der Landschaft, verknüpft mit den Inhalten und Standorten der KlimaPäd-Module. Zielgruppe sind Umwelt- und Naturbildner in der Ausbildung sowie die breite Bevölkerung und Touristen in der Projektregion. Zudem werden die ausgearbeiteten Lehrmaterialien (KlimaTop Karten, themenspezifische Lehrinformationen, Wanderausstellung) für Schulen kostenfrei zur Verfügung gestellt.

3. KlimaAlps_Netzwerk: Aufbau und Pflege eines langfristigen Netzwerks zwischen Wissenschaft – Bildung – politischen Entscheidungsträgern/regionalen Umsetzern. Über KlimaAlps_Netzwerk werden Know-how und Erfahrung der Akteure in der Projektregion gebündelt und in die Umsetzung des Projekts eingebracht. Bereits vorhandene Themenwege und Angebote werden in der interaktiven KlimaAlps Karte integriert und somit sichtbar gemacht.

Im Oberland werden 6 Millionen MWh für das Heizen verwendet. Das sind ca. 44 Prozent am Gesamtenergieverbrauch. Nur 10 Prozent davon kommen bisher aus erneuerbaren Energien, so Projektkoordinatorin Heike Unterpertinger. Das EU-geförderte Projekt REPLACE zielt darauf ab, Nutzer zu einem Austausch ihrer veralteten Heiz- und Kühlanlagen zu moti-

vieren. Hierfür sollen die Koordination in lokalen Netzwerken ausgebaut und Austausch-Kampagnen in zehn Zielregionen umgesetzt werden – eine davon im Bayerischen Oberland.

Die Kampagnen und Programme sind auf die jeweilige Region zugeschnitten und können auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Ein zentrales Element des Projektes ist der online-Rechner „REPLACE Your Heating System Calculator“, der die Nutzer künftig bei ihrer Entscheidung unterstützt und finanzielle wie ökonomische Anreize aufzeigt.

Das Projekt KARE wiederum beabsichtigt im Oberland, Kommunen für diesen Anpassungsbedarf zu sensibilisieren und gemeinsam mit regionalen Praxis- und Politikakteuren in den zwei Pilotkommunen Garmisch-Partenkirchen und Weilheim planungsrelevante Instrumente für das kommunale Risikomanagement und die Klimawandelanpassung zu entwickeln, zu testen und in andere Kommunen zu transferieren.

Sturzflutrisikomanagement für Kommunen 2.0

Laut Projektkoordinatorin und stellvertretender EWO-Vorstandsvorsitzender Elisabeth Freundl werden Methoden erarbeitet, die eine Abschätzung der Anpassungskapazitäten von Kommunen, Unternehmen und privaten Haushalten in der Region erlauben. Konkret entwickelt das Projekt zielgruppenspezifische Informationen in Form eines Prozessleitfadens „Sturzflutrisikomanagement für Kommunen 2.0“ sowie praxisorientierter Medialen- und Bildungsformaten, die Kommunen bei der Etablierung eines Starkniederschlagsrisikomanagements unterstützen und praxisorientierte Handlungsempfehlungen für eine Risiko-Governance-Struktur und Risiko-Kommunikation auf kommunaler Ebene geben.

KARE-Citizen Science (KARE-CS) plant gemeinsam mit Schülern in zwei ausgewählten Gemeinden des Oberlandes den Aufbau eines Laien-Wetter-Netzwerks. Die Schüler erhalten die Möglichkeit, über eigene Messstationen lokale Wetterinformationen sowie durch strukturierte Beobachtungen lokale Auswirkungen von (Extrem-) Wetterereignissen sowohl hinsichtlich subjektiver Beeinträchtigung als auch objektiver Schäden zu erstellen, auszuwerten und online zu kommunizieren.

Die Ergebnisse werden durch die teilnehmenden Schüler, Lehrer, Praxispartner und Wissenschaftler gemeinsam aufbereitet und räumlich aggregiert sowie unter Berücksichtigung des Datenschutzes für die Analyse der Schadenspotenziale des Projekts KARE zur weiteren wissenschaftlichen Bearbeitung und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, Schüler sowie deren soziales Umfeld für die durch den Klimawandel häufiger auftretenden Extremwetterereignisse und damit verbundenen Risiken zu sensibilisieren. Auch soll ein kontinuierlicher Wissenstransfer etabliert werden. **DK**

VKU-Landesgruppe Bayern:

Josef Hasler als Vorsitzender bestätigt

Josef Hasler, Vorsitzender des Vorstandes der N-ERGIE Aktiengesellschaft, ist im Amt als Vorsitzender der VKU-Landesgruppe Bayern bestätigt worden. Er knüpft damit an sechs erfolgreiche Jahre an der Spitze der bayerischen kommunalen Unternehmen an.

Neu als seine Stellvertreterin ist Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer in den Kreis der Vorsitzenden gewählt worden. Als weiterer Stellvertreter ist Alois Wanninger, Werkleiter der Stadtwerke Landau an der Isar, ebenfalls im Amt bestätigt.

„Mit ihrer Meldung zum Rückgang der Unterbrechungen der Stromversorgung 2019 hat die Bundesnetzagentur kürzlich gezeigt, wie gut all die Kollegen bei den kommunalen Verteilnetzbetreibern ihre Arbeit verstehen. Hier sind in den letzten 20 Jahren enorme Mengen regenerativer Energien aufgenommen worden. Die Ausfälle sinken jedoch, wie die Bundesnetzagentur belegt. „Das heißt, wir können Energiewende“, so Hasler mit Blick auf aktuelle energiewirtschaftliche Debatten. **DK**

Neue Energie für die Straße

E-Ladesäule in Eggenfelden jetzt in Betrieb

Die Stadt Eggenfelden und Energie Südbayern machen die Region fit für die Elektromobilität. Seit Oktober ist dort ein Schnelllader für Elektroautos in Betrieb. E-Autofahrer im Landkreis Rottal-Inn haben so mehr Möglichkeiten, günstigen und CO2-freien Strom für ihre Fahrzeuge zu laden.

Eggenfeldens erster Bürgermeister, Martin Biber, freut sich über diese Entwicklung: „Elektromobilität ist ein wichtiges Thema unserer Zeit. Es ist toll, dass wir dieses mit der E-Ladesäule regional fördern und unsere Bürger die Möglichkeit haben, ihr Elektroauto nachhaltig zu laden.“ Aufgestellt ist die Ladesäule in der Parkstraße 1 in unmittelbarer Nähe zum Stadtpark und der Innenstadt von Eggenfelden – an einem für Autofahrer gut zu erreichenden Standort.

Klimafreundliche Mobilität: Ökostrom aus 100 Prozent Wasserkraft

An der Station können die Akkus von zwei E-Autos mit einer Leistung von 50 kW und 22 kW gleichzeitig geladen werden. Das „schnelle Laden“ wird mit 50 kW Gleichstrom (DC) ermöglicht. Hierfür stehen zwei unterschiedliche Steckertypen (CCS und CHAdeMO) bereit, so dass alle Arten von Elektroautos schnell geladen werden können. Zudem bietet die Ladesäule auch die Möglichkeit einer Wechselstromladung (AC) mit 22 kW. „Getankt“ wird an den Ladesäulen ausschließlich Ökostrom aus 100 Prozent Wasserkraft. In Verbindung mit dem umweltfreundlichen Elektroantrieb macht das die E-Mobilität in der Region lokal, emissionsfrei und nachhaltig.

Beitrag für die Energie- und Verkehrswende vor Ort

Die Installation der Ladesäule wurde durch die Stadt Eggenfelden ausgeschrieben. Diese Aus-

schreibung konnte Energie Südbayern für sich entscheiden. Danach wurden die Ladestationen von Energie Südbayern in enger Abstimmung mit der Stadt Eggenfelden aufgebaut, foliert und in Betrieb genommen. Der regionale Energieversorger in Südbayern übernimmt den Betrieb der Anlage und bietet Ladekarten an, die Fahrern europaweiten Zugang zu Elektroladestationen ermöglichen.

Dr. Josef Lipp, Teamleiter Neue Geschäftsfelder bei Energie Südbayern, erläutert die Zusammenarbeit mit der Stadt: „Wir bieten kommunalen Partnern intelligente Ladelösungen für eine moderne und vorausschauende Verkehrsplanung. Von der Planung und der Einholung der Fördermittel über die Umsetzung bis hin zum Betrieb der Anlage übernehmen wir sämtliche Leistungen – und das immer in enger Abstimmung mit unseren Projektpartnern.“

Laden und Bezahlen leicht gemacht

Die Nutzung der Ladesäule ist denkbar einfach: Freigeschalten wird die Ladestation mittels einer Smartphone-App oder einer RFID-Karte im Scheckkartenformat. Durch die Zusammenarbeit mit ladenetz.de akzeptiert die Ladesäule eine Vielzahl an Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner, darunter BMW, ADAC, DKV, The New Motion oder VW. Durch die wahlweise Nutzung einer Ladekarte oder App gestaltet sich der gesamte Lade- und Bezahlvorgang sowohl für Gelegenheitskunden, als auch für Stammkunden unkompliziert und schnell. **DK**

Energienetze Bayern:

Anschluss des 150.000sten Kunden an das Erdgasnetz

Hohe Nachfrage nach Hausanschlüssen zeigt sich auch in Aiterhofen

Sven Haberkorn aus Aiterhofen freut sich über seinen neuen Erdgasanschluss. Er ist der 150.000ste Kunde der Energienetze Bayern. Ende Oktober wurde am Wohnhaus der Familie Haberkorn der Erdgasanschluss installiert und das Gebäude damit an das Verteilnetz der Gemeinde angeschlossen. Zudem wird ein Glasfaseranschluss für schnellstes Internet gebaut.

Im Rahmen einer Ortsnetz-erweiterung verlegen die Energienetze Bayern in Aiterhofen fünf Kilometer neue Erdgasleitungen sowie Glasfaserkabel. „Wir sind froh, unseren Bürgern diese Infrastruktur anbieten zu können,“ so Aiterhofens Bürgermeister Adalbert Hösl. „Es ist wichtig, um als Gemeinde attraktiv zu bleiben. Dass der Jubilar der Energienetze Bayern hier bei uns in Aiterhofen sitzt, ist etwas Besonderes.“

Klimafreundliche Energieversorgung für's Eigenheim

Auch der Geschäftsführer der Energienetze Bayern, Michael Schneider, freut sich: „Den 150.000sten Kunden begrüßen zu dürfen, ist für uns ein tolles Ereignis. Wir verzeichnen eine stetig steigende Nachfrage nach Erdgas-Hausanschlüssen. Das hat sich auch in Aiterhofen gezeigt, als wir in einer Umfrage vor Ort das Interesse erhoben haben. Es wird deutlich, dass Hausbesitzer großen Wert auf eine klimafreundliche Energieversor-

gung für ihr Eigenheim legen und dass das Vertrauen in Erdgas ungebrochen hoch ist.“

Mit der Entscheidung, den Energieträger zu wechseln und von Öl auf umweltfreundliches Erdgas umzustellen, investiert auch Familie Haberkorn in ihre ganz persönliche Energiezukunft. Denn der Wechsel von Öl zu Erdgas zahlt sich aus: Neue Gasbrennwertmodelle verbrauchen deutlich weniger Energie und reduzieren die monatlichen Energiekosten.

Allen voran profitiert jedoch die Umwelt. Würden in Haushalten mit Anschluss an das Erdgasnetz alle Ölkessel durch Gasbrennwertkessel ersetzt, ließen sich jährlich 18 Millionen Tonnen CO₂ vermeiden – und so rund 40 Prozent der CO₂-Emissionen, die von heute bis 2030 im Gebäudebereich noch eingespart werden müssen. Diese positive Bilanz kann künftig durch die Einspeisung von erneuerbaren Gasen weiter verbessert werden. Das macht Erdgas zu einem wichtigen und flexiblen Baustein der dekarbonisierten Energiewelt. □



Geschäftsführer Philipp Schaltenberg. Bild: VK Energie GmbH

VK Energie unterstützt KWK-Anlagenbetreiber

Stadtwerke und Unternehmen, die KWK-Anlagen betreiben, erhalten von der VK Energie GmbH seit Mitte September eine kostenlose Analyse über das Optimierungspotenzial ihrer Anlagen. Dadurch lassen sich mit bestehenden Anlagen bis zu 20 % Mehrerlöse generieren.

Viele Stadtwerke und Unternehmen leiden unter den Folgen der Corona-Krise und müssen Umsatzrückgänge durch Einsparmaßnahmen kompensieren. Für die Betreiber von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) zeigt die VK Energie, dass in fast allen Bestandsanlagen ab 100 kW ein erhebliches Optimierungspotenzial schlummert. Die Münchner Energieexperten realisieren mit Hilfe ihrer intelligenten Steuerungssoftware bis zu 20 % Mehrerlöse für die Betreiber, was im Durchschnitt 25.000 Euro pro Jahr pro MW elektrisch entspricht.

Mit einem patentierten Software-Verfahren auf Basis künstlicher Intelligenz ermöglicht VK

Energie bestehende KWK-Anlagen flexibel und wirtschaftlich effizienter zu betreiben. Mit „Aktivem Wärmespeichermanagement“ sowie präzisen Wärmebedarfsprognosen wird ein optimierter Anlagenfahrplan erstellt. Zusätzlich werden die Start-Vorgänge und Wartungskosten sowie CO₂-Emissionen reduziert.

Erfolgsbasierte Vergütung

„Wir möchten allen Anlagenbetreibern Zugang zu unserer hocheffizienten Betriebsoptimierung ermöglichen, weshalb wir aktuell auf jegliche Fixgebühren verzichten und rein erfolgsbasiert anhand der realisierten

Energiepolitik nach Plan

Renergie Allgäu erstellt Maßnahmenkatalog für Schwabhausens nachhaltige Zukunft

Die Gemeinde Schwabhausen startet in eine nachhaltige Energiezukunft mit Plan. Der Kempfener Verein renergie Allgäu beginnt in den nächsten Tagen damit, den aktuellen Strom- und Wärmebedarf aller privaten, kommunalen und gewerblichen Haushalte zu erfassen und kartographisch darzustellen. Aus diesen Zahlen und Ergebnissen werden dann Einsparpotentiale und Vorschläge für neue, nachhaltige Energiegewinnungsanlagen ermittelt. Im Mai 2021 soll der Gemeinde ein detaillierter Maßnahmenkatalog vorliegen mit konkreten Empfehlungen für die „Energiewende vor Ort“.

Im ersten Schritt wird nun zunächst der energetische Ist-Zustand der Gemeinde erfasst. Mit einem vierseitigen Fragebogen an alle Haushalte und Gewerbebetriebe verschafft sich Projektleiter Thomas Brutscher einen Eindruck vom aktuellen Strom- und Wärmebedarf, dokumentiert Gebäudedaten und bestehende Versorgungsnetzwerke. Schon hier kommt es auf das Mitwirken aller Bürger an. Je zahlreicher die Fragebögen ausgefüllt und zurückgesandt werden, desto aussagekräftiger sind die Basisdaten, mit denen weitergearbeitet wird.

Ab Dezember nämlich werden die Fachleute von renergie Allgäu auf Grundlage der gesammelten Ergebnisse sogenannte Potenzialanalysen erstellen. Dabei wird genauestens aufgeschlüsselt, wo durch welche Maßnahmen wieviel Energie eingespart werden kann. Und es gibt außerdem eine umfassende Untersuchung, wie

Mehrerlöse vergütet werden“, betont Philipp Schaltenberg, kaufmännischer Geschäftsführer von VK Energie. □

und wo in der Gemeinde noch mehr erneuerbare Energie erzeugt werden kann. Dafür wird unter anderem ein gebäudescharfes Solarkataster erstellt, an dem jeder Hausbesitzer genau ablesen kann, ob sich sein Dach für PV oder Solaranlagen anbietet.

Im Frühjahr 2021, so die Planung, wird der Gemeinde ein umfassender Maßnahmenkatalog vorliegen, in dem ihr konkrete und sehr praxisnahe Vorschläge gemacht werden, wie der Weg in die nachhaltige Energiezukunft aussehen kann. Dabei werden auch Wirtschaftlichkeitsberechnungen erstellt und vorhandene Förder- und Zuschussmöglichkeiten aufgeführt.

Für die Erstellung des Energienutzungsplans ist ein Jahr vorgesehen. Die Gesamtkosten werden zu 70 Prozent von Bayern Innovativ (ITZB Nürnberg) gefördert. Immerhin habe die Kommune damit ein einfaches und flexibles Planungsinstrument in Händen, das alle bisherigen und künftigen Maßnahmen bündelt und in einer effizienten und nachhaltigen Energiepolitik zusammenführt. □

Kommunale Wärmewende mit Holzpellets und Hackschnitzeln

Wirtschaftlich und klimafreundlich mit moderner Holzenergie heizen

Holzbrennstoffe wie Holzpellets und Hackschnitzel sind für den Einsatz in kommunal und gewerblich geführten Anlagen bestens geeignet. Als erneuerbarer Energieträger sind sie schon heute ein Pfeiler der Energiewende und machen eine klimafreundliche Wärmeversorgung von öffentlichen Gebäuden problemlos möglich. Bei der Verbrennung von Holz wird nur so viel CO₂ freigesetzt, wie der Baum im Laufe seines Wachstums aufgenommen hat. Pellets und Hackschnitzel verbrennen daher CO₂-neutral. Ihr hohes Klimaschutzpotenzial ermöglicht eine kostengünstige Reduzierung von CO₂-Emissionen, die in diesem Maße mit keiner anderen energetischen Maßnahme erzielbar ist.

Der vollautomatische Betrieb der Heizanlagen sichert einen komfortablen und effizienten Heizbetrieb, der fossilen Heizsystemen in nichts nachsteht. Mit der ENplus-Zertifizierung für Pellets und Hackschnitzel wird zudem die Qualität von der Produktion bis zur Anlieferung garantiert, was einen störungsfreien und emissionsarmen Abbrand ermöglicht.

Daneben ist die Wirtschaft-

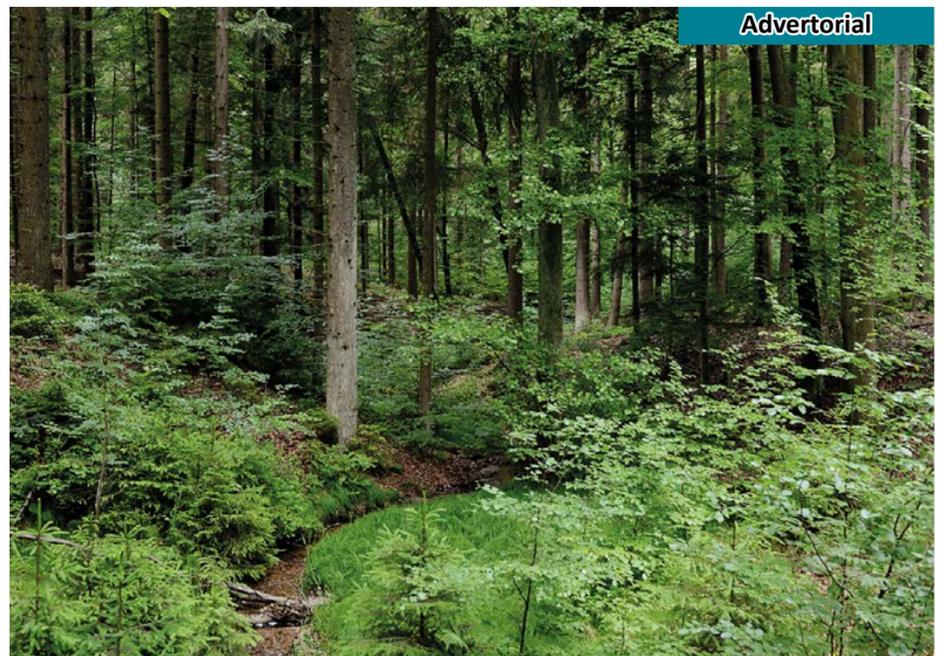
lichkeit von modernen Holzheizanlagen gerade für Kommunen mit großem Heizbedarf ein Vorteil. Die Preise für Pellets und Hackschnitzel sind dauerhaft stabil auf niedrigem Niveau. In den letzten zehn Jahren waren Pellets im Schnitt knapp 30 Prozent günstiger als Heizöl und Erdgas. Zusätzlich werden moderne Holzfeuerungen staatlich bezuschusst.

Mit modernen Holzbrenn-

stoffen wird gleichzeitig die regionale Wirtschaft unterstützt. Pellets werden in Deutschland aus Holzspänen hergestellt: Rund 40 Prozent eines Stamms fallen davon im Sägewerk produktionsbedingt an, der Hauptteil wird für den Holzbau und Möbel gesägt.

Idealer Energielieferant

Auch Hackschnitzel gehören zu den sogenannten „Koppelprodukten“ der Holzindustrie. Nur rund 80 Prozent des jährlichen Holzzuwachses werden für die Nutzung eingeschlagen, das heißt der deutsche Wald wächst weiter und ist Dank nachhaltiger Bewirtschaftung ein idealer Energielieferant direkt vor der Haustür. □



Advertorial

Viele Kommunen besitzen selbst Wald und können mit Reststoffen wie Pellets und Hackschnitzeln die eigene Energiewende vorantreiben.

Alle Bilder: ©Deutsches Pelletinstitut GmbH

Vergabeunterlagen für die Lieferung von Holzpellets und Hackschnitzeln:

Kostenloser Service für kommunale Heizungsbetreiber

Bei Kommunen in Bayern steigt das Interesse an moderner klimafreundlicher Holzenergie aus Pellets und Hackschnitzeln. Dadurch entsteht erhöhter Beratungsbedarf bei der Brennstoffbestellung. Ab sofort gibt es eine vollständig ausformulierte, kostenlose sowie juristisch geprüfte Ausschreibungsvorlage für die Lieferung von ENplus-zertifizierten Holzpellets oder Hackschnitzeln.

Hintergrund ist, dass bei öffentlichen Aufträgen das Vergaberecht berücksichtigt werden muss und auch immer mehr private Betreiber diese Vorgaben einhalten wollen. In der Vergangenheit fiel es jedoch schwer, in Ausschreibungen die vielen Änderungen bei Normen, Gesetzen und Richtlinien zu berücksichtigen und einen rechtlich sicheren Vertrag zu schließen.

Hier leisten die neuen Unterlagen vom Deutschen Pelletinstitut (DEPI) Abhilfe. „Unse-

ge Holzenergiewende erhalten.“

Kostenloses Online-Angebot

Das Paket beinhaltet neben den üblichen Formularen wie Bewerbungsbedingungen, Leistungsbeschreibung und Rahmenvertrag auch Tabellen zur Bewertung der Angebote. Insbesondere die ausführliche Leistungsbeschreibung ist eine Hilfestellung für unerfahrene Anlagenbetreiber, die sich mit den Brennstoffanforderungen und Lieferbedingungen weniger gut auskennen. Es gibt Varianten für das Verfahren mittels eVergabe bzw. Text- oder Schriftform.

Die Muster-Ausschreibungsunterlagen können auf den

Webseiten www.enplus-pellets.de/ausschreibungen und www.enplus-hackschnitzel.de/ausschreibungen kostenlos als Paket oder einzeln heruntergeladen werden. □



Das Deutsche Pelletinstitut bietet vollständig ausformulierte, kostenlose sowie juristisch geprüfte Ausschreibungsvorlagen für die Lieferung von ENplus-zertifizierten Holzpellets und ENplus-Hackschnitzeln. □



Als erneuerbarer Energieträger sind Pellets schon heute ein Pfeiler der Energiewende und machen eine klimafreundliche Wärmeversorgung von öffentlichen Gebäuden problemlos möglich. □

Missing Factfulness:

Moderne Wasserkraftwerke sind auch ökologisch ein Gewinn

Von Bertalan Alapfy, Technische Universität München, Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft

Die Nutzung der Wasserkraft hat in Bayern eine lange Tradition und sie spielt für die Energiewende eine besondere Bedeutung. Nicht nur wegen des Ausbaus von 1 TWh/a bis 2022, sondern auch wegen ihrer energiewirtschaftlichen Bedeutung hinsichtlich Planbarkeit und Grundlastfähigkeit.

Trotz dieser unbestrittenen Vorteile und der Tatsache, dass die Wasserkraft bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Bürger eine sehr hohe Akzeptanz hat, ist von sektoralen Interessenvertretern immer wieder Kritik wahrzunehmen, oft verbunden mit entsprechenden Verhinderungsmaßnahmen. Aber es lohnt sich, genau hinzuschauen: Allzu oft handelt es sich um einen Scheinkonflikt, der wohl eher aus

ideologischen, denn aus sachlichen Gründen aufgebaut wird.

Debatte über die Wirkung von Aussagen

Mit seinem Buch ‚Factfulness‘ hat Hans Rosling eine Debatte über die Wirkung von Aussagen angestoßen, die alleine durch ihre mehrfache Wiederholung und breite Verteilung als richtig wahrgenommen wer-

den, obwohl sie eigentlich falsch sind. Sie beeinflussen somit auch Einschätzungen, Entscheidungen und das Handeln – und zwar negativ. Bezogen auf die Wasserkraft bedeutet dies nachteilige Folgen für die Energiewende und gleichzeitig auch Nachteile für die zeitnahe Verbesserung der ökologischen Bedingungen. Forschungsergebnisse wissenschaftlicher Versuchsreihen, bei denen die ökologische Auslegung neuer Wasserkraftkonzepte an erster Stelle stehen und auf überzeugende Weise bewiesen werden konnten, werden nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Dieses Phänomen kann am Beispiel der Schachtkraftwerk-Konzepte, einem Vertre-

ter der neuen Wasserkraftkonzepte, besonders deutlich beobachtet werden.

ter der neuen Wasserkraftkonzepte, besonders deutlich beobachtet werden.

Mit dem Schachtkraftwerk-Konzept der TU München können Potenziale an bestehenden Querbauwerken auf ökologisch verträgliche und ökonomisch machbare Weise erschlossen werden. Durch die starke Gewichtung des Naturschutzes in den zu berücksichtigenden Gesetzen und Richtlinien ist alles andere als eine ökologisch optimale Umsetzung ohnehin ausgeschlossen. Kraftwerksplanungen, die nicht gleichzeitig eine ökologische Verbesserung erzielen, sind nicht zulassungsfähig. Die Kosten für diese ökologische Verbesserungen werden durch das Kraftwerk getragen und entlasten den Staat.

Schachtkraftwerk-Konzept

Das Schachtkraftwerk bietet einen hohen Wirkungsgrad und kompakte Bauweise und kann an bestehenden Querbauwerken sehr gut zur Verbesserung der ökologischen Bedingungen beitragen. Eine



Laufende Bauarbeiten am Schachtkraftwerk Dietenheim im November 2020. Bild: Fontin & Company GmbH

abwärts gerichtete Durchgänge ist für Fische durch sohl- und oberflächennahe Fischabstiegsöffnungen möglich. Geschiebe und Treibgut werden problemlos über die verstellbare Verschlussstapel in das Unterwasser gespült.

Trotz dieser wissenschaftlich belegten Vorteile der Nutzung des SKW-Konzepts wird das ökologisch verträgliche Schachtkraftwerk wie ein konventionelles Kraftwerk behandelt. Horrorszenerarien wie massenhaftes Fischsterben und Naturzerstörung werden ohne wissenschaftliche Begründung oder sonstiger stichhaltiger Beweise in den Raum geworfen. Es wird ein vermeintlicher Konflikt gezeichnet, nach dem sich der Bau von Schachtkraftwerken an bestehenden Schwellen nicht mit den Zielen der Gewässerrenaturierung vereinbaren ließe, selbst wenn die Schwellen aus anderen, flussbaulichen Gründen auch in Zukunft nicht entfernt werden können.

Keine Differenzierung

Gerade im Lager der Wasserkraft-Gegner verbreiten sich diese Fehlinformationen sehr rasch. Eine Differenzierung zwischen neuen, umweltfreundlichen Wasserkraft-Konzepten und konventionellen Bauweisen fehlt in der Regel und findet nur bei technologieaffinen Betrachtern statt.

Dabei könnten solche Projekte zu einer Beschleunigung der Gewässerrenaturierung beitragen, da mit jedem neuen

Schachtkraftwerk ein bestehendes Querbauwerk aus privaten Mitteln ökologisch deutlich aufgewertet wird. So wird beim Pilotprojekt Dietenheim im Rahmen des Kraftwerksneubaus auch eine neue Fischtreppe mit Anschluss an ein ökologisches Verbindungsgerinne im Auwaldbereich hergestellt.

Gerade Naturschützer müssten ein Zeichen setzen und solche umweltfreundlichen Ansätze befördern, so dass sich diese durch gute Referenzprojekte auch international rasch etablieren, und somit zu einem globalen Schutz der Ökologie beitragen können. Solange die Technologie im Erfinderland verhindert wird, werden in anderen Ländern weiterhin konventionelle, potentiell umweltschädliche Technologien bevorzugt.

Game-Changer in der Wasserkraft

Das Schachtkraftwerk bringt alle Eigenschaften mit, um ein Game-Changer in der Wasserkraft zu sein: Es ist an zahlreichen Standorten und verschiedenen Größenklassen einsetzbar, kompakt und kaum sichtbar, hochwassersicher, kosteneffizient und vor allem: umweltfreundlich.

Es lohnt sich also, genau hinzuschauen. Nur, weil wortstark Aussagen gegen die Wasserkraft ins Feld geführt werden, sind diese nicht richtig. Mit den richtigen Konzepten ist die Wasserkraft ein ökologisch sehr verträglicher Baustein zum Gelingen der Energiewende. □



Die Netz-Experten haben den alten Mastkopf, die sogenannte Traverse, demontiert und eine neue Traverse auf den Mast gesetzt, von der künftig Leiterseile nur noch in eine Richtung abgehen werden. In der anderen Richtung wird das Erdkabel angeschlossen. Bild: LEW / Timian Hopf

Bauarbeiten des LEW Netzservice vor spektakulärer Kulisse:

20-kV-Strommast für E-Werk Hindelang umgebaut

Verbesserung der Versorgungssicherheit und bessere Anbindung des Wasserkraftwerks

Die LEW Netzservice GmbH hat im Auftrag des Elektrizitätswerks Hindelang einen Mittelspannungsmast in der Nähe des Bad Hindelanger Ortsteils Hinterstein umgebaut – vor einer eindrucksvollen Bergkulisse. Die Mastarbeiten waren notwendig, um einen Teil der Leitungsanbindung des Wasserkraftwerks Auele in Bad Hindelang zu verkabeln. LEW Netzservice ist eine Tochtergesellschaft der Lechwerke AG (LEW) und führt Bauprojekte für andere Stromnetzbetreiber durch, wie in diesem Falle für das EW Hindelang.

Über die 20-kV-Leitung des EW Hindelang zwischen dem Wasserkraftwerk Auele und Hinterstein ist das Wasserkraftwerk an das örtliche Leitungsnetz angeschlossen. Das Kraftwerk produziert pro Jahr drei bis vier Millionen Kilowattstunden und liefert erneuerbare Energie für rund 1.100 Haushalte. Zudem werden über das Wasserkraftwerk einige Berggipfel in der Nähe versorgt und damit die dort früher verwendeten Dieselaggregate ersetzt.

Erdkabel ersetzt Freileitung am Berghang

Ein Teil der bisherigen Freileitung zwischen Auele und Hinterstein verläuft über einen steilen Berghang. Die notwendigen Entholzungsarbeiten, um Masten und Leiterseile dauerhaft von Ästen und größeren Pflanzen freizuhalten, sind aufwendig und schwierig. Deshalb ersetzt das EW Hindelang diesen Freileitungsabschnitt nun durch ein Erdkabel, das um den Berg herumgeführt.

Damit das Erdkabel, das derzeit durch das EW Hindelang verlegt wird, später an die Freileitung angeschlossen wer-

den kann, muss einer der Mittelspannungs-Betonmasten entsprechend umgebaut werden: Dieser Mast soll künftig als „Endmast“ dienen und mit dem Erdkabel verbunden werden. Die Arbeit hierfür hat LEW Netzservice im Auftrag des EW Hindelang im Oktober durchgeführt.

Neue Traverse

Die Netz-Experten haben den alten Mastkopf, die sogenannte Traverse, demontiert und eine neue Traverse auf den Mast gesetzt, von der künftig Leiterseile nur noch in eine Richtung abgehen werden. In der anderen Richtung wird das Erdkabel angeschlossen. Nach Abschluss des Mastbaus wurden alle Leiterseile wieder befestigt, damit die Leitung weiterbetrieben werden kann, bis das Erdkabel angeschlossen wird.

Sobald das Erdkabel in Betrieb ist, baut das EW Hindelang die nicht mehr benötigten Masten zwischen dem Endmast und dem Wasserkraftwerk Auele (über den „Aueles Kopf“) ab. Die Stromkunden in der Region spüren von den Arbeiten nichts, die Stromversorgung ist zu jeder Zeit gesichert. □

Wasserstoff aus Biogas:

Markt der Zukunft

Wasserstoff nimmt eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung und Vollendung der Energiewende ein. Mit Hilfe erneuerbarer Energien könnte er ermöglichen, die CO₂-Emissionen vor allem in der produzierenden Industrie und im Verkehrssektor deutlich zu verringern. Allerdings ist der Weg ins grüne Wasserstoff-Zeitalter noch weit, mangelt es doch an Ökostrom für die Herstellung.

Eine Lösung böte das gut ausgebaute Netz von Biogasanlagen. Mit über 2.500 Standorten verfügt Bayern über den bundesweit größten Bestand. Insgesamt liegt dieser bei 9.500. Außerdem siedeln sich im Freistaat die ersten Produktionsstandorte und Anwendungen für grünen Wasserstoff an. Aktuell wird im nordbayerischen Wunsiedel eine der größten Wasserstoff-Erzeugungsanlagen Deutschlands mit einer elektrischen Anschlussleistung von 6 MW in der ersten Ausbauphase errichtet. Die Anlage, die ausschließlich mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll und damit CO₂-frei arbeitet, kann in der ersten Ausbaustufe über 900 Tonnen Wasserstoff pro Jahr herstellen. In der zweiten Stufe ist ein Ausbau bis 2.000 Tonnen jährlicher Produktionsleistung geplant.

Frage nach Marktalternativen

Fakt ist: Zahlreiche Betreiber von Biogasanlagen werden sich angesichts der auslaufenden EEG-Vergütung in den kommenden Jahren mit der Frage nach Marktalternativen auseinandersetzen müssen. Dabei könnte die Herstellung von Wasserstoff, d.h. die Umwandlung von Biogas in Wasserstoff mittels Dampfreformierung, eine interessante Option sein.

Für Joachim G. Wünnig, WS Wärmeprozessstechnik GmbH, und seinen Vater, den Erfinder Joachim A. Wünnig, beide Träger des Deutschen Umweltpreises der Bundesstiftung Umwelt (DBU), ist dies der derzeit wirtschaftlichste Weg zum grünen Wasserstoff und stellt einen zweiten Weg neben der Wasserelektrolyse dar. Nach mehr als 100 Patenten wollen Vater und Sohn nun mit einem neu entwickelten Verfahren den Start in die Wasserstoffwirtschaft beschleunigen.

Die Herstellung von grünem Wasserstoff ist energieaufwändig und daher teuer. Von 100 Kilowattstunden (kWh) erneuerbarem Strom bleiben nach der Elektrolyse nur noch zwei Drittel in Form von Wasserstoff übrig. Auf dem Weg über die Brennstoffzelle bis ans Rad geht ein

weiteres Drittel verloren. Energie sparen und Emissionen mindern sind daher auch bei der Herstellung von grünem Wasserstoff entscheidend.

In der Regel findet die Dampfumwandlung in großindustriellen Anlagen statt. Die Wünnings können die Verfahrenstechnik jedoch ohne Wirkungsgradverluste deutlich herabsetzen. Sie sehen eine mögliche Lösung darin, eine Biogasanlage zu einer Wasserstofftankstelle aufzurüsten. Existierende Wasserstofftankstellen seien nur sehr gering ausgelastet, erläutert Wünnig junior. Oftmals finde nur eine oder gar keine Bepankung pro Tag statt.

Die Situation wäre eine andere, würde man die Bereitstellung von grünem Wasserstoff sowie die Abnahme gemeinsam denken. So könnte durch eine Fahrzeugflotte, zum Beispiel über Brennstoffzellenbusse, eine Mindestabnahmemenge garantiert werden. Wenn die dezentrale Anlage kontinuierlich läuft und Wasserstoff verkauft, müsste aus Wünnings Sicht das derzeitige Preisniveau von 9,50 Euro pro Kilogramm auch ohne EEG-Förderung erreicht werden. Von der kurzfristig verfügbaren, dezentralen Wasserstoffherzeugung könnten vor allem Expeditionen und Kommunen profitieren, die hohe Subventionen für die Anschaffung von Wasserstofffahrzeugen erhalten.

Möglicher Wegbereiter des Elektrolyse-Wasserstoffs

Indem der Wasserstoff aus Biogas den Markthochlauf mit allen Akteuren vorantreibt, könne er ein Wegbereiter des Elektrolyse-Wasserstoffs sein, betont Joachim G. Wünnig. Vor allem sei dieses Potenzial sofort verfügbar, d.h. es könne dort erzeugt werden, wo man es ggf. nutzen will. Die Idee hinter der Elektrolyse sei überschüssiger Strom aus nachhaltiger Produktion, der jedoch erst in zehn bis 15 Jahren konstant anfallen werde.

Fazit: Wasserstoff aus Biogas ist ein Markt der Zukunft und bereits jetzt können rentable Projekte umgesetzt werden. Nun geht es nur noch darum, die passenden Partner zusammenzuführen. DK



„Naturstrom Abensberg“ gewinnt weiteren lokalen Partner

Der regionale Strommarkt kommt an, immer mehr Verbraucher sind überzeugt vom preisgünstigen „Naturstrom Abensberg“. Auch immer mehr Erzeuger aus Abensberg und der Region sind mit dabei und speisen ihren CO₂-frei erzeugten Strom ein. Die Stadt Abensberg und die Stadtwerke Abensberg freuen sich, dass Stadtrat Dietmar Schweiger (im Bild mit Andrea Kammermeier, Stadtwerke) ebenfalls mit dabei ist.

Und dafür hat der Stadtrat und Landwirtschaftsmeister aus Pullach scharf gerechnet - denn die rund 1,1 Hektar große Fläche, auf der er eine PV-Anlage errichten hat lassen, wollte er zunächst verpachten. „Die Nutzung durch eine Photovoltaik-Anlage ist für mich am Ende wirtschaftlicher“, so Schweiger. Da war der Schritt zum „Naturstrom Abensberg“ eigentlich logisch. Schweigers Fläche erzeugt 800.000 kWh/Jahr.

Wer Fragen zum „Ökostrom aus der Region für die Region“ hat, ob als Produzent oder als Verbraucher, wende sich an die Stadtwerke Abensberg. Bild: Knott, Stadt Abensberg



Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenmanagement erdgas schwaben (rechts), und Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, übergaben zum Jubiläum einen Gutschein für eine Aufführung des Kinder- und Jugendtheaters Eukitea für Horgauer Kinder an Bürgermeister Thomas Hafner. erdgas schwaben ist Hauptsponsor von Eukitea. Bild: erdgas schwaben

Horgau und erdgas schwaben feiern 25 Jahre Gas in der Gemeinde

„Vernünftige Energieversorgung muss aus der Region kommen“, unterstrich Thomas Hafner, erster Bürgermeister in Horgau, beim Treffen zum Jubiläum vor der Bücherei an der Augsburgs Straße.

Für Hafner fängt umweltbewusstes Denken und Handeln in der Region selbst an. „Daher ist für uns erdgas schwaben als regionaler Energieversorger natürlich die richtige Wahl. Nicht nur, dass sie selbst Arbeitsplätze schaffen und erhalten, sie geben auch gerade unseren Gewerbetreibenden die Planungssicherheit, die nötig ist, um in die Zukunft investieren zu können.“

15 Kilometer Ortsnetzleitung und rund 400 Hausanschlüsse

Seit 25 Jahren versorgt erdgas schwaben mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz die Gemeinde Horgau im Landkreis Augsburg zuverlässig mit preisgünstigem und klimaschonendem Gas. Der umweltschonende Energieträ-

ger Gas ist beliebt: Heute verfügt Horgau über etwa 15 Kilometer Ortsnetzleitung und rund 400 Hausanschlüsse.

Auch Gewerbebetriebe und kommunale Einrichtungen setzen seit 1995 auf Energie und Wärme aus Erdgas und Biogas. Zukünftig kann das Gasnetz auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen.

Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenmanagement erdgas schwaben, und Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, übergaben zum Jubiläum einen Gutschein für eine von erdgas schwaben gesponserte Aufführung des Kinder- und Jugendtheaters Eukitea für Horgauer Kinder. □

Wegenutzungsvertrag bis 2041 verlängert

Fuchstal und erdgas schwaben sichern klimaschonende Energieversorgung

Die Energiezukunft im Fuchstal im oberbayerischen Landkreis Landsberg am Lech ist gesichert. Auch in Zukunft verantwortet erdgas schwaben mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz Planung, Bau und Betrieb des Gasnetzes in der Gemeinde.

„Mit dieser Entscheidung sichern wir langfristig eine weitere alternative und bezahlbare Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger von Fuchstal“, betonte Bürgermeister Karg bei der Vertragsunterzeichnung. „Gemeinsam mit erdgas schwaben als zuverlässigem Partner setzen wir uns aktiv für nachhaltige Energieversorgung ein. Von der Zusammenarbeit profitieren wir nicht nur heute, sondern auch kommende Generationen.“

„Gas boomt – in unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß“, erklärte Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz. „Mit unseren Gasnetzen stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen.“

Der Vertrag läuft bis 2041. □



Erwin Karg, erster Bürgermeister in Fuchstal (Mitte), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz (rechts), unterzeichneten den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus. Links: Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz. Bild: erdgas schwaben

Für die bestmögliche Nutzung der Sonnenkraft

Projekt COSIMA: Intelligente Inspektion aus der Luft

Photovoltaik-Anlagen sind ein wesentlicher Faktor für die Energiewende. Damit sie auch nach vielen Jahren noch leistungsfähig sind, müssen sie regelmäßig geprüft und gewartet werden. Ziel des Forschungsprojekts COSIMA ist eine effiziente und intelligente Inspektion, die Handlungsempfehlungen für einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb liefert.

Koordiniert wird das bereits im Juli 2018 gestartete Forschungsprojekt durch das Helmholtz-Institut Erlangen-Nürnberg. Gefördert wird es durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Mit Adleraugen den Zustand von PV-Modulen erkennen

Die Idee hinter COSIMA: Zunächst ein möglichst genaues Bild vom Zustand einzelner PV-Module ermitteln. Dafür überfliegt eine Drohne automatisch die Anlage und prüft mit einer Hochleistungskamera deren Leistungsfähigkeit – einerseits visuell, andererseits im Thermografie und Elektrolumineszenz-Verfahren. Etwaige Fehler wie die sogenannte potential-induzierte Degradation und Risse werden so zuverlässig aufgedeckt. Auch Verschmutzung und Glasbruch, die häufig zu einer Leistungsverminderung der Module führen, sollen automatisch erkannt werden – vor allem an weitläufigen oder schlecht erreichbaren Anlagen.

Software liefert konkrete und verlässliche Empfehlungen

Wesentlicher Part des Forschungsprojekts ist die Entwicklung einer Software, welche die riesigen Datenmengen der hochauflösenden Bilder, der Leistungs-, Wetter- und sonstigen Messungen verarbeitet. Das Ergebnis der umfassenden Datenanalyse ist eine konkrete Empfehlung für jedes einzelne Modul: Automatisiert wird geprüft, ob sie unter Berücksichtigung von zu erwartenden Kosten und Ertrag ausgetauscht werden

oder so belassen werden sollten.

Dr. Claudia Buerhop-Lutz, Projektleiterin seitens des Helmholtz-Instituts Erlangen-Nürnberg für Erneuerbare Energien: „Mit unseren fortschrittlichen Analysemethoden können wir Unregelmäßigkeiten im Betrieb von Solaranlagen aufspüren. Wir erforschen deren Auswirkung auf die Lebensdauer und analysieren die Effizienz von Wartungsmaßnahmen für mehr Grünen Solarstrom.“

Weltweite Anwendung des innovativen Ansatzes

„Alleine im Netzgebiet der N-ERGIE gibt es zehntausende Photovoltaikanlagen. Damit diese über ihre Lebensdauer von etwa 30 Jahren möglichst zuverlässig regenerativen Strom erzeugen, ist eine regelmäßige Wartung wichtig – auch, weil nur dann die eingesetzten Flächen bestmöglich genutzt werden“, sagt Rainer Kleedörfer, Leiter Unternehmensentwicklung bei der N-ERGIE. „Das Befliegen der Anlagen mit einer Drohne ermöglicht anhand unterschiedlicher Messmethoden kosteneffizient das Erkennen von Fehlern. Der gemeinsam entwickelte Ansatz ist innovativ und kann weltweit angewendet werden.“

Intensive Tests: bereits 56 Drohnen-Flüge

Um Erfahrungen darüber zu sammeln, wie sich die Daten optimal erheben lassen und um Material für die Erprobung der Software zu gewinnen, fanden bis August 2020 bereits 56 Befliegungen von verschiedenen Photovoltaik-Anlagen (20 kWp



Günther Fuchs, erster Bürgermeister in Oberschöneck, und Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag. Bild: erdgas schwaben

Zuverlässige Energieversorgung für Oberschöneck

In Zukunft ist erdgas schwaben mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde Oberschöneck im Landkreis Unterallgäu verantwortlich. Günther Fuchs, erster Bürgermeister in Oberschöneck, und Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

Gas kann grün: Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen.

Langfristige Planung möglich

„Mit dieser Entscheidung stellen wir die nachhaltige Energieversorgung mit Gas für die Zukunft sicher. Damit können unsere Bürger und Gewerbebetriebe langfristig planen und tragen aktiv zur Energiewende bei“, hob Bürgermeister Fuchs hervor. Der Vertrag läuft bis 2042. □

bis 10 MWp) statt. Die innovative Software steht in Grundzügen schon bereit, die zugrundeliegenden Algorithmen werden stetig weiterentwickelt.

Neben dem HI ERN und der N-ERGIE Aktiengesellschaft beteiligen sich weitere Partner aus der Region Nordbayern bei COSIMA:

- Automatic Research GmbH (Nürnberg)
- DHG Engineering GmbH (Gräfenberg)
- IRCAM GmbH (Erlangen)

- Rauschert Heinersdorf-Pressig GmbH (Pressig)
- Technische Hochschule Nürnberg (Institut ELSYS)

Der Abschluss des Projekts ist bis zum 30. Juni 2021 vorgesehen.

Die N-ERGIE erweitert ihre Kapazitäten stetig. Der Schwerpunkt liegt auf der Photovoltaik: Bis Ende 2020 wird sie PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von über 90 Megawatt Peak in ihrem Portfolio haben. □

Energie für heute und morgen

Mein ÖkoGas – 100% CO₂-neutral



Echt fair für Ihre Zukunft
erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Erneuerbare Energie auf Abruf in Buch bei Illertissen:

Biogasbetriebenes BHKW sichert Netzstabilität

Kurzfristiger Abruf von bis zu 800 kW elektrischer Leistung

Die Blum & Sohn GbR in Buch bei Illertissen hat ein neues Blockheizkraftwerk (BHKW) an ihrer Biogasanlage in Betrieb genommen. Das von den Lechwerken installierte BHKW wird die Stromerzeugung der Gesamtanlage flexibilisieren und die Netzstabilität sichern: Jederzeit lassen sich bis zu 800 Kilowatt (kW) elektrischer Leistung zusätzlich in das Stromnetz einspeisen.

Für die flexible Bereitstellung von elektrischer Energie erhält der Betreiber der Biogasanlage zusätzlich zu den Erlösen des Stromverkaufs zehn Jahre lang die Flexibilisierungsprämie nach den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG.

„Biogasanlagen sind eine wichtige Säule unserer Energiezukunft. Im Gegensatz zu Wind und Sonne, die Energie nur nach Wetterlage liefern, können Biogasan-

lagen Strom nach Bedarf bereitstellen. Betreiber, die ihre Anlage flexibilisieren, erzielen einen Mehrerlös und leisten einen wichtigen Beitrag für Netzstabilität und Versorgungssicherheit“, sagt Thomas Reitmann, Leiter Großkundenvertrieb bei LEW.

Flexibilisierung ohne Eigeninvestition

Die Andreas Blum & Sohn GbR

Landratsamt München:

Aktualisierung des Treibhausgas-Controllings

Seit 2016 arbeiten der Landkreis München und die 29 kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen der Klima- und Energieinitiative 29++ gemeinsam daran, die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen im Landkreis auf sechs Tonnen zu reduzieren. Zur regelmäßigen Evaluation und Nachjustierung der Maßnahmen wurde die Einführung eines Energiecontrollings beschlossen. Im März 2020 hat die Kreisverwaltung unter Zuarbeit der 29 Kommunen einen ersten Treibhausgasbericht für den Landkreis München vorgelegt, der die Grundlage für die Evaluation der Klima- und Energieinitiative des Landkreises bildet.

Inzwischen liegen die ersten Vergleichszahlen aus dem Jahr 2018 vor. Der Landkreis hat einen aktualisierten Bericht veröffentlicht. Die Zahlen aus 2018 sind die aktuellsten verfügbaren Zahlen, die zu einer umfassenden Beurteilung der Klimaschutzsituation im Landkreis München herangezogen werden können. Diese ergänzen nun den Basisbericht aus dem Frühjahr, der bereits die Zahlen aus den Jahren 2010, 2014 und 2016, dem Jahr der Einführung der Initiative 29++, enthält.

2016 betragen die Treibhausgasemissionen pro Kopf im Landkreis München 10,4 Tonnen. 2018 lagen die durchschnittlichen Treibhausgasemissionen pro Einwohner bei 9,7 Tonnen und damit um 6,1 Prozent niedriger als zwei Jahre zuvor. Seit 2010 konnten die Emissionen um etwa 16 Prozent gesenkt werden.

Bis zum Erreichen der Zielmarke von sechs Tonnen im Jahr 2030 ist eine Reduzierung um weitere 32 Prozent erforderlich. Auch die aktualisierten Zahlen verdeutlichen, dass weiterhin große Veränderungen im Energiebereich nötig sind, um das definierte Zwischenziel zu erreichen. Die vorhandenen Potenziale und die bereits erreichten Erfolge, beispielsweise bei der tieferen geothermischen Fernwärme oder bei der Photovoltaik, stimmen aber optimistisch, dass das Ziel von sechs Tonnen pro Einwohner realistisch und durchaus erreichbar ist, wenn die Anstrengungen nicht nachlassen.

Zuwachs bei Photovoltaik, motorisierter Individualverkehr hinkt hinterher

Bei der Photovoltaik hat sich die Zahl der Anlagen seit 2016 um 21 Prozent, die installierte Leistung sogar um rund 28 Prozent erhöht. Dies deutet darauf hin, dass zielgerichtete Aktionen wie das Solarpotenzialkataster des Landkreises oder die PV-Bündelungsaktionen der Energieagentur Ebersberg-München Wirkung zeigen.

Bei den privaten Haushalten konnten die Treibhausgasemissionen seit 2016 um 0,2 Tonnen auf 1,7 Tonnen gesenkt werden. Die

gewerbliche Wirtschaft, die Kommunen und der Verkehr tragen mit 4,1 Tonnen, 0,2 Tonnen und 3,7 Tonnen zum Gesamtergebnis bei. Problematisch für das Gelingen der Energiewende erscheint, dass der nicht schienengebundene Verkehr noch nahezu vollständig mit Hilfe fossiler Energien betrieben wird. Der Anteil alternativer Antriebssysteme hat sich bei den motorisierten Fahrzeugen von 2016 bis 2018 gerade einmal um einen Prozentpunkt auf insgesamt 2,1 Prozent erhöht.

Bilanzierung strikt nach BSKO

Die Daten für den Treibhausgasbericht des Landkreises München werden nach der Bilanzierungssystematik Kommunal (BSKO) erhoben. Dieser Standard wurde unter Federführung des Umweltbundesamts entwickelt, um eine einheitliche Bilanzierungsmethode für alle Kommunen zu gewährleisten und Doppelrechnungen zu vermeiden.

Die Treibhausgasemissionen pro Einwohner werden nach dieser Methodik aufgrund des Energieverbrauchs aller Akteure auf dem Gebiet einer Stadt, Gemeinde oder des Landkreises berechnet (sog. Territorialprinzip). Im Unterschied zur ersten Veröffentlichung, in der noch geringfügig von der BSKO-Methodik abgewichen wurde, wurde bei dieser Aktualisierung nun konsequent die BSKO-Bilanzierung angewandt. Damit eine Vergleichbarkeit mit früheren Jahren gegeben ist, wurden die Treibhausgasemissionen auch für die Jahre 2010 und 2016 neu berechnet.

Der Treibhausgasbericht des Landkreises München und der aktualisierte Zahlenteil 2018 sind auf der Internetseite des Landkreises München unter www.landkreismuenchen.de/themen/energie-und-klimaschutz/29-klima-energieinitiative/entwicklung-der-co2-emissionen-im-landkreis-einsehbar. Der Treibhausgasbericht kann als gedruckte Broschüre auch unter 29plusplus@lram.bayern.de angefordert werden.

Die nächste Aktualisierung des Berichts ist für 2022 geplant. □

nutzt das neue Blockheizkraftwerk im LEW-Pachtmodell: Der regionale Energieversorger übernimmt dabei neben Planung, Lieferung und Installation der Anlage auch die Wartung und den Betrieb. Die Andreas Blum & Sohn GbR hat das BHKW bei LEW über neun Jahre gepachtet. Sie muss also keine Eigeninvestitionen aufbringen. Auch die Anlagensteuerung und die Vermarktung des Stromertrags der Anlage übernimmt LEW als zuverlässiger Vermarktungspartner für die Direkt- und Flexibilitätsvermarktung. Das Blockheizkraftwerk ist dazu an das Vermarktungssystem der Lechwerke angebunden.

Je nach Bedarf kann LEW die Leistung des Blockheizkraftwerks direkt abrufen beziehungsweise die Stromerzeugung drosseln. Mit der flexiblen verfügbaren Kraftwerksleistung beteiligt sich das Vermarktungsteam der Lechwerke an Ausschreibungen für die Regelleistungsvermarktung und am Intradayhandel für Strom. Über die Regelleistungsvermarktung gleichen Übertragungsnetzbetreiber Frequenzschwankungen im Stromnetz aus.

„Als Landwirt lebe ich für die Region und von der Region.

Das Flexibilisierungskonzept der Lechwerke hilft mir, meine Biogasanlage nachhaltig wirtschaftlich zu betreiben“, sagt Andreas Blum. „Und ich kann dabei mithelfen, die zukunftssichere Energieversorgung unserer Region weiter voranzubringen.“

Regionaler Energiekreislauf

Neben dem Strom liefert das Blockheizkraftwerk thermische Energie mit einer Leistung von bis zu 825 kW. Die Wärmeleistung setzt die Andreas Blum & Sohn GbR in der eigenen Trocknungsanlage für Gärreste sowie zur Beheizung der Betriebsgebäude ein. Die getrockneten Gärreste aus der Biogaserzeugung dienen danach als Dünger für die eigenen Ackerflächen.

Der landwirtschaftliche Betrieb betreibt seit dem Jahr 2009 eine Biogasanlage, für die Reststoffe aus Ackerbau und Viehhaltung sowie Energiepflanzen aus dem Zwischenfruchtanbau genutzt werden. Direkt an die Biogasanlage gekoppelt sind drei Blockheizkraftwerke. Diese erzeugen aus dem gewonnenen Biogas elektrische Energie mit einer Leistung von insgesamt rund 1.000 kW. Den überwiegenden Teil davon speist die Andreas Blum & Sohn GbR in das öffentliche Stromnetz ein. Das neu installierte vierte BHKW nutzt das Unternehmen ausschließlich dazu, die Stromproduktion zeitlich zu flexibilisieren. Die durchschnittliche Leistung der Gesamtanlage wird nicht erhöht. □



Der landwirtschaftliche Betrieb betreibt seit dem Jahr 2009 eine Biogasanlage, an die bereits drei Blockheizkraftwerke gekoppelt sind. Das neu installierte vierte BHKW nutzt das Unternehmen ausschließlich dazu, die Stromproduktion zeitlich zu flexibilisieren.

Bild: LEW / Bernd Feil

Wie Deutschland bis 2050 klimaneutral werden kann

Studie im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität

Wie kann es funktionieren, ein Deutschland ohne Kohle, Erdöl und Erdgas zu schaffen? Und was ist dafür in den kommenden zehn Jahren nötig? Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität haben Prognos, das Öko-Institut und das Wuppertal Institut damit beauftragt, ein machbares Szenario für ein klimaneutrales Deutschland zu entwickeln. Das Ergebnis: Klimaneutralität 2050 und ein neues deutsches Zwischenziel von minus 65 Prozent Treibhausgas bis 2030 sind machbar, brauchen aber eine komplett andere Gangart in der Klimapolitik.

In 30 Jahren auf null reduzieren lässt sich der Treibhausgasausstoß hierzulande mit einem großen Investitions- und Zukunftsprogramm, so die Studie. Kohle, Öl und Gas werden in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen durch Strom und Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien ersetzt. Dazu ist bei der Photovoltaik eine Verdreifung der aktuell installierten Leistung auf 150 Gigawatt bis 2030 nötig. Bei Windkraft an Land müsse sie von aktuell 54 auf 80 Gigawatt steigen. Die Windkraft auf See müsse von derzeit knapp 8 auf 25 Gigawatt im Jahr 2030 wachsen. Im Gegenzug würde der Ausstieg aus der Kohleverstromung beschleunigt und schon bis 2030 abgeschlossen.

Hauptsäule des Klimaschutzes

Die Energiewirtschaft würde in diesem Szenario zur Hauptsäule des Klimaschutzes in den nächsten zehn Jahren. Sie allein kann die jährlichen CO₂-Emissionen um 207 Millionen Tonnen senken, was in etwa der Hälfte der nötigen Minderung von 420 Millionen Tonnen im Jahr 2030 entspricht.

Bis 2050 steigt der Anteil Erneuerbarer Energien dann auf 100 Prozent am Stromverbrauch, wobei sich die Stromnachfrage aufgrund der sektorübergreifenden Elektrifizierung sowie durch die steigende Herstellung von Wasserstoff um rund 50 Prozent auf 960 Terawattstunden erhöhen wird. Gebraucht wird Wasserstoff auch als Speicher. Er wird in Back-up-Kraftwerken eingesetzt, die einspringen, wenn Wind- und Solaranlagen keinen Strom liefern können.

„Die Weichen für Klimaneutralität 2050 und minus 65 Prozent Treibhausgas bis 2030 werden in der nächsten Legislaturperiode gestellt“, betont Rainer Baake, Direktor der Stiftung Klimaneutralität. „Das Regierungsprogramm nach der Bundestagswahl 2021 ist deshalb von zentraler Bedeutung. Kluge Instrumente und Politiken modernisieren die Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands in Richtung Resilienz und Zukunftsfähigkeit. Gleichzeitig ge-

staltet gute Politik den anstehenden Strukturwandel, so dass er alle mitemnimmt.“

Im Verkehr findet eine Trendwende statt. Die persönliche Mobilität bleibt vollständig erhalten, aber sie verändert sich. Die Menschen fahren deutlich mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie dem Rad und gehen zu Fuß. Die von Bus und Bahn erbrachte Personenverkehrsleistung verdoppelt sich nahezu bis 2035, während die des Pkw bis 2030 um 11 Prozent und bis 2050 um 30 Prozent sinkt. Im Jahr 2030 werden bereits 14 Millionen Elektro-Pkw (inkl. Plug-in-Hybride) im Bestand sein. Güter werden verstärkt auf der Schiene transportiert und es wird fast ein Drittel der Fahrleistung im Straßengüterverkehr über elektrische Lkw mit Batterien, Oberleitungen und Brennstoffzellen erbracht.

Strombasierte synthetische Kraftstoffe kommen dem Szenario zufolge im Verkehr erst nach 2030 allmählich zum Einsatz, vor allem im Flug- und Schiffsverkehr, während der Anteil von Biokraftstoffen langfristig stark zurückgeht, weil Biomasse in anderen Sektoren effizienter genutzt werden kann und die Mengenpotenziale begrenzt sind.

Veränderte Heizungsstruktur

Im Gebäudebereich werden die zusätzlichen Minderungen durch eine Veränderung der Heizungsstruktur, den Ausbau der Wärmenetze sowie um etwa 50 Prozent erhöhte energetische Sanierungsraten erreicht. Beim Einbau von neuen Heizungen gewinnen Wärmepumpen bis Mitte der 2020er-Jahre große Marktanteile, insbesondere im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser werden sechs Millionen Wärmepumpen erreicht. Denn eine Wärmepumpe verbraucht mindestens fünfmal weniger Strom als nötig ist, um die gleiche Wärmeenergie aus elektrisch hergestelltem synthetischem Erdgas zu gewinnen. Grüne Fernwärme gewinnt in urbanen Räumen eine stärkere Bedeutung. Nach 2025 werden nur noch in Ausnahmefällen neue Heizungen auf Basis von Heizöl oder Erdgas in Betrieb genommen. **DK**



V.l.: Dr. Johann Bergermeier (1. Bürgermeister Markt Siegenburg), Bettina Danner (1. Bürgermeisterin Gemeinde Biburg), Jürgen Buchner (Abens-Donau Energie GmbH), Simon Wachter (2. Bürgermeister Gemeinde Kirchdorf), Edgar Stockmeier (Abens-Donau Energie GmbH) und Gerhard Zeitler (Gesellschaftsvorsitzender und 1. Bürgermeister Gemeinde Train). Bild: Abens-Donau Energie GmbH/1. Schläuderer

Abens-Donau Energie GmbH:

VG Siegenburg testet E-Wanderauto

Nun können auch die Bürgerinnen und Bürger der Verwaltungsgemeinschaft Siegenburg den E-Golf der Abens-Donau Energie GmbH bei einer Probefahrt testen.

Noch bis 17. Januar 2021 können Bürgerinnen und Bürger aus Siegenburg, Biburg, Kirchdorf, Train und Wildenberg den VW E-Golf für einen Tag kostenlos ausleihen und Probefahren. Der Verleih läuft über die Verwaltungsgemeinschaft Siegenburg. Das E-Wanderauto ist in dieser Zeit dort stationiert.

Beitrag zur klimaneutralen Mobilität

Gesponsert wird das Fahrzeug von der Abens-Donau Energie GmbH, die sich die ökologische Versorgung des Landkreises mit umweltfreundlicher Energie zum Ziel gesetzt hat. „Unser Wanderauto bietet eine ideale Möglichkeit, allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, ein Elektrofahrzeug nahe zu bringen. So haben wir die Chance, die Elektromobilität im Landkreis voranzutreiben“, so Vertriebsleiter Edgar Stockmeier. □

Wege zur Klimaneutralität

Jahrespressekonferenz der Bayernwerk AG: Dezentrales Energiekonzept als Fixpunkt

„Wir machen die Gestaltung eines CO₂-neutralen Energiesystems zum Fixpunkt unserer künftigen unternehmerischen Ausrichtung“, stellte Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks, bei der Jahrespressekonferenz in Regensburg fest. Als Energieunternehmen stehe man schließlich nicht nur in der Verantwortung, wenn es um eine sichere Versorgung geht. „Die Menschen wünschten sich für morgen und für kommende Generationen eine möglichst CO₂-neutrale Zukunft und sie nehmen uns in die Pflicht“, so Gotzel.

Demnächst wird die dreihunderttausendste PV-Anlage an das Energienetz des Bayernwerks angeschlossen. 70 Prozent Erneuerbare Energie fließen heute schon in den Leitungen des Energieunternehmens. Die Integration hunderttausender regenerativer Anlagen, die Entwicklung der dazu notwendigen technologischen Meilensteine und der Erhalt einer hohen Versorgungssicherheit sind Gotzel zufolge die wesentlichen Wegmarken auf dem bisherigen Kurs in die bayerische Energiezukunft. Doch sei dies nicht genug, weshalb das Bayernwerk seine strategische Positionierung als Gestalter der Energiezukunft in Bayern weiterentwickelt.

„Wir richten unsere Arbeit vollumfänglich an Nachhaltigkeit und ökologischer Verantwortung aus. Dafür soll das Bayernwerk der Zukunft stehen wie kein anderes bayerisches Energieunternehmen“, betonte der Vorstandschef. „Als Bayernwerk-Gruppe wollen wir selbst bis spätestens 2030 klimaneutral sein. Unsere 1.500 Fuhrparkfahrzeuge fahren bis 2025 rein elektrisch. Neue Gebäude müssen sich an höchsten ökologischen Standards messen lassen und bautechnologische Vorbildfunktion haben. Bestehende Standorte werden, wo möglich, mit Photovoltaik ausgestattet.“

„Energie aus der Nähe“ stelle für das Bayernwerk die Energieform dieses Jahrhunderts dar. Sein Engagement im Münchner Werksviertel sei mittlerweile eine Erfolgsstory. Das Werksviertel habe sich mit seinem urbanen Zukunftskonzept zu einem Ort des Denkens, Entwickelns und Umsetzens innovativer Lösungen für das Leben der Menschen entwickelt. Dazu zählen Werksviertel-App, Siedlerkarte und die spürbare Verbindung zwischen Tradition und Moderne. „Unsere Werkkraft entwickelt sich in diesem Zug mehr und mehr zu einem Innovations-Hub für technologische Entwicklungen rund um Strom, Wärme und Mobilität. Das Wissen, das wir uns dort aneignen, bringen wir in der Fläche Bayerns zum Einsatz“, erläuterte Gotzel.

Nachhaltige Quartierslösung

Seine Expertise bringt das Unternehmen auch in eine nachhaltige Quartierslösung ein, die südlich von Regensburg in Thalmassing geplant ist. Dort kommt ein wahrer Technologie-Strauß zum Einsatz: Photovoltaik, Stromspeicher, Wärmepumpen, Elektrolyse, Brennstoffzelle, E-Mobilität. Während untertägige Schwankungen im Strombedarf über den Strom-

speicher ausgeglichen werden, könne der überschüssige Strom in Wasserstoff umgewandelt und so saisonal gespeichert und genutzt werden, machte der Vorstand deutlich.

Laut Gotzel wird das Leben in derartigen Quartieren mit hohen energetischen Standards immer mehr zum städtischen „LifeStyle“. Aktuell befasse sich das Bayernwerk mit sieben Neuprojekten, zum Beispiel dem „Seetor“ in Nürnberg. Dort sollen rund 200 Wohneinheiten über ein modernes Energiekonzept versorgt werden.

Lokaler Strommarkt

Was der Stadt ihr Quartier ist, ist dem Land der lokale Strommarkt. Diese lokalen Märkte seien von der Idee getragen, örtliche Erzeugungskapazitäten aus dezentralen Anlagen zu bündeln und aus deren Erzeugung die Menschen vor Ort zu versorgen. Gotzel: „Wir bringen Verbraucher und Erzeuger zusammen. Für dieses Konzept konnten wir schon viele Kommunen begeistern. Bis zum Ziel einer möglichst hohen und auch physikalischen Energieselbstständigkeit vor Ort sind technologische Entwicklungen und der Ausbau Erneuerbarer Energie – bestmöglich unter Bürgerbeteiligung – notwendig. Zudem bedarf es im weiteren Entwicklungsprozess des Aufbaus von Speicherkapazitäten und der Integration von E-Mobilität.“ Der nächste lokale Strommarkt gehe in Kürze im niederbayerischen Viechtach an den Start.

„Wenn regenerative Erzeugung die Basis unseres Energiesystems sein soll, dann müs-

sen wir die regenerativen Energiequellen auf dem Land bündeln und mit nahegelegenen städtischen Räumen optimal vernetzen“, erläuterte der technische Vorstand des Bayernwerks, Dr. Egon Westphal. Laut einer Studie des Bayernwerks leben im Jahr 2030 bilanziell über 60 Prozent der Bayern in Gebieten mit einem Erzeugungsüberschuss. Im Lastzentrum – also in städtischen Regionen – wohnt und arbeitet vermehrt der Kunde, der nicht nur Strom bezieht, sondern diesen auch selbst erzeugt und mit seinen Ladestationen, Speichern und Wärmepumpen flexibel bereitstellen kann. Jetzt gelte es, die Strukturen zu vernetzen, so Westphal: zum einen physisch über das Energienetz, zum anderen digitalisiert über die Streuung der einzelnen Einheiten.

Bayern als energetische Blumenwiese

„Bayern wird in Zukunft zu einer energetischen Blumenwiese, in der sich Kunden je nach individuellen Bedürfnissen mit ihrer heimischen Energie versorgen können. Jede Stadt wird von den umliegenden Gebieten abhängig sein, wie ein Blütenkelch von seinen Blütenblättern. Aus dem Bild heraus haben wir dieses Konzept auch ‚Flower-Power‘ getauft“, hob der Technikvorstand hervor. Die Vorteile des Konzepts seien gravierend: Die Erhöhung des lokalen Nutzungsgrades Erneuerbarer Energie und kürzere Verteilungsdistanzen führten zu einer Verbesserung der CO₂-Bilanz. Auch würden zusätzlicher regionaler und überregionaler Netzausbau reduziert und das Übertragungsnetz durch Reduzierung überregionaler Leistungsflüsse entlastet. Die Versorgungssicherheit werde verbessert und Stromimporte aus dem Ausland zu Zeiten geringer EE-Speisung, die maßgeblich aus Kohle- und Kernkraftwerken stammen, verringert. Zudem erhöhe die Schaffung lokaler Energiesysteme die Wertschöpfung vor Ort.

Mit „Flower-Power“ werde das Verteilernetz zur digitalisierten Vernetzungs-Plattform der Energiewende. Bereits heute fänden sich mehr als 160.000 Wärmepumpen, Direkt- und

Bayernwerk:

Entwicklung von Technologien für Monitoring von Stromleitungen

Regensburg. Für eine sichere Energieversorgung müssen Stromleitungen regelmäßig überwacht werden. Zahlreiche Einflüsse durch Natur und Umwelt können einen Stromausfall verursachen. Fremdkörper wie in Leitungen ragende Äste, Vogelneester oder eine Drachenleine müssen entfernt werden. Verschmutzungen, Schäden am Leitungsseil oder defekte Rippen am Isolator sind frühzeitig zu beheben. Noch fliegen Piloten dazu im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) regelmäßig mit Hubschraubern entlang der Stromnetze. Künftig sollen Drohnen diesen Job übernehmen.

Immerhin 156.000 Kilometer stehen beim Leitungsmonitoring auf dem Flugplan. Für die Überwachung von Stromleitungen setzt der größte Netzbetreiber in Bayern derzeit noch Hubschrauber ein. Das soll sich bald ändern. Künftig sollen vermehrt Drohnen die Strecke abfliegen, künstliche Intelligenz (KI) gleicht das aktuelle Bild dann mit dem „Soll-Zustand“ ab und ermittelt so Handlungsbedarf, bei Verschmutzungen, witterungsbedingtem Verschleiß, Schäden am Leitungsseil, defekten Rippen am Isolator oder auch wenn die Vegetation zu nah an die Stromleitungen gerät.

„Wir suchen kontinuierlich nach neuen Lösungen, die uns helfen, unsere Arbeit zu optimieren. Die Drohnentechnologie kann erheblich zur effizienteren Gestaltung des Inspek-



Die Bayernwerk-Vorstände Dr. Egon Leo Westphal, Reimund Gotzel (Vorsitzender) und Andreas Ladda (v.l.) vor der „Flower-Power“-Illustration, die das Energiesystem der Zukunft darstellt.

Bild: Uwe Moosburger, altfoto/Bayernwerk AG

Speicherheizungen, 30.000 Kleinspeicher und 1.600 Ladepunkte im Bayernwerk-Netz. Für 2030 erwarte man in Bayern rund zwei Millionen elektrische PKW, 660.000 Wärmepumpen und ca. 380.000 Kleinspeicher.

Mobilität und Stromnetz

Um die Vernetzung zwischen Mobilität und Stromnetz auf den Weg zu bringen, arbeite das Bayernwerk aktuell in unterschiedlichen Forschungsprojekten unter anderem intensiv mit der bayerischen Automobilindustrie zusammen. Wie Westphal darlegte, seien die Perspektiven und Anwendungsmöglichkeiten spannend. Bereits heute wiesen Elektroautos Batteriekapazitäten von rund 40 kWh in der Kompaktklasse und bis zu 100 kWh bei Premiumfahrzeugen auf. Ein Vier-Personen-Haushalt ohne besondere elektrische Anwendungen weise einen mittleren elektrischen Energiebedarf von rund 10 kWh pro Tag auf. „Ein Elektroauto wäre also in der Lage, einen Vier-Personen-Haushalt mehrere Tage mit elektrischer Energie zu versorgen. Zudem kann die Energie an jedem Ort bereitgestellt werden, den das Fahrzeug erreichen kann.“

Dass die strategische Weiterentwicklung auch die Arbeitswelt im Unternehmen umfasst, darauf verwies Andreas Ladda, Personalvorstand des Bayernwerks. Da in einer komplexeren werdenden Welt die Lösung

für Herausforderungen immer seltener bei einzelnen Funktionen oder Bereichen liege, „fördern wir aktiv die Vernetzung der Organisation, das Erlernen neuer Methoden und sogenanntes crossfunktionales Arbeiten. Zudem entwickeln wir unsere Führungs- und Achtsamkeitskultur konsequent weiter“, erklärte Ladda. Große Herausforderungen seien der demografische Wandel und das Aneignen neuer Kompetenzen, die in der Arbeitswelt von morgen und im Energiesystem der Zukunft unerlässlich seien.

Gutes Rüstzeug

Mit der Transformation und der Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung sieht Ladda das Bayernwerk gut gerüstet: „Wir haben eine spannende Position am Arbeitgebermarkt. Durch die Einbindung in die E.ON-Familie vereinen wir die Innovationskraft eines Konzerns mit regionaler Nähe. Mit unseren Innovationen sind wir aktiver Gestalter und Treiber eines CO₂-neutralen Energiesystems in Bayern und bieten als Energieunternehmen ein spannendes Umfeld mit unverzichtbaren Tätigkeiten, auf die man stolz sein kann: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern die Energieversorgung und sind systemrelevant für sieben Millionen Menschen, Industrie und Gewerbe in weiten Teilen Bayerns – und das vor, während und nach der Pandemie.“ **DK**

Projekt Windkümmerer startet in allen sieben Regierungsbezirken

Aiwanger: „Eine große Chance für die Windenergie in Bayern“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger will die Windenergie in Bayern voranbringen und erteilt den Startschuss für die sieben Regionalen Windkümmerer. Über 40 bayerische Kommunen haben sich mit ihren Windprojekten bei dem neuen Programm des Wirtschaftsministeriums beworben. Aiwanger: „Bayerns Kommunen zeigen vielerorts den starken Willen, der Windenergie eine Chance zu geben und damit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Mit unseren Windkümmerern stellen wir ihnen nun ausgewiesene Experten an die Seite, um die Windprojekte mit vereinten Kräften voranzutreiben.“

Minister Aiwanger ist überzeugt, dass weitere Kommunen dem Beispiel folgen und von den Erfahrungen des Programms profitieren werden. „Der Start der Windkümmerer ist ein weiterer wichtiger Schritt, mit dem wir in Bayern die Trendwende hin zu mehr Windenergie schaffen werden.“ Die bayernweite Koordination der Windkümmerer wird die neu gegründete Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) übernehmen.

Die ausgewählten Projekte stehen oftmals noch am Anfang. So kann der jeweilige Windkümmerer sicherstellen, dass die Realisierungsmöglichkeiten neutral geprüft und die Bevölkerung von Anfang an miteinbezogen ist. Weiterhin sind die Projekte äußerst vielfältig: Es finden sich Kommunen, die ein Repowering-Vorhaben umsetzen wollen genauso wie Gemeinden, die auf Windenergie als Treiber der grünen Wasserstoffproduktion setzen. Zudem haben sich zahlreiche Kommunen zur Realisierung der Windenergieanlagen zu interkommunalen Projekten zusammengetan und können so mit vereinten Kräften für die Windenergie in der Region auftreten.

Besonders freut Minister Aiwanger das starke Engagement in Oberbayern: „Die zahlreichen

Bewerbungen aus Oberbayern zeigen, dass nun auch der Süden Bayerns bei der Windenergie nachziehen möchte.“

Ein Großteil der Kommunen will die mögliche Realisierung von Windenergieanlagen im Rahmen einer Bauleitplanung angehen. In diesem Verfahren werden alle Betroffenen intensiv miteinbezogen und alle Belange neutral geprüft. Im Ergebnis können dadurch im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Projekte umgesetzt werden, die den 10-H-Abstand in vertretbarem Maße unterschreiten.

Bürgerbeteiligung

Aiwanger: „Durch das große Engagement der Kommunen können wir damit im Freistaat die für den Ausbau der Windenergie dringend benötigten Flächen weiter erschließen.“ Aiwanger begrüßt besonders, dass die meisten Kommunen in ihrer Bewerbung ausdrücklich den Wunsch nach Beteiligung der regionalen Bevölkerung in den Vordergrund stellen. „Wir werden die Windenergie nur gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern voranbringen. Hier sind wir auf dem richtigen Weg.“

Die Regionalen Windkümmerer sind Teil der Windenergieof-

fensive AUFWIND des Bayerischen Wirtschaftsministeriums. Im Rahmen von AUFWIND wird gemeinsam mit der Landesagentur für Energie und Klimaschutz gezielt daran gearbeitet, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu erhöhen, Ausbauhemmnisse systematisch abzubauen und die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am Ausbau der Windenergie zu verbessern.

Folgende Organisationen übernehmen jeweils die Rolle eines Regionalen Windkümmerers:

- Oberbayern: Beermann Energiesysteme
- Niederbayern: Energieagentur Nordbayern mit Energieagentur Chiemgau-Inn-Salzach und Energieagentur Regensburg
- Schwaben: eza! – Energie- und Umweltzentrum Allgäu
- Oberpfalz: Energieagentur Regensburg mit dem Energietechnologischen Zentrum Nordoberpfalz

- Unterfranken: ifok mit endura kommunal
- Mittelfranken: Energieagentur Nordbayern
- Oberfranken: Energieagentur Nordbayern

Bei Interesse können sich auch weitere Kommunen laufend für die Betreuung durch einen Windkümmerer bewerben. Die Kommunen werden nach erfolgreicher Auswahl auf der Nachrückliste aufgenommen und rücken nach sobald weitere, freie Beratungskapazitäten verfügbar sind. Alle Kommunen auf der Nachrückliste profitieren aber in jedem Fall bereits von Unterstützungsmaßnahmen, die im Rahmen der Windenergieoffensive AUFWIND des Wirtschaftsministeriums angeboten werden. **□**

Flugschein für die Mitarbeiter

Um den Einsatz von Drohnen auf den Weg zu bringen, fand kürzlich am Standort Pfaffenhofen a.d.Ilm der Schulungsauftritt statt. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden auf den Einsatzzweck der Drohnen hin geschult“, betonte Dr. Egon Leo Westphal zum Schulungsauftritt. Die Schulung führte das Bielefelder Start-up U-ROB durch, das sich auf Drohnenflug spezialisiert.

Innovationsplattform „NEXT“

Die Entwicklung der Vegetationsüberwachung „NEXT.Line Inspect“ ist eine von vielen Innovationsprojekten des Bayernwerks. Das Unternehmen hat unter dem Namen NEXT eine Digitalisierungsinitiative gestartet, um sowohl eigene Prozesse als auch die von Industrie, Gewerbe und Haushalten zu optimieren. Es sei auch im Interesse des Bayernwerks, dabei mit jungen und kreativen Unternehmen zusammenzuarbeiten, im Falle von NEXT.Line Inspect mit dem Bielefelder Start-up U-ROB. **□**

Verbesserte Arbeitssicherheit

Zudem gehe es beim Drohneinsatz, im Falle von NEXT.Line Inspect – so der übergreifende Name der Forschung zur Vegetationsüberwachung – um eine Verbesserung der Arbeitssicherheit, da mit Drohnen Mastbesteigungen zur Überprüfung von Schadensstellen vermieden werden oder schnelle Lagebewertungen im Falle von witterungsbedingten Störungen möglich sind.

Raumlufttechnische Anlagen in Corona-Zeiten:

LRS bietet effektive Lösungen

Die aktuelle Corona-Pandemie stellt unter anderem Bildungseinrichtungen vor völlig neue Herausforderungen. Neben den gängigen Hygienemaßnahmen gilt in Schulen und Kitas insbesondere der Austausch mit Frischluft als wirksame Maßnahme gegen die Ausbreitung des Virus. Was in der Theorie einfach klingt, ist in der Praxis jedoch weitaus komplizierter als gedacht.

Das Problem: Viele Unterrichts- und Gruppenräume haben keine Fenster oder die Fenster sind nicht zu öffnen, zudem ist das intensive Lüften über einen längeren Zeitraum aufgrund von Außenlärm (Straßenlärm etc.) oder Kälteeintrag nicht möglich. Hinzu kommt, dass viele Räume über keine Lüftungsanlage und auch keine Möglichkeit der kurzfristigen baulichen Nachrüstung verfügen. Auch reicht, wie Studien belegen, eine Fensterlüftung allein oftmals nicht aus. Aufgrund des zu geringen Luftaustauschs beim einfachen Fensterlüften reichen sich während einer Unterrichtsstunde potenziell infektiöse Aerosolpartikel in teils sehr hohen Konzentrationen im Klassenraum an.

Schadstoffreduzierung

Für das Betreiben vieler Gebäude sind Raumlufttechnische (RLT-)Anlagen somit eine unabdingbare Voraussetzung. Dabei kommt der regelmäßigen Wartung und Instandhaltung eine entscheidende Bedeutung für den sicheren Anlagenbetrieb zu. Bei korrekter Planung und ordnungsgemäßen Betrieb reduzieren RLT-Anlagen viele Schadstoffe mittels Filtrierung der möglicherweise belasteten Außenluft, der Zuluft und gegebenenfalls der Abluft und stellen eine gute Qualität der Zuluft bereit. Durch professionelle Planung, Zonierung und Druckhaltung ist sichergestellt, dass sich Schadstoffe aus der Abluft eines Raumes nicht im gesamten Gebäude verteilen können.

Eine Übertragung von Corona-Viren über Lüftungs-/Klimaanlagen kann nach aktuellem Kenntnisstand nahezu ausgeschlossen werden. Über die Außen- und Zuluftleitungen können auch aufgrund der Filtrierung keine Tröpfchen, die das Corona-Virus enthalten könnten, in die Räume eingetragen werden.

Schnelle, unkomplizierte und effektive Lösungen, um Klassen- und Unterrichtsräume in Bildungseinrichtungen, aber auch Tagungsräume, Aufenthaltsräume, Gaststätten, Kantinen und viele weitere Anwendungen kurzfristig und kostengünstig nachzurüsten, bietet der Lüftungs-/Reinigungs-Service LRS Franz Sedlmeier in Pullach. Dabei setzt das Unternehmen auf Produkte namhafter Hersteller wie WOLF GmbH Mainburg, Helios oder TROX.

Bundesprogramm zur Förderung der Automobilzulieferer

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßt die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zur Unterstützung der Automobilindustrie. Demnach soll ab Januar 2021 im Rahmen des Konjunkturpakets die Transformation der Betriebe mit zwei Milliarden Euro unterstützt werden.

Aiwanger: „Das Programm aus Berlin ist dringend nötig. Gerade für viele Zulieferbetriebe ist es bereits fünf vor zwölf: Sie müssen große Investitionen stemmen, um an den Technologien der Zukunft zu arbeiten, sie haben aber häufig nicht mehr genügend Substanz dazu. Der Bund muss die Finanzkraft der Betriebe für diesen Transformationsprozess verbessern. Dazu zählt auch die Wasserstofftechnik, die von vielen Betrieben derzeit angestreut wird.“ Gleichzeitig hat der Minister den Arbeitsmarkt im Blick: „Beim Transformationsprozess geht es

Der AirPurifier von Wolf filtert mehr als 99,995 % aller Bioaerosole (Viren, Bakterien) sowie weiterer Schadstoffe durch HEPA Hochleistungsfilter. Dank modernster EC-Ventilatoren-Technologie (bis 1.300 m³/h) ist eine hohe Luftfiltrationsrate von 4-6 x Raumvolumen gewährleistet. Ein Schalldruckpegel von höchstens 35 dB(A) sorgt zudem für einen äußerst leisen Betrieb. Es sind keine baulichen Maßnahmen notwendig, eine einmalige und simple Einstellung auf Raumgröße reicht aus.

Der Helios KWL Yoga wiederum eignet sich für die Deckenmontage und kann dank integrierter CO2-Sensoren bedarfsgerecht geregelt werden. Der Luftaustausch erfolgt vollautomatisch und kontinuierlich. Zudem ist das Gerät auch in Bestandsgebäuden einfach und schnell nachrüstbar.

Das leistungsstärkste und zugleich leiseste Gerät am Markt ist der TROX Luftreiniger. Das zweistufige TROX Hochleistungsfilter-System filtert über 99,95 % aller Coronaviren. Dabei kommt ein hocheffizienter H13-HEPA-Filter zum Einsatz, wie er z. B. auch zur Luftreinigung in OP-Sälen verwendet wird. Er ist deutlich länger verwendbar und muss selbst im Dauerbetrieb erst nach Jahren ausgetauscht werden.

Geräuscharm und leistungsstark

Bis zu 1.600 m³ Luft kann der TROX Luftreiniger innerhalb einer Stunde filtern. Schon bei mittlerer Leistung reinigt er selbst große Räume wie z. B. Restaurants oder Konferenzräume effizient und leise von Viren. Mit seiner patentierten doppelten Schalldämmung arbeitet das Gerät geräuschärmer als jedes vergleichbare Gerät. Im Normalbetrieb (1.000 m³/h Luftvolumenstrom) ist er ungefähr so leise wie der Lüfter eines Computers und damit ideal für den permanenten Betrieb in Schulen oder Büros geeignet.

Trotz großer Leistung benötigt der TROX Luftreiniger nur wenig Strom. Dank energieeffizienter Motoren und großer Filterflächen wird im Durchschnitt weniger als eine 100-W-Glühbirne verbraucht.

Für kompetente Beratung sowie fachgerechte Installation und Wartung steht der Lüftungs-/Reinigungs-Service LRS gerne zur Verfügung. Näheres unter: <http://www.l-r-service.de> DK

konkret um Arbeitsplätze, wie z.B. die Situation bei MAN zeigt. Mit Kaufanreizen für neue und saubere LKWs muss der Bund jetzt über das geplante neue Programm hinaus die Nachfrage ankurbeln. Das verbessert nicht nur die Beschäftigungssituation, sondern kommt auch der Umwelt zu Gute, wenn alte Fahrzeuge von der Straße genommen und durch neue ersetzt werden. Besonders wirkungsvoll wäre ein solches Flottenaustauschprogramm auf europäischer Ebene. Es gilt also, die letzten Monate der deutschen Ratspräsidentschaft zu nutzen!“



Kindergartenleiterin Sabine Krieger und Bürgermeister Thomas Weber freuten sich, ihren Vorschulkindern erneut den Energie-Aktionstag im Haus für Kinder in Winkl im Rahmen des Förderprojekts „Energiecoaching PLUS“ gemeinsam mit der Energieagentur Südostbayern anbieten zu können.

Bild: Energieagentur Südostbayern GmbH

Kleine Energiesparer in Bischofswiesen

Im Rahmen des Förderprojekts „Energiecoaching PLUS“ hat die Gemeinde Bischofswiesen gemeinsam mit der Energieagentur Südostbayern GmbH einen zweiten Energie-Aktionstag für ihre neuen Vorschulkinder angeboten – ganz nach dem Motto „Kinder sind die Energieverbraucher von morgen“.

Mithilfe von Energieagentur-Mitarbeiter Gerhard Marx haben die neuen Bischofswiesener Vorschulkinder schnell gewusst, dass sie und ihre Eltern mit „dem Fernseher; Licht; zum Kochen; das Handy; zum Rasenmähen“ im und um das Haus Strom brauchen. „Woher kommt denn der Strom im Haus?“, fragt Marx in die Runde. Da ihm die Antwort „aus der Steckdose“ nicht genügte, zeichnete der Energieexperte leicht verständlich mit Strommasten und -leitungen bis hin zur „Strom-Fabrik“ den Weg der Energie auf. Was den Kindern aber nicht gefiel, waren die dicken Rauschschwaden aus dem Kamin, weil der stinkt und in den Augen brennt.

Wie auch die Kinder schon viel Strom sparen können, wurde ihnen mit bildlicher Unterstützung gleich klar, damit auch sie schon dafür sorgen können, dass weniger Rauch aus den Kaminen der „Strom-Fabriken“ kommt. „Licht aus, wenn niemand im Raum ist!“ sowie „Kühlschranktüre zu!“ und „Deckel auf den Kochtopf!“, wissen die Bischofswiesener Kinder nun.

Auch Bürgermeister Thomas Weber hat sich für den Ener-

Bundesverband Geothermie:

Erdwerk GmbH erhält Sonderpreis

Die Erdwerk GmbH (München) wurde vom Bundesverband Geothermie mit dem Sonderpreis für ihre langjährigen herausragenden Pionierleistungen bei der Planung und Realisierung von Projekten in der tiefen Geothermie geehrt. Die Preisverleihung fand im Vorfeld des Geothermiekongresses digital statt.

Die Erfolgsgeschichte der Geothermie im voralpinen Molassebecken wäre ohne die Pionierarbeit von Erdwerk nicht denkbar. Besonders die Entwicklung der Tiefen Geothermie und der Nutzung von heißem Thermalwasser ist durch Erdwerk vorangetrieben worden. Sie bieten heute Leistungen von den ersten Schritten der Machbarkeitsstudie, über Aufsuchung, Bohrbetreuung bis hin zur Testphase und Komplettierung an und gelten als geothermische Spezialberater und erfolgreiches, innovatives und führendes Planungsbüro für Geothermie.

Internationale Sichtbarkeit

Die Laudatio hielt der Gewinner der Particus Medaille 2017, Dr. Christian Pletl von den Stadtwerken München be-

triebener Zeit genommen und betonte „Bereits die Kleinsten im schonenden Umgang mit den Energie-Ressourcen zu sensibilisieren ist enorm wichtig“. Die Witterung hat diesmal nicht mitgespielt, daher hat Energieberater Gerhard Marx eine Ersatz-Sonne in Petto und konnte mit einem Strahler Solarhuberschrauber und -Autos zum Laufen bringen – die Kinder konnten sich gut vorstellen, wie viel besser das die Sonne draußen noch kann und zeigten sich von dem sauberen, erneuerbaren Energielieferanten begeistert.

Wind- und Wasserkraft

Natürlich nicht fehlen durften beim EnergieAktionstag die Wind- und Wasserkraft. Mit festem Pusten haben die kleinen Energieerzeuger Windräder mit LED-Lämpchen zum Leuchten gebracht und Wasser über Wasserräder gegossen. Zum Abschluss der Aktion durften die neuen Energiesparer noch selbst Windräder basteln, mit denen sie ihre eigene, aufgestaute Energie durch Pusten oder schnelles Rennen wieder loswerden konnten.

Förderprogramm:

CO2-Ampeln und Luftreinigungs-Geräte für Landkreisschulen

Der Freistaat Bayern hat ein Förderprogramm zur Beschaffung von CO2-Sensoren sowie von Luftreinigungsgeräten für Schulen auf den Weg gebracht. Das Sachgebiet Schulen und Landkreiseinrichtungen im Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen hat die Entwicklung aufmerksam beobachtet und konnte daher unverzüglich nach Bekanntgabe der Förderrichtlinien im Oktober auf die Schulleiter zugehen. Die Beschaffung der notwendigen Geräte konnte also schon auf den Weg gebracht werden.

Durch die schnelle Reaktion konnte nunmehr der Auftrag zur Lieferung von mehr als 200 CO2-Sensoren (sog. CO2-Ampeln) für die Schulen unter Landkreisträgerschaft erteilt werden. Diese signalisieren das Erreichen bestimmter Schwellenwerte der CO2-Konzentration und erinnern an das Lüften. Aufgrund der stark erhöhten Nachfrage ist dennoch erst mit einer Lieferung Mitte Januar zu rechnen.

Bedarf für Luftreinigungsgeräte

Zeitgleich wurde auch der Bedarf für die mobilen Luftreinigungsgeräte abgefragt. Eine Förderung nach den Förderrichtlinien erfolgt nur für jene Räume, in denen regelmäßiges Lüften nicht möglich ist, z. B. bei innenliegenden Fachräumen mit Oberlichtern. Für Räume mit Fenstern können die CO2-Ampeln genutzt werden.

Letztlich haben die Schulen nur einen Bedarf von rund 20 Luftreinigungsgeräten gemeldet (Realschule Weißenburg und die Gymnasien in Weißenburg und Gunzenhausen). An der Altmühlfrankenschule, der Staatl. Fach- und Berufsoberschule sowie den beiden Standorten des Beruflichen Schulzentrums Altmühlfranken lassen sich die Räume gut lüften, so dass hier kein Bedarf an mobilen Luftreinigungsgeräten besteht.

Fernleitungsnetzbetreiber:

Umstellung von L- auf H-Gas trotz COVID-19 fast im Zeitplan

Die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) blicken trotz der COVID-19-Pandemie auch in diesem Jahr zuversichtlich auf die kommende Winterperiode. Die Speicher sind zu gut 95 Prozent gefüllt und es stehen genügend Transportkapazitäten für die zahlreichen Quellen zur Verfügung, um die Gasversorgung auch bei längeren Kälteperioden zu sichern.

Zur Abdeckung von Spitzenlasten bei Gasmengen wie auch bei Regelernergie haben FNB und Marktgebietsverantwortliche (MGV) zudem vorsorglich bewährte Produkte am Markt kontrahiert. Dies ist das Fazit des Winterausblicks 2020/2021, den der FNB Gas heute veröffentlichte.

Gasversorgung im Zeichen der Pandemie

Als Betreiber einer kritischen Infrastruktur haben die FNB frühzeitig Maßnahmen getroffen, um Ansteckungsrisiken zu minimieren, ihre Belegschaft zu schützen und jederzeit die Gasversorgung sicherzustellen. Dazu gehören strenge Kontakt- und Hygieneregeln, ein permanentes bewerten der Lage und der regelmäßige Austausch innerhalb der Branche, mit den europäischen FNB und den Behörden. So können bei Bedarf schnell weitere Schutzvorkehrungen getroffen werden, um auch im kommenden Winter die Gasversorgung weiterhin abzusichern.

Bisher gab es dabei keine COVID-19-bedingten Auswirkungen. Die Bauvorhaben liefen wie geplant weiter. Selbst die durch den ersten Lock-down bedingten Verzögerungen bei der Umstellung von L- auf H-Gas wurden bis zur Deadline für diesen Winterausblick fast vollständig aufgeholt.

Das Sachgebiet Schulen und Landkreiseinrichtungen sondiert gerade intensiv den Markt. Es sind nämlich nicht alle Geräte geeignet: Die geforderten Voraussetzungen in den Förderrichtlinien einerseits, aber auch weitere technische Merkmale wie z. B. Lautstärke, Wartungsfreundlichkeit und Wirksamkeit engen die Zahl an geeigneten Geräten ein. Es wird besonders darauf geachtet, dass die Geräte einen großen Volumenstrom und hochwertige Filter haben, da nur diese nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen entscheidend zur Verringerung der indirekten Infektionsgefahr durch Aerosole beitragen können.

Sobald die Angebote abschließend geprüft wurden, können auch die Aufträge vergeben werden. Den Förderantrag wird das Sachgebiet Schulen und Landkreiseinrichtungen dann nach Abschluss dieser Prüfung zeitnah stellen und den Schulausschuss über die Beschaffung informieren.

Die Landkreiseverwaltung hat auch das parallel laufende Förderprogramm des Bundes im Blick: Dieses ermöglicht die „Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von raumlufttechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten“. Auch hier erfolgt eine Bedarfsanalyse des Sachgebietes Schulen und Landkreiseinrichtungen in enger Abstimmung mit dem Sachgebiet Hochbau. □

Steigende Nachfrage

Unverändert ist die Gassituation im Süden Deutschlands: Die Nachfrage nach Gas steigt weiter an, die Trans-Europa-Naturgas-Pipeline I (TENP 1) steht weiterhin nicht zur Verfügung. Zur Sicherung der regionalen Versorgung haben die betreffenden FNB daher wieder entsprechende Lastflusszusagen kontrahiert.

Der Wegfall von Gasmengen, die mit Fertigstellung der Nord Stream 2 zusätzlich in den Markt gebracht werden sollen, wird sich nach Auffassung der FNB nicht auf die Versorgungssicherheit auswirken. Gasmengen können zum einen verlagert werden, zum anderen steht seit Anfang des Jahres auch der bereits genutzte erste Strang der EUGAL zur Verfügung, der in das deutsche wie europäische Fernleitungsnetz eingebettet ist. □

„STECKER REIN – VIREN RAUS.“ WOLF PROFI-LUFTREINIGER FÜR KITA, SCHULE, PRAXIS, RESTAURANT UND MEHR.“

Jetzt Menschen in Kita, Schule und gewerblichen Räumen schützen:
Der neue WOLF Luftreiniger AirPurifier reinigt Raumluft (Abscheide-
grad 99,995% / DIN EN 1822) durch HEPA-Hochleistungsfilter H14
und Aktivkohle-Kombifilter schnell und effizient von Viren, Bakterien,
Pollen, Staub und Gerüchen. Schnell und einfach aufgestellt.

Prüfen Sie bundesweite und bundeslandspezifische Förderprogramme!
Für kleine und mittelständische Unternehmen förderfähig mit bis
zu 90% aus der Überbrückungshilfe!

Mehr auf wolf.eu/airpurifier.



Professionell konstruiert: nach VDI 6022
Flüsterleise: Schalldruckpegel* 34 dB(A)
im Normalbetrieb, 42 dB(A) im Boost-Modus
Sichere Luftreinigung: bis zu 1.200m³/h
mit 4- bis 6-facher Luftfilterrate
Ideal: Ausblashöhe 2,3m - dadurch
optimale Luftzirkulation dank Luftwalze
Sorgenfreies Plug & Play: steckerfertig,
Liefer- und Inbetriebnahmeservice

NEU!



VDI
6022



MADE IN
GERMANY
BY WOLF



5
JAHRE
GARANTIE
WOLF



Versicherungskammer Bayern:

Partner der Feuerwehren

Ein Gastbeitrag von Florian Ramsl

Freiwillige Feuerwehren sind unverzichtbar. Hier engagieren sich Feuerwehrmänner und -frauen vor allem ehrenamtlich, helfen so ihren Mitmenschen und unterstützen die Kommunen. Als langjähriger Partner der Feuerwehren unterstützt die Versicherungskammer Bayern den Landesfeuerwehrverband Bayern und die Feuerwehren mit einer Vielzahl an Projekten. Der Fokus liegt hier bei der Ausbildung und Brandschutzerziehung; aber auch bei der Ausstattung wurden neue Impulse gesetzt.

Ein Meilenstein für die Aus- und Weiterbildung ist der sogenannte „Einsatzfahrten-Simulator“, welchen die Versicherungskammer Bayern gemeinsam mit dem Innenministerium betreibt. Mit ihm können die Feuerwehrleute üben, auf kritische Situationen bei Einsatzfahrten zu reagieren und Gefahren zu vermeiden. Erst 2020 wurden zwei neue Simulatoren beschafft.

Schadensprävention

Ein weiteres Beispiel sind die „Schaumtrainer“-Übungsanlagen: Mit diesen üben die Feuerwehrleute realistisch Brandbekämpfung im Miniaturformat. Alle Landkreise und kreisfreien Städte wurden mittlerweile damit ausgestattet. Darüber hin-

aus hat das Thema Schadensprävention für das Sponsoring der Versicherungskammer Bayern große Bedeutung: Hier sind die Versorgung mit Wärmebildkameras und dem mobilen Rauchverschluss zu nennen. Letzterer dient dazu, die Ausbreitung von Rauch zu verhindern und so Rettungswege sowie Teile des Gebäudes insgesamt zu schützen. Die Versicherungskammer Bayern hat seit 2007 rund 3000 Exemplare an die Feuerwehren verteilt. Damit leistet sie einen entscheidenden Beitrag – der mobile Rauchverschluss ist inzwischen zur lebensrettenden Standardausrüstung geworden.

Zudem werden aktuell 1.000 Schwimmsauger bis Ende 2021 ausgeliefert, die die Löschwasserentnahme aus Gewässern auch

bei zunehmender Trockenheit ermöglichen.

Brandschutzaufklärung

Auch die Brandschutzaufklärung ist ein wichtiges Thema. Das Infomobil „Richtig Feuer löschen“ ermöglicht seit 1999 kostenlose Schulungen im Umgang mit Feuerlöschern und erreicht dabei jährlich ca. 8.000 Personen. Von der Brandschutzerziehung profitieren Kindern und Jugendliche vom Lern-Ordner „Alles über Feuer und Rauch“, der an alle Grundschulen in Bayern verteilt wurde. Auch Feuerwehren erhielten nützliches Material wie Modellrauchhäuser, mit denen Kindern das Verhalten im Brandfall vermittelt wird, aber auch Brandschutzerziehungskoffer und Notruf-Übungstelefone.

Die Versicherungskammer Bayern bleibt ein verlässlicher Partner der Feuerwehren, um neue Herausforderungen wie Waldbrandbekämpfung oder Naturgefahren zu meistern und virtuelle Ausbildung zu fördern. □

Klimaresilient in die Zukunft:

Konzepte gegen Hitze, Trockenheit und Starkregen

Bundesumweltministerin Svenja Schulze und Umweltbundesamt-Präsident Prof. Dr. Dirk Messner ehren Gewinner des Wettbewerbs „Blauer Kompass“

Ein widerstandsfähiger „Klimawald“, urbanes Grün als kühle „Oase“ inmitten einer heißen Stadt, „Klimabaustoffe“ aus natürlichen Ressourcen und ein Coachingprogramm für Kommunen zur Klimawandelanpassung – das sind die Sieger im diesjährigen Wettbewerb „Blauer Kompass“. Die Projekte wurden im Rahmen der digitalen Konferenz „Klimaresilient in die Zukunft“ von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt ausgezeichnet. Über 550 angemeldete Teilnehmende diskutieren dort zudem über die Umsetzung des zweiten Fortschrittsberichts zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Bestimmte Folgen des Klimawandels werden sich auch mit größten Anstrengungen beim Klimaschutz nicht vermeiden lassen. Darum ist es wichtig, dass Deutschland sich an diese Folgen anpasst. Eine gute Nachricht ist: Viele Anpassungsmaßnahmen tragen zugleich zur Lebensqualität in Deutschland bei. Das zeigen auch die diesjährigen Gewinner des Wettbewerbs Blauer Kompass: Grünflächen können Hitze mindern, wasserdurchlässige Straßen vor Überflutungen schützen und klimafeste Wälder zum Erholen einladen.“ Prof. Dr. Dirk Messner, Präsi-

dent des Umweltbundesamts: „Dieses Jahr hat sich besonders deutlich gezeigt, welche bemerkenswerten Anpassungsfähigkeit unsere Gesellschaft hat. Mit dieser Konferenz möchten wir zeigen, dass wir als Gesellschaft in der Lage sind, dieses Potenzial zur Veränderung auch bei der Anpassung an die Erdüberhitzung auszuschöpfen, um wirksame Klima-Vorsorge zu betreiben. Gerade in den Projekten vor Ort zeigt sich, wie innovativ die Menschen sind – dabei muss der Bund sie auch weiterhin unterstützen.“ Auf der Konferenz diskutiert ein breites Spektrum an Erfah-

ungsträger*innen aus Bund, Ländern und Kommunen, aus Verbänden und Unternehmen, Wissenschaftler*innen und Bildungsträger*innen in vier Sessio- nen über Wege der Umsetzung von Klimaanpassung vor Ort. Thematische Schwerpunkte der Konferenz sind die Vorbeugung von Nutzungskonflikten bei Trockenheit, naturbasierte Lösungen zum Umgang mit Starkregen und Hitze in Städten, der gesundheitliche Schutz von Risikogruppen des Klimawandels sowie Kommunikation und Beteiligung bei konkreten Anpassungsvorhaben. Die besten Praxisbeispiele aus dem vergangenen zwei Jahren wurden mit dem Blauen Kompass ausgezeichnet.

Preisträger des Blauen Kompass 2020

Kategorie 1: private oder kommunale Unternehmen

HanseGrand Klimabaustoffe, Selsingen – „Klimabaustoffe als Reaktion auf den Klimawandel“: Durch die Entwicklung von Klimabaustoffen sind neuartige, offenporige Wegedecken möglich. Die Wasser- und Luftdurchlässigkeit der Klimabaustoffe befördert ein positives Mikroklima. Dies ist vor allem in urbanen Räumen notwendig.

Kategorie 2: Bildungs- und Forschungseinrichtungen

Bayreuther Zentrum für Ökologie und Umweltforschung (BayCEER), Bayreuth – „Klimawald Bayreuth“: Mit dem Klimawald ist in Bayreuth ein widerstandsfähiger Wald entstanden. Durch die CO₂-Speicherung kann er nicht nur einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern zugleich einen Temperaturanstieg von min. 2°C tolerieren. So ist er bestmöglich an klimatische Veränderungen angepasst.

Kategorie 3: Vereine, Stiftungen und Verbände

Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V., Trippstadt (Pfalz) – „Klimawandel Anpassungs-COACH RLP“: Das Projekt berät und unterstützt ausgewählte Kommunen und Kreise in Rheinland-Pfalz bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels so-

Viele Brandstiftungen an Erziehungseinrichtungen

Etwa jeder zehnte Gebäudebrand, den das Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung (IFS) untersucht, geht auf Brandstiftung zurück. „Diese Zahl liegt um den Faktor 2,5 höher, wenn wir in unseren Statistiken ausschließlich Brände in Erziehungseinrichtungen betrachten“, sagt IFS-Geschäftsführer Dr. Hans-Hermann Drews.

Nach Erfahrung des IFS haben viele Brandstifter kein konkretes Motiv, sondern handeln aus der Situation heraus. „Es gibt nicht nur den Gelegenheitsdiebstahl, sondern auch die Gelegenheitsbrandlegung“, so Drews. Hier sehen die Schadenforscher eine Chance für den vorbeugenden Brandschutz.

Ungenutzt bedeutet nicht unbeaufsichtigt

Ein typisches Szenario ist eine brennende Mülltonne, die direkt neben dem Schulgebäude oder unter dem Vordach steht. „Abfalltonnen sollten darum nicht frei zugänglich sein“, rät Drews. Sie sollten außerdem so aufgestellt werden, dass im Brandfall ein Übergreifen der Flammen auf Gebäude unmöglich ist.

Einladend sind für Brandstifter auch die häufigen Zeiten, in denen die Gebäude von Erziehungseinrichtungen ungenutzt sind. In sieben von zehn Fällen wird das Feuer abends oder nachts gelegt. „Nach Schulschluss, an Wochenenden und während der Ferien können Bewegungsmelder und Kameras signalisieren: Ungenutzt bedeutet nicht unbeaufsichtigt“, sagt Drews.

Um den „Einstieg“ von Brandstiftern ins Gebäude zu erschweren, sollten Türen und Fenster während der Nichtnutzung verschlossen und am besten mit einer Gefahrenmeldeanlage gekoppelt werden. Mit diesen Maßnahmen kann nach Einschätzung des IFS eine signifikante Anzahl von Brandlegungen an Schulen und Kindergärten verhindert werden. □



Mit Schwimmsaugern ist eine Wasserentnahme auch aus flacheren Gewässern ohne größeren Aufwand möglich und die Kosten liegen nur etwa bei der Hälfte des Anschaffungspreises für entsprechende Ausrüstung zur Errichtung von Staustellen. Auch der Platzbedarf im Feuerwehrfahrzeug ist deutlich geringer. Zudem kann der Schwimmsauger zum Abpumpen von Wasser aus überfluteten Räumen genutzt werden. Die Versicherungskammer Bayern hat für den gesamten Freistaat rund 900 solcher Sauger zum Stückpreis von etwa 500 Euro angeschafft. Dem Landkreis Passau stellt der Versicherer 16 dieser Sauger zur Verfügung. Florian Ramsl (2.v.l.) von der Versicherungskammer Bayern hat die Sachspende im Gesamtwert von 8.000 Euro stellvertretend an Kreisbrandrat Josef Ascher (v.l.), Landrat Raimund Kneidinger, Kreisfeuerwehrverbandsvorsitzenden Alois Fischl und Egings Bürgermeister Walter Bauer übergeben.

Bild: Landratsamt Passau

Feuerwehrstatistik 2019 für Unterfranken

Würzburg (ruf) – Rund 30.000 Einsätze (genau: 29.928) waren im Jahr 2019 von den 956 freiwilligen Feuerwehren, den 32 Betriebs- und Werkfeuerwehren sowie der Berufsfeuerwehr Würzburg in Unterfranken zu leisten. Insgesamt mussten die Feuerwehren zu 2.407 Bränden ausrücken.

Im Rahmen der Technischen Hilfeleistung (THL) wurden die unterfränkischen Feuerwehren im Jahr 2019 13.232 mal zur Hilfe gerufen. Zum Einsatzspektrum in der Technischen Hilfeleistung zählt die Alarmierung zu 1.531 Verkehrsunfällen, 1.674 Ölspuren oder 1.051 Wohnungsöffnungen bei akuter Gefahr. Auch das Wetter nahm im vergangenen Jahr wieder starken Einfluss auf die Feuerwehren. So mussten die Einsatzkräfte 1.418 Sturmschäden und 540 Unwetterschäden (z.B. vollgelaufene Keller, Überflutung) beseitigen. Über das Jahr verteilt fielen 129 Hochwassereinsätze an und die Feuerwehren mussten bei 377 Wasserschäden Hilfe leisten. Den größten Teil der Technischen Hilfeleistungen bilden inzwischen First-Responder-Einsätze, zu denen die Feuerwehren im Berichtsjahr 3.133 mal alarmiert wurden. Hierbei konnten durch die Hilfe vor dem Eintreffen des Rettungsdienstes 2.323 Personen gerettet werden. Für 118 Personen kam trotz des schnellen Eingreifens leider jede Hilfe zu spät. Gefahren durch ABC-Gefahrstoffe wurden 467 mal bekämpft.

Zahlreiche Fehlalarme

Sicherheitswachen – zum Beispiel bei öffentlichen Veranstaltungen – mussten 8.963 mal geleistet werden. Hinzu kommen 2.330 sonstige Tätigkeiten. In 2.529 Fällen rückten die unterfränkischen Feuerwehren zu Einsätzen aus, die sich vor Ort glücklicherweise als Fehlalarm herausstellten. 1.790 Alarmierungen – dies entspricht 70% der Gesamtsumme – wurden durch die automatische Auslösung von Brandmeldeanlagen oder sonstigen Gefahrenmeldeanlagen veranlasst. Diese hohe Zahl an Fehlalarmen belastet

wie bei der Integration des Themas in Verwaltungsabläufe.

Publikumspreis

Freundes- und Förderkreis GLEKS (Eugen-Kaiser-Schule), 63452 Hanau: „GLEKS – Grüne Lernlandschaften Eugen-Kaiser-Schule“: GLEKS ist ein grünes Großprojekt der Eugen-Kaiser-Berufsschule, das als Lernort und Begegnungsstätte für die Schule und den Stadtteil dient. Im Fokus steht das Urbane Grün als realer Lösungsbeitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung. □

die Feuerwehren in der Praxis erheblich.

900 Menschen gerettet

Durch die Einsätze der Feuerwehren bei Bränden, THL-Einsätzen (ohne First-Responder) und Einsätzen mit ABC-Gefahrstoffen wurden 907 Personen gerettet. Allerdings sind auch 200 Personen bei den Ereignissen ums Leben gekommen und konnten von den Einsatzkräften nur noch tot geborgen werden. Zudem wurden bei den Einsätzen 76 Feuerwehrdienstleistungen verletzt. Ein Feuerwehrmann verunglückte tödlich bei der Rückfahrt von einem Einsatz.

Bei den Freiwilligen Feuerwehren in Unterfranken waren insgesamt 36.983 aktive Mitglieder ehrenamtlich in den Feuerwehren engagiert. Sie leisteten im Jahr 2019 rund 312.000 ehrenamtliche Einsatzstunden

(genau: 312.150). Der Frauenanteil lag bei rund 10% mit 3.851 weiblichen Mitgliedern.

Die Jugend- und Kinderarbeit spielt auch bei den unterfränkischen Feuerwehren eine wichtige Rolle. Sie ist ein bedeutender Teil der Nachwuchsgewinnung für die Wehren. So waren in 673 Jugendgruppen insgesamt 6.362 Jugendliche aktiv.

„Alle diese Zahlen verdeutlichen, dass unsere Feuerwehrangehörigen mit großem Mut und oft unter Einsatz ihres Lebens ihren selbstlosen Dienst an unserer Gemeinschaft leisten. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank“, kommentierte Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann die aktuelle Feuerwehrstatistik. Der Regierungspräsident hofft, dass sich auch künftig zahlreiche Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Freiwilligen Feuerwehren engagieren. Sein Appell richtet sich insbesondere an die junge Generation, die aufgefordert ist, durch den Einsatz in den örtlichen Feuerwehren einen wichtigen ehrenamtlichen Einsatz zu leisten. □

Öffentliche Versicherer verleihen IFStar 2020

Feuerwehr Waldmünchen gewinnt Preis Einsatztaktik für das effiziente Absichern auf Dächern

Die Freiwillige Feuerwehr Waldmünchen aus dem Landkreis Cham ist einer der drei Gewinner des Feuerwehr-Innovationpreises IF Star der öffentlichen Versicherer und des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV). Die Bronzeskulptur IF Star überreichten Florian Ramsl von der Versicherungskammer Bayern, dem öffentlichen Versicherer in Bayern, und Hermann Schreck, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbands. Die Gewinner erhalten zudem je ein Preisgeld in Höhe von 3.500 Euro.

Bereits zum sechsten Mal haben die öffentlichen Versicherer gemeinsam mit dem Deutschen Feuerwehrverband die Auszeichnung für innovative Neuentwicklungen bei deutschen Feuerwehren verliehen. Sie ehren damit Projekte und Konzepte, die dazu beitragen, Personen- und Sachschäden zu mindern und die Feuerwehrorganisation zu stärken. Die Feuerwehr Waldmünchen hat mit ihrer „Einsatztaktik für das effiziente Absichern auf Dächern“ ein auszeichnungswürdiges Verfahren hierfür entwickelt.

Lehrgänge für neu entwickelte Taktik

Während der Schneekatastrophe im Winter 2019 befreiten die bayerischen Feuerwehren hunderte Dächer von der großen Schneelast. Der Landkreis Cham half im Berchtesgadener Land, dabei kam die neu entwickelte Taktik erstmals zum Ein-

satz. Benjamin Schlegl, Vorstand der Waldmünchner Feuerwehr erklärt: „Bei der Schneekatastrophe stellte sich die Methode als große Hilfe dar. Mittlerweile schulen wir diese Methode auch in eigenen Lehrgängen.“

Vorteil des Verfahrens ist, dass es auch funktioniert, wenn keine Drehleiter verfügbar ist oder aufgestellt werden kann. Dabei wurden einfallsreiche Ideen umgesetzt, wie etwa die Verwendung einer Seilschleuder, um das erste Seil erst einmal auf das Dach zu bekommen.

Die Gewinner setzten sich gegen zahlreiche andere Projekte von hoher Qualität durch.

„Als Versicherer der Kommunen unterstützen wir die Feuerwehren mit zahlreichen Projekten und wissen wie erfindungsreich diese sind“ freut sich Claudia Scheerer, Pressesprecherin des Konzerns Versicherungskammer „die Idee der Waldmünchner passt gut zu unserem Motto: Ein Stück Sicherheit.“ □

DStGB-Positionspapier:

Neustart für den Tourismus in Stadt und Land

Die herausfordernde Situation im Deutschlandtourismus wirkt sich umfassend auf die Städte und Gemeinden aus. In einem neuen Positionspapier fordert der DStGB daher eine Neuausrichtung der Nationalen Tourismusstrategie, eine stärker koordinierende Rolle des Bundes und konkrete Hilfen für die Tourismusakteure.

Die Dimension der Corona-Pandemie zeigt sich aus Sicht des Kommunalverbands besonders im Tourismus, der im Zuge des Lockdowns praktisch komplett zum Erliegen gekommen sei. Wegbleibende Gäste und die herausfordernde Lage der Tourismusakteure wirkten sich umfassend auf die Städte und Gemeinden aus, wenn Arbeitsplätze verloren gehen und Steuereinnahmen wegbrechen.

In den vergangenen Monaten habe sich das Bild in den Destinationen und bei den touristischen Unternehmen und Einrichtungen weiter gewandelt: Sehr gut besuchten klassischen Urlaubsgebieten und wiederentdeckten deutschen Regionen standen große Probleme im Städtetourismus und dem Veranstaltungs- und Kongressbereich gegenüber. Hinzu kommt, dass die Einnahmeausfälle des Frühjahres vielerorts nicht nachgeholt werden konnten. Daher braucht es neben den Wirtschaftshilfen und dem kommunalen Rettungsschirm laut DStGB eine Perspektive und gezielte Förderung, um unter Gewährleistung der Abstands- und Hygieneregeln die gesamte Branche beim Neustart zu stützen.

Stärkung des ÖPNV

Einen maßgeblichen Standortfaktor für die Tourismusgemeinden und das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse stelle die Erreichbarkeit insbesondere mit dem Schienenpersonenverkehr dar. Anstelle eines Rückzugs der Bahn aus der Fläche bedürfe es daher zusätzlicher Streckenreaktivierungen und einer finanziellen Stärkung des Gesamtsystems ÖPNV aus Bussen und Bahnen. Damit könnten zugleich die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung erreicht und die Nachhaltigkeit des Tourismus gefördert werden.

Daneben müsse durch einen konsequenten Erhalt Ausbau der Radinfrastruktur das immer bedeutendere Segment des Fahrradtourismus weiter gefördert werden. Hierbei ergäben sich zugleich Synergien zum für die Verkehrswende notwendigen Ausbau der Pendler-Verbindungen für Radfahrende. Deutschland benötige zudem ein verlässliches und vor allem flächendeckendes Schnelladenetz, um den Wandel zur Elektromobilität flächendeckend zu ermöglichen und touristische Regionen hierbei nicht abzuhängen. Die Nutzung digitaler Dienste durch die Reisenden und die Bereitstellung digitaler Angebote durch die Destinationen setze das Vorhandensein eines flächendeckenden Mobilfunk- und Breitbandnetzes und unabdingbar voraus. Bund und Länder müssten hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit auch hier Regionen nicht abgehängt werden.

Kongress- und Messegewerbe

Um Wertschöpfungsketten auch im Kongress- und Messegewerbe wieder in Gang zu setzen, sollte ein gesondertes Investitionsprogramm aufgelegt werden, womit die Technik für innovative Formate mit Präsenz- und Online-Teilnahmen entwickelt und das Personal geschult werden kann. Um den Städtetourismus zu unterstützen,

müssten zudem der Einzelhandel und die Gastronomie gestärkt werden. Die Städte seien hier gefordert, Verkehrs- und Einzelhandelskonzepte zu entwickeln, die den Anforderungen von Tagesbesuchern und Übernachtungsgästen entsprechen.

Potenziale der Städtepartnerschaften

Im internationalen Kontext könnten nun auch die Potenziale der ca. 6.500 Städtepartnerschaften für den Tourismus genutzt werden. „Diese bieten ein großes Potential, um von kommunaler Seite im Ausland für den örtlichen Tourismus und ganze Tourismusregionen zu werben und sollten daher systematisch in die Tourismusförderung mit eingebunden werden. Die Schaffung neuer und die Reaktivierung bestehender Partnerschaften sollte einen besonderen Stellenwert auf der politischen Agenda der Städte haben“, heißt es weiter.

Caravan-Tourismus

Im Zuge der Corona-Pandemie nicht nur in ländlichen Regionen, sondern auch in den Städten weiter an Bedeutung gewonnen hat der Caravan-Tourismus. Die Reisenden sind oft solvente Gäste, die z.B. Gastronomie, Museen oder den Einzelhandel im Umfeld stärken. Ähnliche Entwicklungen sind im Bereich des Wassertourismus zu verzeichnen. Hier gelte es, eine entsprechende und ansprechende Infrastruktur im Bereich der Stell- und Liegeplätze zu schaffen bzw. auszubauen, die hohen Anforderungen an herkömmlicher und digitaler Ausstattung entspricht.

Hierdurch könnten neue Be-

reiche erschlossen werden, die dabei helfen, Verluste aus anderen Segmenten auszugleichen. Auch im Bereich des Bustourismus könne besonders durch geeignete Parkplätze, guten Service für Anbieter und Gäste sowie besondere Hygiene-Konzepte ein Beitrag geleistet werden, um auf verändertes Reiseverhalten zu reagieren.

Digitalisierung

Auch im Tourismus hat die Digitalisierung an Bedeutung gewonnen. Neben Informations- und Buchungssystemen bieten sich laut DStGB beispielsweise Möglichkeiten zu kontaktlosem Bezahlen bis hin zu einer intelligenten Steuerung von Besucherströmen durch Ampelsysteme.

Die Tourismusförderung betreffe die unterschiedlichsten Bereiche: von der Stadt- und Dorferneuerung über die Sport- und Gesundheitsförderung bis hin zur Kultur- und Baukulturförderung. „Insofern ist die Förderlandschaft von EU, Bund und Ländern durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Förderprogrammen geprägt, die gerade für Kommunen mit geringerer Verwaltungskraft immer schlechter zu durchdringen ist. Es bedarf daher einer guten Koordination und Bündelung der Tourismusförderung und einfacher Antragsverfahren für die Förderempfänger“, heißt es in dem Papier.

Erhöhung der GRW-Mittel

Ein wesentlicher Teil der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ könne zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur und Stärkung des touristischen Gewerbes verwendet werden. Die im Zuge des Konjunktur- und Zukunftspakets der Bundesregierung vorgesehene einmalige Erhöhung der GRW-Mittel sollte daher verstetigt werden. Denn

auch vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse sei eine dauerhafte Anhebung der GRW-Mittel angebracht. Somit könnten erhebliche Hebeleffekte für die Wirtschaft vor Ort erzielt werden.

Trotz der Krise bleibt der Fachkräftemangel für viele touristische Regionen weiterhin eine besondere Herausforderung.

Eine Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen kann nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds dazu beitragen, dass touristische Berufe attraktiver und so dem Fachkräftemangel begegnet wird.

Neben der notwendigen Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und der Aktivierung von lebensälteren Arbeitskräften und qualifizierten Flüchtlingen sei

auch eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Zuwanderungspolitik sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Mitarbeiter im Tourismus vonnöten. Zudem sollte der Austausch über den Umgang mit dem Fachkräftemangel seitens des Bundes und der Länder intensiviert werden, um kreative Lösungen stärker zu verbreiten. **DK**

Hoffen auf bessere Zeiten nach Corona

Beirat des Bayerischen Golf- und Thermenlandes tagte online

Landshut. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie schlagen sich enorm in den Zahlen des Bayerischen Golf- und Thermenlandes nieder, dessen Beirat per Videokonferenz tagte. Im Zeitraum von März bis Juli 2020 belief sich der Verlust im Zuge der Betriebs- und Thermenschließungen auf knapp 450 Millionen Euro, wie Alexander von Poschinger, Marketingleiter des Bayerischen Golf- und Thermenlandes, den Beiratsmitgliedern erörterte.

Von Poschinger ging rückblickend auf die Vielzahl an Marketingmaßnahmen ein, die während der Krise vor allem im Onlinebereich stattgefunden hatten. Dadurch war es geglückt, dass sich die Zahlen im Juli und August wieder etwas erholen konnten. Auch zeigte er anhand einer Studie auf, wie sehr gerade der Einzelhandel von den Tagesgästen in der Region profitiert.

Hoffnung auf Impfstoff

Eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 1,7 Milliarden jährlich entfällt auf das Bayerische Golf- und Thermenland. Etwa die Hälfte davon geht an das Gastgewerbe, zu je einem Viertel profitieren Einzelhandel und der Dienstleistungssektor. Bis Februar rechnet der Marketingleiter für den Tourismus noch mit „düsteren Monaten“, hofft jedoch, genau wie der gesamte Beirat, dass sich gerade auch durch die schnelle Entwicklung in Sachen Impfstoff, die Situation danach verbessert. Positiv zu werten während der Krise waren die vielen Anfragen von Pressevertretern nach Ausflugs-tips in der Region. „Hier konnten wir aus den Vollen schöpfen“, so von Poschinger, der sich freute, dass damit viele werbewirksame Veröffentlichungen er-

schienen, die keine Kosten verursachten.

Zudem dankte er Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich für die aktive Einbindung der Touristiker im Zuge der Neustrukturierung der niederbayerischen Thermalbäder. „Wir sehen gerade jetzt, wie existenziell wichtig unsere Bäder für die Region sind“, betonte Heinrich seinerseits nochmals. Neben den Thermen werde in Zukunft auch das Thema Radfahren immer wichtiger. Gerade darauf will man sich mit Marketingmaßnahmen im nächsten Jahr konzentrieren.

Marketingmaßnahmen

„Es geht dabei auch um eine bessere Verknüpfung mit Bus- und Bahnanbindungen“, erklärte Alexander von Poschinger. Darüber hinaus ist ein Interreg-Projekt gemeinsam mit Österreich zum Thema Kulinarik angedacht, das Ende 2021 beginnen soll. Auch die Familien- und Genussradtouren sowie die Erlebnisradtouren, die das Gesamtgebiet des Golf- und Thermenlandes einschließen, sollen weiterhin durch einheitliche Beschreibungen für Schwung in der Region sorgen.

Pia Olligschläger, die Geschäftsführerin von Passau Tou-

rismus e. V., die während der Sitzung zur stellvertretenden Vorsitzenden im Beirat gewählt wurde, wertete die Maßnahmen als sehr positiv und hob auch hervor, wie sehr die Stadt Passau touristisch vom Bayerischen Golf- und Thermenland profitiert. Frisch gewählt in den Beirat wurden auch Bad Füssings Bürgermeister Tobias Kurz. Ihm sei es wichtig, dass die Marketingmaßnahmen künftig auch darauf ausgerichtet sein sollten, das Vertrauen der Gäste in die Sicherheitsmaßnahmen vor allem auch in die Thermen vor Ort stärken sollen. „Es hat lange gedauert, bis wir nach dem ersten Lockdown unsere Stammkunden wiedergewinnen konnten. Nun geht es darum, ihr Vertrauen ein zweites Mal zu gewinnen.“

Die Zeit nützen

Welch „große Herausforderungen“ der Tourismus bei den aktuellen Rahmenbedingungen zu leisten hat, betonte abschließend der Beiratsvorsitzende Olaf Heinrich. „Auch wenn wir mit dem neuen Hilfspaket große Unterstützung bekommen: Uns allen wäre es viel lieber, wenn sich der Betrieb nach diesem November schnell wieder normalisiert. Wenn dem nicht so ist, dann dürfen wir die Monate bis zu einer Impfmöglichkeit aber nicht verstreichen lassen, sondern müssen sowohl politisch, als auch in allen anderen Bereichen weiter daran arbeiten, dass es nach Corona wieder bergauf geht.“ **— ml —**

LEW
Netzservice

1 High Performance: Gleichstrom-Akku-Ladestation.

2 Ob E-Bike oder Handy: Komfortables Laden Ihres Akkus.

3 DC

powered by LEW E-Mobility

E-Bike-Ladestationen

LEW bietet drei Varianten, um den Akku wieder aufzutanken:

- E-Bike-Ladestation, die Outdoorlösung als Fahrradständer
- Akku-Ladestation, die kompakte Servicelösung für E-Bike-Akkus, Handys und Tablets
- DC-Akku-Ladestation, die Komfortlösung, auftanken auch ohne Mitnahme des Ladegerätes

Mehr erfahren unter Telefon 0821/328-4777 oder lew.de/e-mobility

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Marktgemeinde Heimenkirch, 3.600 Einwohner/-innen. Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Am 01.05.2008.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Der direkte Kontakt mit den Menschen und die Möglichkeit, im Kleinen auch Großes bewegen zu können.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine Lebens- und Berufserfahrungen seit 1973. Ich habe einen Gesellenbrief im Schreinerhandwerk und bin Diplomverwaltungswirt (FH). Nach dem Studienabschluss im



Seit 2. November gelten verschärfte Kontaktbeschränkungen für unsere Gesellschaft. Unter anderem wurden gravierende Einschnitte für die Gastronomie, den Freizeitsport und kulturelle Veranstaltungen festgelegt. Umso wichtiger ist es, dass wir zur Aufrechterhaltung unserer Gemeinschaft mit der gebotenen Sensibilität so gut als möglich miteinander in Kontakt bleiben. Die Kommunalpolitik kann hier Hilfestellung vor Ort leisten, die

Gesellschaft bitten, unsere lokalen Gaststätten mit ihren „To-Go-Angeboten“, unsere Seniorinnen und Senioren bei Einkäufen und dergleichen sowie unsere Bildungseinrichtungen zu unterstützen. Die Herausforderungen, welche die Corona-Pandemie an uns stellt, werden wir nur gemeinsam gut meistern können. Mittlerweile ist wohl allen klar, dass Corona uns von nun an dauerhaft begleiten wird. Das Winterhalbjahr (und damit die klassische Erkältungszeit) bringt erneute Krisen mit sich. Unter anderem, was die Bildung und Erziehung unserer Kinder in den Kindertagesstätten und der Schule sowie die damit einhergehende Belastung für die Eltern betrifft. Daher bin ich sehr dankbar für unsere die äußerst engagierten Teams an den Schulen sowie in den Kindertagesstätten samt den Elternbeiräten. Die machen das wirklich klasse!

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Nein – bin selbst noch ein „Junger“ 😊

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wöchentliches Jour Fixe im Rathaus, monatliche Treffs mit Bauhof-Team (inklusive Wasserversorgung) und Kläranlagen-Team, jeden Dienstag (10 Uhr) Bürgertreff auf dem Heimenkircher Wochenmarkt, Bürgergespräch zu Beginn jeder Gemeinderatssitzung, Bürgerwerkstätten zu maßgeblichen Themen in der Gemeindeentwicklung sowie als Ideenpool (anzapfen von Wissen und Input aus der Bürgerschaft), Kommunikationsangebot über die Sozialen Medien (Facebook + Homepage), Gemeinderatsklausuren, Führungskräfteklausuren, das Gespräch im Verein, beim Einkaufen und auf der Straße ...

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Kommunen werden hier mit der Zeit gehen, damit sich Gesellschaft und Kommunalpolitik auf Augenhöhe begegnen können. Doch aufgepasst – der persönliche Kontakt ist (auch im Falle erheblicher Kontaktbeschränkungen) das wichtigste Stilmittel für ein gutes Zusammenleben.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Long live rock, n' roll !!!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

So, wie ich bin – der Markus halt... ☐

Markus Reichart

Bezirksverbandsvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Schwaben

Jahre 2000 war ich in einer Einrichtung für lernbehinderte junge Erwachsene tätig. 2002 ging es in die Kommunalverwaltung (vier Jahre Kämmerer bei der Verwaltungsgemeinschaft Argental und bis zur Kommunalwahl 2008 in Heimenkirch für zwei Jahre Geschäftsleiter bei der Gemeinde Reit im Winkel).

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Fast das komplette Gemeinderatsgremium samt Bürgermeister waren neu im Amt. Wir erkannten diese Herausforderung als Chance und haben als eingeschworene Gemeinschaft seither tolle Projekte fortgeführt, die unsere Vorgänger anstießen und viel Neues entstehen lassen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell steht ein gemeindliche Großprojekt vor der Tür – wir sanieren den ehemaligen Brauereigasthof SONNE in unserer Ortsmitte und schaffen Mietwohnungen und Gewerbeflächen. Nun stehen mit den Leistungsphasen 4 und 5 die Genehmigungsplanung sowie die Ausführungsplanung an. Die Abstimmungsprozesse mit der Regierung von Schwaben, dem Planungsteam, der Genehmigungsbehörde (Landratsamt) und weiteren beteiligten Akteuren laufen auf Hochtouren, damit wir unser vom Gemeinderat gestecktes Ziel, das Projekt SONNE in den Jahren 2021 und 2022 umzusetzen, realisieren können. Im Sinne einer Stärkung unseres Kernortes ist dies nach den umfangreichen Vorarbeiten – auch unter engagierter Einbindung unserer Bürgerschaft – schlüssig und zukunftsorientiert. Auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten setzen wir mit der Entwicklung des historischen und Ortsbild prägenden Gebäudes auch ein wichtiges Signal an die Firmen und Dienstleister, welche im Rahmen der Umsetzung beauftragt werden.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Produktion großer Stückzahlen:

Schule in Bayern erhielt professionelles Luftreinigungsgerät

Am Johannes Nepomuk Gymnasium in Rohr wurde jetzt der erste Luftreiniger der WOLF GmbH in einer Schule in Bayern aufgestellt. Der Freistaat Bayern hatte als erstes Bundesland Gelder bereitgestellt, um schlecht zu belüftete Klassenräume mit Luftreinigungsgeräten auszustatten.

Ausgerüstet mit HEPA Hochleistungsfiltern ermöglicht der speziell für Klassenzimmer entwickelte Luftreiniger „AirPurifier“ eine effektive Abscheidung (gemäß DIN EN 1822) von 99,995 Prozent aller Bioaerosole, wozu auch Viren und Bakterien gehören, sowie weiterer Schadstoffe. Pro Stunde wird die Raumluft bis zu sechsmal gefiltert. Bauliche Maßnahmen sind für die Installation nicht notwendig, lediglich ein herkömmlicher Steckdosenanschluss wird benötigt.

„Die Hygienekonzepte funktionieren an unserer Schule bislang gut, doch mit Blick auf das Winterhalbjahr machen wir uns sehr viele Gedanken, wie Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte besser geschützt werden können. Um den Präsenzunterricht, der für die schulische Entwicklung ganz essentiell ist, so-

lange wie vertretbar aufrecht zu erhalten, können Luftreiniger einen wichtigen Beitrag leisten“, sagt die Direktorin des Johannes Nepomuk Gymnasiums Carola Reim (OStD i. K.).

„Luftreinigungsgeräte sind überall dort sinnvoll, wo eine adäquate Lüftung über die Fenster nicht möglich ist. Sie ersetzen das Lüften nicht, sind aber in der Lage die negativen Auswirkungen unzureichender Lüftungen effektiv zu mindern. Eine nachhaltige Lösung sind raumlufttechnische Anlagen, welche mit 100% frischer Außenluft betrieben werden“, sagt Dr. Thomas Kneip, Vorsitzender der Geschäftsführung bei der WOLF GmbH.

Allein in den vergangenen zwölf Monaten hat die WOLF GmbH bundesweit rund 300 Bildungseinrichtungen mit hochwertigen raumlufttechnischen

Anlagen ausgerüstet. Mit dem Luftreiniger „AirPurifier“ ergänzt jetzt eine kostengünstige und schnell anwendbare Lösung speziell für Klassenzimmer die Produktpalette.

Mehr Informationen rund um das Thema gesundes Raumklima an Schulen unter www.wolf.eu/schulen

Führender Systemanbieter

Die WOLF Group zählt zu den führenden Systemanbietern von Heizungs- und Lüftungssystemen. Gemeinsam mit ihrer Muttergesellschaft, der börsennotierten CENTROTEC SE, gehört sie zu den führenden Komplettanbietern für Energiesparlösungen im Bereich der Gebäudetechnik. Mit circa 2.100 Mitarbeitern an allen Standorten und 60 Vertriebspartnern in über 50 Ländern ist WOLF international aufgestellt und erwirtschaftete 2019 einen Jahresumsatz von rund 404 Mio. Euro. Das Unternehmen positioniert sich als „Experte für gesundes Raumklima“ und unterstreicht diesen Anspruch mit der klaren und verbindlichen Aussage: „WOLF – Voll auf mich eingestellt.“

Weitere Informationen unter www.wolf.eu.

Neue Angebote für Abhängige

Suchthilfe: Bezirk unterstützt progressive Initiativen in Würzburg und Miltenberg

In den vergangenen Monaten wurde offensichtlich, dass Drogenabhängige dringend eine Anlaufstelle brauchen, wo sie sich tagsüber aufhalten können: Das im August 2019 eröffnete „Kontaktcafé“ in Würzburg wird durchgehend gut frequentiert. „Das Projekt ist bisher sehr erfolgreich verlaufen“, lobte auch Peter Ditzte, Sozialverwaltungschef des Bezirks Unterfranken. Aus diesem Grund soll es nun dauerhaft gefördert werden.

Betrieben wird das Kontaktcafé von Condrobs, einer Non-Profit-Organisation aus München, die in Unterfranken vor allem in der Suchthilfe tätig ist. Laut Condrobs-Mitarbeiterin Karin Wigganhauser wird das Kontaktcafé täglich von 30 Drogenabhängigen besucht. In der Einrichtung werden die Besucher psychosozial beraten. Sie können gebraucht gegen frische Spitzentauschen. Außerdem finden sie in der Küche, der Hauswirtschaft und der Hausmeisterei eine Beschäftigungsmöglichkeit.

Dauerhafte Einrichtung

Künftig soll das Kontaktcafé nicht mehr lediglich ein Projekt sein: Trotz angespannter Haushaltslage beschloss der Sozialausschuss, die Einrichtung auf Dauer zu fördern und das Personal aufzustocken. Voraussetzung ist, dass die bisherigen Kooperationspartner, Jobcenter Würzburg sowie Stadt und Landkreis Würzburg, weiter mitfinanzieren. Zudem sollen alle unterfränkischen Landkreise und kreisfreien Städte, die das Kontaktcafé bislang noch nicht finanziell unterstützten, aufgefordert werden, sich an den Kosten zu beteiligen.

In das Kontaktcafé kommen Drogenabhängige aus ganz Mainfranken. Die Einrichtung sichert laut Wigganhauser das Überleben der oft mehrfachbelasteten Suchtkranken. Weil das Kontaktcafé so wichtig ist, wurde es auch während des letzten Lockdowns im Notbetrieb fortgeführt. Junkies, Substituierte und Ex-User erhielten ein warmes Mittagessen zum Mitnehmen, sie konnten wie gehabt Spritzen tauschen, bekommen kostenlos Kondome, wurden weiter psychosozial beraten und bei der Suche nach einem Entgiftungsplatz unterstützt. Nur der

Nach Versetzung an das LGL:

Solidaritätsbekundung mit Dr. Pürner

Hohe Wellen schlägt die Versetzung des bisherigen Leiters des Gesundheitsamts Aichach-Friedberg, Dr. Friedrich Pürner, an das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Der schwäbische Amtsarzt hatte sich kritisch mit der seiner Auffassung nach sinnlosen Maskenpflicht in Schulen und Kindergärten, der Schließung von Klassen oder ganzen Schulen wegen positiver Testergebnisse sowie der bayerischen Corona-Teststrategie auseinandergesetzt.

Über 300 Kollegen aus dem Bundesgebiet haben sich in der Folge mit Pürner solidarisiert. In einem Offenen Brief an die Bayerische Staatsregierung fordern die Mediziner die Rücknahme der „Strafversetzung“. Dr. Pürner habe als Wissenschaftler und Arzt vom unverbrüchlichen Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, ohne dass seine Dienstpflichten als Leiter des Gesundheitsamts Aichach-Friedberg hierunter gelitten hätten, heißt es in dem Schreiben. Die von ihm als Arzt und Epidemiologe geäußerten Positionen zu unter Fachleuten ohnehin umstrittenen Maßnahmen und Verordnungen der bayerischen Regierung seien zu jedem Zeitpunkt wissenschaftlich fundiert und ohne jedes parteipolitische Konnotat gewesen.

„Seine Abordnung an das LGL stellt einen in unseren Augen inakzeptablen autoritären Versuch dar, legitime und in der aktuellen Situation besonders notwendige ärztlich-wissenschaftliche Diskussionen zu unterdrücken“, betonen die Unter-

Aufenthalts in den Räumen war nicht möglich.

In Miltenberg gibt es seit September ein neues Projekt zur Qualifizierung und Beschäftigung von Menschen mit einer Suchterkrankung oder gravierenden psychischen Problemen. Träger ist „MIL – Mitten im Leben“, eine gemeinnützige Unternehmensgesellschaft zur Gestaltung inklusiver Lebensräume. MIL schuf zwölf Plätze für Betroffene, die aktuell keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Bisher blieb diesen Personen nur, eine Werkstätte für behinderte Menschen zu besuchen. Durch das Bundessteilhabegesetz sind neuerdings Alternativen zur Werkstätte möglich. Im Fachjargon heißen die neuen Einrichtungen „Andere Leistungsanbieter“.

Statt Vorwürfen angemessene Interessensvertretung

Laut Geschäftsführerin Yvonne Schnellbacher richtet sich das Angebot in erster Linie an Menschen, die seit vielen Jahren abhängig oder chronisch psychisch krank sind. In den meisten Fällen haben die Betroffenen mindestens zwei, oft sogar mehrere Diagnosen. Gemeinsam ist den Klienten außerdem, dass sie viele Jahre schon keine Arbeit mehr haben und entsprechend demotiviert sind. Am Beginn der Maßnahme geht es darum, soziale Kompetenzen zu vermitteln. „Statt Vorwürfe zu machen, sich gegenseitig zu beleidigen oder gleich aufzugeben und sich zurückzuziehen, werden Wege aufgezeigt, wie es möglich ist, seine Interessen angemessen zu vertreten“, sagt Schnellbacher.

Das 9. Sozialgesetzbuch schuf die rechtliche Grundlage für das neue Angebot. Diesem Gesetzeswerk zufolge haben auch be-

hinderte Menschen das Recht, zu wählen, wo sie beschäftigt sein wollen. Das MiL-Projekt ist sozialräumlich angelegt, was bedeutet, dass die Klienten in Jobs in der Nähe ihres Wohnorts vermittelt werden. „Träger der Behindertenhilfe können nicht allein für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zuständig sein“, erläutert Schnellbacher. Industrie, Handwerk, Dienstleister und Handel müssten mit dafür sorgen, „dass Menschen am Rande der Gesellschaft wieder in die Mitte des Arbeitslebens zurückgeführt werden“.

Dass Hilfen für Suchtkranke früher oft nicht funktionierten, lag an einem Kernproblem in ihrer Konzeption, so Schnellbacher weiter: Von schwer abhängigeitskranken Klienten wurde erwartet, dass sie abstinenz werden.

Wer diese Voraussetzung nicht erfüllte, erhielt keine Unterstützung. Heute geht es in der Suchthilfe zunächst darum, in Phasen des akuten Gebrauchs von Rauschmitteln das Überleben zu sichern. Gesundheitliche Probleme sollen minimiert, soziale Desintegration verhindert werden. Erst danach wird geschaut, ob es gelingt, Zeiten der Abstinenz zu verlängern und die Menge der konsumierten Drogen zu reduzieren. Vision bleibt ein drogenfreies Leben.

Pat Christ

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chessel vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 54 vom 01.01.2020

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Green Deal regional

Metropolregion Nürnberg stellt ihren Ansatz zur Energie- und Mobilitätswende bei der digitalen Europäischen Woche der Städte und Regionen vor

Im Rahmen der Europäischen Woche der Städte und Regionen (European Week of Cities and Regions), die in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie im digitalen Format stattfand, hat die Europäische Metropolregion Nürnberg einen Workshop zum Thema „Green Deal – Regional“ angeboten. Der Workshop zeigte Handlungsfelder des „European Green Deals“ auf stellte ganz praktische regionale Beispiele vor, die bereits in den Bereichen Energie und Mobilität unter anderem in der Metropolregion Nürnberg umgesetzt werden. Moderiert wurde der Workshop durch Erich Maurer, Geschäftsführer der Energieagentur Nordbayern.

Mit seinem einleitenden Vortrag erklärte er den Grünen Deal, die Gesamtstrategie der Europäischen Kommission unter Ursula von der Leyen mit dem Ziel, Europa bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Für die Metropolregion bedeutet dies vor allem eine Stärkung der Stadt-Land-Beziehungen.

Eigene Potenziale reichen nicht aus

„Den großen Energiebedarf der städtischen Zentren können diese nicht allein durch ihr eigenes Potenzial an Erneuerbaren Energien decken. Hier müssen Städte und ländliche Räume zusammenarbeiten und die sehr unterschiedlichen Potentiale zur Umsetzung bringen“, so Maurer. So haben Analysen der Energieagentur gezeigt, dass die Metropolregion Nürnberg perspektivisch bis zu 85 Prozent des Energiebedarfs mit regional erzeugten Erneuerbaren Energien decken kann. Dieses Ziel wurde 2017 mit dem Klimapakt im Rat der Metropolregion ausgerufen. „Die Umstellung auf eine klimafreundliche Energiever-

sorgung und Mobilität können wir nur gemeinsam mit unseren Partnern in der Metropolregion Nürnberg und unseren Partnerstädten in Europa bewältigen. Deshalb beteiligt sich die Stadt Nürnberg am „Green Deal Regional“ und bringt seit mehr als 10 Jahren die Kommunen der Metropolregion Nürnberg im Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zusammen – für die Umsetzung unseres anspruchsvollen Klimapakts“, so Britta Walthelm, Geschäftsführerin des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Metropolregion Nürnberg.

Beispiel Treuchtlingen

Ein Beispiel aus der Region brachte Bürgermeisterin Dr. Kristina Becker der Stadt Treuchtlingen ein. In ihrer Stadt wird die vorrangig aus regionaler Biomasse gewonnene Erneuerbare Energien in ein vernetztes Heizsystem eingespeist, welches bereits einige öffentliche Gebäude der Stadt beheizen kann. Mit Blick auf die ländlichen Gebiete sei es weniger wichtig, solche Heizsysteme flä-

chendeckend auszubauen, sondern vielmehr den ländlich gelegenen Ortsteilen der Kommune Hilfestellungen anzubieten, die die Möglichkeiten zur lokalen Selbstversorgung stärken.

Europäische Partnerregionen

Auch europäische Partnerregionen stellten ihre Leuchtturmprojekte im Bereich Energie und Mobilität vor. So präsentierte Eduard Maldonado von der Metropole Nice Cote D'Azur die Bemühungen der Stadtregion, den Energieumsatz durch Geothermalenergie nachhaltig zu gestalten. Aus Nürnbergs Partnerstadt Glasgow berichtete Stadträtin Julie Robertson von dem integrierten Ansatz der Stadt, das stark auf die Abfrage der Bedürfnisse und auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Fragen der Mobilität und der Energieversorgung setzt. Insgesamt nahmen am Workshop und der abschließenden lebendigen Diskussion rund 50 Personen aus ganz Europa teil. Der Workshop ist auch nachträglich online abrufbar unter <https://euregionsweek2020-video.eu/video/green-deal-regional>.

Mehr zum Engagement der Metropolregion Nürnberg zu Mobilität und Klimaschutz unter www.klimaschutz.metropolregionnuernberg.de Die Aktivitäten des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung werden von den Volksbanken Raiffeisenbanken unterstützt. □

Integrationspreis Unterfranken:

Auszeichnung nachhaltiger Konzepte

Infolge der durch das Coronavirus bedingten Auswirkungen konnte die Verleihung des unterfränkischen Integrationspreises in diesem Jahr nicht im Rahmen eines feierlichen Festaktes stattfinden. Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann gratulierte den drei Hauptpreisträgern und einem Sonderpreisträger deshalb auf dem Postweg und bedankte sich für deren vorbildliche Verdienste.

Der erste Preis des Integrationspreises Unterfranken, dotiert mit 2.500 Euro, ging an die Gemeinschaft Sant'Egidio e.V., Würzburg. Mit dem Projekt „Samstags-Akademie für Auszubildende mit Migrationshintergrund“ begleitet die Gemeinschaft Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bei der Berufsausbildung und unterstützt sie dabei, das Ausbildungsziel zu erreichen. Einmal in der Woche treffen sich die Auszubildenden gemeinsam mit ihren Lernhelfern in den Räumlichkeiten der Sprachschule Sant'Egidio, um Hausaufgaben anzufertigen oder um sich auf anstehende Prüfungen vorzubereiten. Durch den Unterricht und

gemeinsame Freizeitaktivitäten lernen sich Auszubildende und Lernhelfer besser kennen und es findet zudem ein interkultureller Austausch statt.

Über den zweiten Preis (1.500 Euro) darf sich der Integrationsbeirat der Stadt Schweinfurt freuen. Unter dem Motto „Zukunft findet GEMEINSAM statt!“ startete der Beirat im Februar 2020 eine Kampagne, um in der Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass Migrantinnen und Migranten ein fester Bestandteil der Gesellschaft in Schweinfurt sind. Hierbei werden diejenigen, die bereits durch ehrenamtliches Engagement, Arbeit oder eine Familiengründung gut in die Gesellschaft integriert sind, unter Zuhilfenahme verschiedener Publikationsformen, wie beispielsweise Plakate, Faltblätter, Rollups oder auch kürzere Videoclips, durch Veröffentlichung eines Fotos und eines kurzen Lebenslaufes vorgestellt. Darüber hinaus gibt es auch Informationsstände in der Innenstadt und an verschiedenen Schulen in Schweinfurt. Zudem bewirbt der Integrationsbeirat die Kampagne im Internet.

Den mit 1.000 Euro dotierten 3. Preis erhielt die Kissinger Begegnungszentrum der Kulturen e.V. 2018 wurde der Verein Kissinger Begegnungszentrum der Kulturen gemeinsam von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gegründet. Mit der Vereinsgründung und der Anmietung von Räumlichkeiten in Bad Kissingen wurde ein fester Treffpunkt geschaffen, an dem sich Menschen unterschiedlicher Herkunft begegnen und austauschen können. DK

KLJB und BDKJ:

Gemeinsamer Religionsunterricht

Zur Einigung der katholischen und evangelischen Kirche in Bayern mit der Staatsregierung über einen zeitweise möglichen konfessionsverbindenden Religionsunterricht erklärt Julia Mokry, als Landesbeauftragte der KLJB Bayern Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der Landesstelle des BDKJ Bayern: „Die Corona-Krise fordert heraus und weist uns zugleich neue Wege – ein gemeinsamer christlicher Religionsunterricht schafft vor allem neue Räume für junge Menschen, über ihre Erfahrungen und das Zusammenleben in der Krise zu sprechen. Dafür sind zur Zeit viel zu wenig Möglichkeiten vorhanden, wenn außerschulische Jugendarbeit und Klassenfahrten nur eingeschränkt möglich sind.“

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Na, da stampft einer aber ganz ordentlich mit seinen Füßchen auf vor Zorn. Sicherlich ist nichts schwerer als zu verlieren, außer vielleicht von der Macht und von Privilegien Abschied nehmen zu müssen. Aber so ist Demokratie: Einer gewinnt, einer verliert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kommentiert den quälend langen Abschied von Donald Trump vom Präsidentenamt.

Tatsächlich erinnert sein Verhalten seit dem 3. November 2020 stark an ein verzogenes Einzelkind, das zum ersten Mal in seinem Leben im Kindergarten beim Mensch ärgere Dich nicht verliert. Zuhause haben es die Eltern immer gewinnen lassen, aus Panik vor seinem Jähzorn und auf einmal ist es mit der kalten Realität der sozialen Interaktion kon-

Von guten und von schlechten Verlierern

frontiert. Auch Trump ist offensichtlich nur von Menschen umgeben, deren Wortschatz sich auf „Yes, Mr. President“ beschränkt. Keiner scheint im Kreuz zu haben, was Wolfgang Schäuble empfiehlt: „Es isch, wie es isch und es isch über“.

Allerdings muss man ihm natürlich eines zugestehen: Es ist ein wohlverbrieftes Recht in jedem demokratisch verfassten Land, dass die Ergebnisse von Wahlen überprüft werden, nötigenfalls auch vor Gericht. Diese sehr naserümpfenden Kommentare in einigen Medien über Trumps Anwälte und seine Klagen in einzelnen Bundesstaaten sollte man lieber lassen. Auch in Deutschland hatten wir schon Wahlabende, an denen beständig verkündet wurde, dass eine Partei es mit ein paar hundert Stimmen Vorsprung in den Landtag geschafft habe, bis sich im Laufe der Nachprüfung herausstellte, dass ein Wahlhelfer versehentlich einen Paken Stimmzettel auf einen falschen Stapel legte.

Die wichtigen Worte im letzten Absatz sind daher Nachprüfung und versehentlich. Denn es gilt für unser System, wie das der Vereinigten Staaten: Nobody is perfect, aber alles wird nochmal nachkontrolliert – bis hin zu einer zweiten händischen Auszählung wie derzeit im Staate Georgia. Das ist auch nicht be-

denklich oder gar Anlass zur Sorge. Und nochmal, auch Klagen vor Gerichten sind legitim, wenn man glaubt, eine Unregelmäßigkeit sei nicht korrigiert worden. Selbstverständlich kann man vor Gericht auch gegen Bestimmungen des Wahlrechts vorgehen, wenn man mit ihnen demokratische Grundsätze verletzt sieht. Diesseits und jenseits des Atlantiks muss es solche Möglichkeiten geben.

Bedenklich wird es – und darum hat es dieses ja wahrhaftig weltpolitische Thema in diese Kolumne geschafft –, wenn nicht faktenbasiert argumentiert, sondern einfach drauflos verdächtig wird. Ohne jedweden Beweis wird unterstellt, dass Stimmzettel vernichtet oder ausgetauscht wurden, Tote mitwählen durften oder die Auszählungssoftware manipuliert sei. Die Wahl wurde gestohlen – punktum. Wer, wie, wo, diese einfachen Fragen werden dabei nicht beantwortet. OK, das amerikanische Rechtssystem ist stark und die Medien nehmen ihre Wächterrolle wahr, auch wenn sie eigentlich gute Geschäfte als Trump-Echokammern gemacht haben. Aber was hinterlässt es in den Köpfen der Wähler?

Der Grundverdacht, dass bei Wahlen, diesen Hochämtern der Demokratie, etwas nicht stimmen könnte, dass sinistre Mächte mit Hilfe von Manipulation und schmutzigen Tricks nicht denjenigen ins Amt lassen, der von der Mehrheit gewählt wurde, sondern einen ihnen genehmen Mainstreampolitiker, ist für die Demokratie insgesamt brandgefährlich. Denn mir sage keiner, so etwas könnte bei uns nicht passieren. Wer sieht, wie sich auch hierzulande Parteien radikalisieren, dass Pegida immer noch sein Unwesen treibt und amtsbekannte Radikale bei Demonstration das große Wort führen, der spürt: Wir müssen wachsam sein.

Mein Chef, der Bürgermeister, will deshalb die Geschehnisse in Amerika zum Anlass nehmen, mit den Bürgern noch intensiver über das Wesen unserer Demokratie zu sprechen. Denn er teilt die Ansicht von Norbert Röttgen: „Populismus erzielt Resonanz, aber am Ende gewinnt der Anstand. Aufbruch und Anstand sind eine unschlagbare Kombination, auf die man als Politiker setzen sollte“.

ihre
Sabrina

Europaregion Donau-Moldau:

Neuer Vorstand

Bei der Mitgliederversammlung des Trägervereins der Europaregion Donau-Moldau in Dingolfing ist der niederbayerische Bezirkspräsident Dr. Olaf Heinrich als Vorsitzender bestätigt worden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der neue Passauer Landrat Raimund Kneidinger gewählt, während sein Vorgänger Franz Meyer, Altlandrat von Passau, aus dem Gremium verabschiedet wurde. Beisitzer bleiben weiterhin die Landräte Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau) und Rita Röhl (Regen) sowie der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr.

Wie sehr Niederbayern von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der vergangenen Jahre und Jahrzehnte profitiert hat, haben laut Heinrich zuletzt die Corona-Krise und die Probleme im Zuge der Grenzschließungen im Frühjahr gezeigt. Dementsprechend wichtig sei nach wie vor die Aufgabe der Europaregion Donau-Moldau (EDM), die europäische Einigung und die länderübergreifende Zusammenarbeit weiter voranzutreiben.

Sieben Partnerregionen

Die trilaterale Arbeitsgemeinschaft besteht aus sieben Partnerregionen: Oberösterreich, niederösterreichisches Most- und Waldviertel, Niederbayern, Oberpfalz sowie den tschechischen Bezirken Pilsen, Südböhmen und Vysočina. Die Regionen wollen sich als Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zusammenschließen. Aus Heinrichs Sicht „ist dies wichtig, um in Zukunft an europäische Mittel zu kommen“. Bedauerlicherweise komme man hier jedoch nicht schneller voran. In Tschechien gebe es seit

region.org). Neben kulturellen Aktionen im Grenzraum (Themenflyer, Sprachkurse, Exkursionen), für die Barbara Daferner ebenso verantwortlich ist, seien gerade die Kooperationen von Hochschulen so interessant, weil diese von der Europäischen Kommission hochgefordert werden.

Begleitung der Antragsteller durch die Förderprogramme

Dass viele Millionen Euro an Fördermitteln bereits in die Region geflossen sind, darauf verwies Verena Pfeffer. Sie unterstützt und begleitet Antragsteller in verschiedenen Förderprogrammen, betreut bereits bewilligte Projekte auch weiterhin, stellt Kontakte zu internationalen Projektpartnern her und vieles mehr.

Allein aus dem Interreg B-Mitteleuropaprogramm sind seit 2016 über 20 Projekte bewilligt worden und dadurch rund 4,7 Millionen Euro in die Region geflossen. Ab dem nächsten Jahr kommt zu den bestehenden Förderprojekten noch ein neues hinzu: Das Alpenraum-Programm war bisher nur auf die Bezirke Oberbayern und Schwaben begrenzt, wird im Jahr 2021 aber auf ganz Bayern ausgedehnt.

Gleich zu Beginn der Sitzung war der Campus GmbH Burghausen, der neue Standort der Technischen Hochschule Rosenheim, zu einem fördernden Mitglied ernannt worden. Mit diesem Status kann der Campus die Europaregion Donau-Moldau aktiv unterstützen. DK

Runde Tische für gemeinsame Themen

Durch eine konkrete Befragung von gut 30 Teilnehmern wollte man noch besser herausfinden, worin genau sie Unterstützung brauchen. „Aufbauend darauf werden wir nun zu diesen Themen runde Tische einrichten“, so Maihorn. Mittlerweile gebe es auch eine Webseite, auf der man sich über ein Studium in der EDM informieren kann (www.studieren-in-der-europa-

Turbo für Digitalisierung an Schulen

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner stimmte sich mit Bürgermeistern ab

Aiglsbach/Volkenschwand. Die beiden VG-Gemeinden Aiglsbach und Volkenschwand haben neue 1. Bürgermeister. Bei der Kommunalwahl setzten sich Leonhard Berger bzw. Franz Högl durch und lenken seither die Geschicke ihrer Gemeinden. Bundestagsabgeordneter Florian Oßner besprach deshalb mit beiden die aktuellen Projekte in den Gemeinden. Eine „gesunde Rivalität“ herrsche zwischen Aiglsbach und Volkenschwand, berichteten Berger und Högl schmunzelnd dem Abgeordneten.

Die Zusammenarbeit in der Verwaltungsgemeinschaft Mainburg sei gut, da man Synergieeffekte nutzen und eigene Schwerpunkte setzen könne. Beide Gemeinden legen Wert auf den Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Digitalisierung. „Zum neuen Schuljahr haben wir eine offene Ganztagschule eingerichtet. Vorerst kommt diese in den Räumlichkeiten unserer Mehrzweckhalle unter. Im Schuljahr 2021/22 geht dann die eigentliche Schule in Betrieb“, berichtete Berger. Jetzt beginne man außerdem mit dem Bau einer neuen Kindertagesstätte.

„Drei Kindergartengruppen und eine Hortgruppe werden dort unterkommen. Wichtig dabei ist uns, dass die Kinder in einem modernen Gebäude mit viel Platz und einem großen Außenbereich untergebracht sind – inklusive ausreichender Spielanlagen natürlich“, erläuterte der Rathaus-Chef. Bis der Bedarf durch den Neubau gedeckt ist, nutze man auch den Waldkindergarten, der durch einen privaten Verein getragen wird.

In Volkenschwand wird aktuell eine Schulturnhalle gebaut, die mit regenerativen Energien versorgt werde, berichtete Bürgermeister Högl. Ziel dieser Maßnahme sei die Schaffung eines „Bildungscampus“ im Ort.

Digital-Turbo für Schulen

Sowohl der Bau der Ganztagschule als auch der neue Kindergarten mit Hort werden staatlich gefördert. Ein Problem seien aber die langen Planungs- und Genehmigungsphasen,

meinte Berger. „Wir müssen immer nach dem aktuellen Bedarf bauen, um eine Förderung zu erhalten. Der zu erwartende Zuwachs in der Gemeinde, etwa durch Zuzug, wird dabei nicht berücksichtigt“, so der Bürgermeister. Stehe eine Einrichtung dann, könnte es sein, dass man



Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (CSU) (M.) lobte die Bürgermeister Franz Högl (L.) und Leonhard Berger für ihr Engagement und sicherte seine Unterstützung bei aktuellen Anliegen zu.

schon wieder eine neue planen müsste. Zudem wolle man die Grundschule und die künftige offene Ganztagschule ins digitale Zeitalter führen und entsprechend ausrüsten.

Oßner als Haushälter, der für den Bereich der Familienpolitik zuständig ist, bestätigte diese Problematik: „Wir vom Bund fördern zwar sehr massiv die Kinderbetreuungseinrichtungen, jedoch kommen wir kaum mit dem Raumbedarf hinterher. Dank des ‚Digital-Turbo‘ ist aber richtig viel Geld im System. Bis 2024 investieren wir allein in Bayern in die Schulen zwei Milliarden Euro. 900 Millionen Euro

kommen dabei aus der Digitalisierungsoffensive des Bundes. In den Gemeinden werde dazu sehr gute Arbeit geleistet“, lobte der Abgeordnete.

Infrastrukturpolitiker Oßner erkundigte sich außerdem nach dem Stand des Breitbandausbaus in den beiden Gemeinden. Sowohl Berger als auch Högl konnten berichten, dass dieser gut vorangehe. Die Hauptorte seien alle angeschlossen. Nun



Bei der Übergabe der i-Pads vorne v.l.: die beiden Berufsschülerinnen Busakorn Weiß und Sarah Höhlich sowie (hinten v.l.): Landrat Thorsten Freudenberger, die stellvertretende Schulleiterin der Berufsschule Illertissen, Marlene Schwane, und Heiko Schleifer, Leiter des Fachbereichs „Schule, Kindergarten, Sport und Kultur“ am Landratsamt Neu-Ulm.

i-Pads für zwölf Schulen

Finanziert von Bund und Land im Rahmen des „Digitalpakts Schule 2019 bis 2024“, stattet der Landkreis seine Schulen mit neuen Tablets aus. schrieb man viele noch mit einem Griffel auf der Schiefertafel. Bei Mama und Papa wurde dann auf einen schönen Hefteintrag mit dem Füller wertgelegt. Und jetzt, im 21. Jahrhundert, ist die Digitalisierung in den Klassenzimmern in vollem Gange. Zumindest in den zwölf Schulen, die sich in Sachaufwandsträgerschaft des Landkreises Neu-Ulm befinden. Das sind Gymnasien, Realschulen, die FOS/BOS, Berufsschulen und Förderschulen.

Landrat Thorsten Freudenberger überreichte nun an der Berufsschule Illertissen (bsi) 48 Tablets an zehn ausgewählte Schülerinnen und Schüler, welche die Geräte stellvertretend für die ganze Schule entgegennahmen. Die handlichen Notebooks stammen aus einem Kontingent von insgesamt 580 i-Pads, jeweils mit Tastatur, Stift und Aufbewahrungstasche, die der Landkreis für seine Schulen beschafft hat.

Finanziert haben die Investi-

tion der Bund und der Freistaat Bayern im Rahmen des „Digitalpakts Schule 2019 bis 2024“ aus dem Sonderbudget Schülerleihgeräte.

Der zweckgebundene Zuschuss an den Landkreis Neu-Ulm für die Beschaffung mobiler Endgeräte inklusive Zubehör beläuft sich alles in allem auf 309.318 Euro. Die Geräte werden gezielt zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler im Homeschooling während der Corona-Pandemie eingesetzt.

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahren-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
www.erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de • www.juwi.de

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton

Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe . Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing

Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelwerk
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Waldle Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!